

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonnabend, den 12. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Der Kampf um die Schweizerischen Eisenbahnen.

Zürich, 9. Februar.
Dass wir nur noch eine kurze Spanne Zeit vom 20. Februar
entfernt sind, an welchem Tage das Schweizer Volk oder genauer die
stimmberechtigten Schweizer Bürger über die Frage der Verstaatlichung
der Eisenbahnen zu entscheiden haben, zeigt die im ganzen Lande
zunehmende Ausdehnung und Lebhaftigkeit des Kampfes.

Bei der Geschichte des Schweizerischen Eisenbahnwesens sollte
eigentlich der Kampf um die Verstaatlichung in viel geringerem Um-
fange und in weit milderer Form geführt werden, als dies wirklich
geschieht. Haben sich doch schon im Jahre 1852, als die Schweizerischen
Eisenbahnlagen kaum 1000 Kilometer Länge zählten, sowohl der
Erfinder der Eisenbahnen, Stephenson, und der englische Ingenieur
Swinton in besonderen Entwürfen für die Verstaatlichung der Eisen-
bahnen ausgesprochen, als auch der Bundesrat und ein nicht unansehn-
licher Theil der Bundesversammlung; allein die Mehrheit der letzteren
entschied sich für den Privatbetrieb und dabei blieb es bis heute
trotz wiederholter Anläufe, die zur Verstaatlichung der Privatbahnen
genacht wurden.

Richt ohne Einfluss auf die Bestrebungen zur Verstaatlichung
der Eisenbahnen ist auch die Verstaatlichungspolitik der Nachbar-
länder geblieben, die namentlich in Deutschland ziemlich weit zurück-
reicht und auch in Desterreich, Frankreich und Italien, sobald in
Belgien und anderen Ländern zum Durchbruch gelangte. Im Gegen-
satz zu den Schweizerischen Privatbahnen haben die ausländischen
Staatsbahnen eine die Förderung der einheimischen Industrie und
Landwirtschaft bezweckende Tarifpolitik aufgestellt, die schon vor
Jahren den Schweizerischen Industriellen Veranlassung gab, zwischen
den deutschen und Schweizerischen Frachttarifen Vergleiche anzustellen,
die jedesmal zu ungunsten der Schweizerischen Eisenbahngesellschaften
ausfielen. Diese Benachteiligung der Schweizerischen Industrie durch
den theuren Gütertransport wurde allseitig um so mehr empfunden,
als sie die wichtigsten Koh- und Hölzstoffe, wie Eisen und Kohlen,
aus dem Auslande beziehen muß. Bei dem ausschließlich auf Er-
zielung möglichst hoher Reinerträge gerichteten Privatbetriebe ist
aber auch keine günstigere Gestaltung der Gütertarife zu erwarten.
Da andererseits die Eisenbahnen in den Nachbarländern um die Mitte
des nächsten Jahrhunderts amortisirt sein werden und eine erhebliche
Herabsetzung der Frachttarife die Folge hiervon sein wird, so würde die Schweiz bei der Fortdauer des bisherigen Zu-
standes sehr in Nachteil kommen und ihre Landwirth-
schaft und Industrie konkurrenzunfähig werden, was, wie
ein Blatt meint, den volkswirtschaftlichen Ruin der Schweiz
bedeuten würde. Wird aber am 20. Februar in der Volksabstimmung
die Verstaatlichung der Eisenbahnen beschloffen, so wird die Schweiz
mit dem Auslande Schritt halten können, da das Gesetz eine
Amortisationsfrist von 60 Jahren vorsieht.

Die Verwaltung des Alkoholmonopols re. hat auch die Schweiz den
Nachweis ihrer Befähigung zur Leitung großer Staatsbetriebe und
damit auch der Eisenbahnen erbracht. Der Bund wird manche mit
dem Privatbetriebe verbundenen Schattenseiten beseitigen und anderer-
seits dem Publikum manche neue Vortheile bieten. An eine Ueber-
sichtswirtschaft auf Kosten des Personals und der Betriebskosten,
wodurch die preussischen Staatsbahnen sich arg diskreditirten,
und die deshalb auch prompt, wie dies vorauszu sehen war, gegen
die Schweizerische Eisenbahn-Verstaatlichung als Schreckgespenst vor-
geführt werden, denkt hier kein Mensch, und die klaren Bestim-
mungen machen sie von vornherein unmöglich. Einmal wird die
Bahnverwaltung eine völlig selbständige, von der übrigen Bundes-
verwaltung vollständig getrennte Einrichtung sein, und sodann
bestimmt das Gesetz weiter, daß der Meritortag der Bundesbahnen
zunächst für die Verzinsung und Amortisation der Eisenbahn-
schuld zu verwenden sei. Von den weiteren Ueberschüssen sind 20 pCt.
so lange in einen von den übrigen Aktiven der Bundesbahnen ge-
sondert zu verwaltenden Reservefonds zu legen, bis derselbe, Zins-
aufrechnung inbegriffen, 50 Millionen Franken erreicht haben wird.
Die übrigen 80 pCt. sind im Interesse der Bundesbahnen zur
Bedienung und Erleichterung des Verkehrs, insbesondere zur
Herabsetzung der Personen- und Gütertarife und zur Erweiterung
des Schweizerischen Eisenbahnnetzes, vorzugsweise
desjenigen der Nebenbahnen zu verwenden.

Die Verstaatlichung erstreckt sich zunächst auf die fünf Haupt-
bahnen, auf die 2571 von den 3500 Kilometern Gesamtlänge
schweizerischer Eisenbahnen entfallen. Ihr Ankaufspreis wird gegen
1 Milliarde Franken betragen; für seine Feststellung kamen die
Bestimmungen in den Konventionen wie die des neuen Rechnungs-
gesetzes in betracht und in den Fällen, wo zwischen dem Bundesrat
und den Eisenbahngesellschaften keine Verständigung erfolgt, ent-
scheidet das Bundesgericht in Lausanne.

operationen sehr einfach durchzuführen lassen werden. Die 677,7 Mill.
Obligationen, die meistens im Inlande angelegt sind, werden in solche
von 3/2 pCt. konvertirt, so daß sodann nur noch ca. 300 Millionen
aufzubringen sind. Dafür haben aber, wie am Sonntag Bundes-
rath Jemp in seiner Entschuldigungsrede mittheilte, nicht bloß die
kreditwürdigsten Schweizerischen Kantonal- (Staats-) Banken bereits
Offerten eingereicht, die der Bundesrat anzunehmen entschlossen ist,
sondern auch ausländische Angebote zur Uebernahme der Anleihen
liegen schon vor und zwar zu noch günstigeren Bedingungen, als
die der Kantonalbanken sind. Wenn die Schweiz nicht will, braucht
sie wegen Unterbringung der Eisenbahnschuld die ausländische Finanz
nicht in Anspruch zu nehmen. Die Verzinsung der Eisenbahnschuld
mit 3/2 pCt., während die Bahngesellschaften meistens 4 pCt. zahlen,
wird dem Bund allein einen Gewinn von 5 Millionen schon im ersten
Betriebsjahre einbringen.

Durch die Schaffung von 5 Eisenbahnkreisen mit Kreisdirektionen
(in Zürich, St. Gallen, Basel, Lausanne und Luzern) und Kreis-
eisenbahnräthen, welche letztere in der Mehrzahl ihrer Mitglieder
von den Kantonen gewählt werden, ferner durch die Wahl von
25 Mitgliedern in den 55gliedrigen Verwaltungsrath durch die Kan-
tone, in der in weiten Volkskreisen vorhandene Abneigung gegen
eine allzu weitgehende und übermäßige Zentralisation der Verwaltung
Rechnung getragen und eine mit dem öffentlichen Geiste der Schweiz
in Einklang stehende demokratische Verwaltung der Bundesbahnen
geschafft.

So fürchten auch die 20 000 Eisenbahner den Staatsbetrieb
nicht. Haben sie doch mit dem Privatbetrieb sehr schlechte Erfah-
rungen gemacht, während die tausende von Postangestellten mit
ihren staatlichen Dienstverhältnissen im großen Ganzen zufrieden
sind. Bereits hat auch Bundesrath Jemp dem Dr. Soubesat be-
zühelnde Zusicherungen über die Stellung der Eisenbahner gemacht, ins-
besondere auch darüber, daß keine Entlassungen stattfinden werden, wenn
die Eintheilung des Staatsbetriebes zu einer Verminderung der
Zahl der Angestellten führen wird. Es wird vielmehr durch Ver-
sicherung und Zuweisung mit neuen Aufstellungen die Ausgleichung
herbeigeführt werden.

Wie bereits bemerkt, sollte man meinen, daß nach den schlechten
Erfahrungen der Schweiz mit dem Privatbetrieb der Eisen-
bahnen während eines halben Jahrhunderts und bei der demokrati-
schen, die Gesamtinteressen wahrnehmenden Art, in welcher die Ver-
staatlichung der Eisenbahnen erfolgen soll, eigentlich nur ein be-
scheidener Kampf stattfinden und die Zahl der Gegner eine
geringe sein würde; dieselbe ist aber im Gegentheil eine recht große,
so daß niemand mit Bestimmtheit die Annahme des Verstaatlichungs-
gesetzes in der Volksabstimmung voraussetzen möchte, trotzdem sie in
weiten Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten wird. Die Annahme
des Rechnungsgesetzes betreffend die Eisenbahnen erfolgte am
4. Oktober 1896 mit 223 228 gegen 178 577, also mit einer Mehr-
heit von annähernd 50 000 Stimmen. Da das Rechnungs-
gesetz die Verstaatlichung vorbereitete, so müßten konsequenterweise
alle, welche für jenes gestimmt haben, auch für dieses stimmen
und sie so zur Verwirklichung bringen. Die Gegner des Ver-
staatlichungsgesetzes sind dieselben Elemente, welche das Rechnungs-
gesetz bekämpft haben. Da ist ein Theil der Ultramontanen, der
gegen die Verstaatlichung ist aus alter Feindschaft gegen den Bund,
ferner im Interesse der Kantonsouveränität, worin sie mit den
welshen Föderalisten zusammentreffen; da sind ferner die Individualisten
und Manufakturiers, welche Gegner jeder staatlichen Ver-
bätigung sind, die aber die Rechtswächterrolle des Staates hinaus-
geht und die auch nicht das kleinste Gebiet der Ausbeutung durch
die Privatinitiative entziehen lassen wollen und endlich kommen
die direkt und indirekt an dem Privatbetrieb der Eisenbahnen
interessirten Aktionäre, Bankiers, Börsenjobber, Spekulanten re. und
ihre Anwälte.

Ihre Gründe gegen die Verstaatlichung sind hohle Schlag-
wörter, die nur bei politischen Kindern verstanden können. Da ist
zunächst die gruselige machende „Milliardenschuld“, mit der
auch der frühere Bundesrath Droz operirt. Die Milliardenschuld
ist natürlich schon da, sie lastet ja auf den Bahnen und muß
vom Publikum mit den Personen- und Gütertarifen verzin-
set werden, und sodann steht der Milliardenschuld der Bahnbefehl
als reeller Gegenwerth gegenüber, welcher nicht nur die Ver-
zinsung, sondern auch die Amortisation der Schuld mit der größten
Sicherheit garantiert.

An die Milliardenschuld schließt sich das Schlagwort von der
Stärkung der Bundesbureaokratie. Die 20 000 Bahnangestellten sind
aber schon da, und sie werden unter dem Staatsbetrieb so wenig
wie unter dem Privatbetrieb eine öffentliche Gefahr bilden.

Ueberaus widerspruchsvoll operiren die Gegner in der Frage des
Ankaufes der Bahnen selbst. Nach den einen werde der Bund
den Gesellschaften die Aktien zu theuer bezahlen und sich
dann der Betrieb nicht rentiren; nach den anderen aber
wolle er die schwer erworbenen Rechte der Aktionäre dadurch schwer
schädigen, daß er die Bahnen unter ihrem Werthe erwerben möchte.
Der entschiedenste Verstaatlichungsgegner, der Droz, hantirt mit
beiden Gegenargumenten zugleich, er, der 1891 als aktiver Bundes-
rath dem Ankauf der Zentralbahn zustimmte, von welchem Projekte
heute allgemein anerkannt ist, daß der Preis um 40 Millionen zu
hoch war, weshalb es denn auch in der Volksabstimmung ver-
worfen wurde. Was es mit dem Vorwurfe auf sich hat, der Bund
werde die Aktien zu theuer bezahlen, so hat darauf bereits
die Börse die Antwort gegeben. Borige Woche wurden nämlich
Aktien der Jura-Simplonbahn für den Fall der Verwerfung
mit 196 Fr., für den Fall der Annahme der Verstaatlichung mit
nur 178 Fr. gekauft, worin sich, da das Verhältnis bezüglich der
übrigen Bahnen ein ähnliches ist, eine Gewinndifferenz von vielen
Millionen für den Bund ausdrückt. Um diese für das Privatkapital
zu retten, wenden eben die Gegner die viele Mühe, Zeit und Kosten
zur Bekämpfung der Verstaatlichung auf.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Februar.
Aus dem Reichstage. Auch heute beschäftigten sich die
Redner fast ausschließlich nur mit den Fragen der Handels-
politik. Von allgemeinerem Interesse an diesen Debatten ist
eigentlich nur, daß die Regierungen-Vertreter ruhig dabei
sagen und kein Wort zur Bertheidigung oder Rechtferti-
gung derselben Politik zu sagen wissen, auf der die
heute noch gültigen Verträge aufgebaut sind. Es macht
den Eindruck, als habe die jetzige Regierung die unter
Caprivi verfolgte Handelsvertragspolitik vollständig auf-
gegeben. Ist dies richtig, dann wäre es nur noch von
Interesse, zu erfahren, ob die Posadowsky, Hammer-
stein, Miquel re. ihre handelspolitische Gesinnung in letzter
Zeit geändert haben, oder ob sie sich früher dem
überlegenen Einfluß der Herren v. Marschall und Böttcher
willenlos gefügt haben. Sei dem aber wie immer, eine be-
sonders stolze Rolle spielen die Herren heute kaum, indem sie
widerstandslos angreifen und herabsehen lassen, was sie vor
wenigen Monaten im Verein mit ihren früheren Kollegen
mit ihrem Namen deckten.

Die Zweifelseentheorie der nationalliberalen Partei brachte
heute ein erheiterndes Zwischenspiel. Während die Führer der
Partei, die von Vennigsen und v. Hammacher, still dabei sahen und
zuhörten, wie der Hochschulgärtner und Agrarier Herr v. Heyl zu
Dernsheim gerabazu für den Zollkrieg um jeden Preis plaidirte,
riß dem alten Seebären und Freihändler F e b s e n die Geduld
und sagte er sich von dem Wortführer Ledersabrikanten in aller
Form los.

Sonst trugen die Kosten der Debatte von der Linken die
Abg. Richter und Dr. Barth, während die Herren
v. Heyl, Graf Kanitz und Pasche das Lied vom
„Schutze der nationalen Arbeit“ sangen.

Morgen Mittags 1 Uhr: Kolonial-Stat.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung
des Etats der Bauverwaltung fort. Im ersten Theil der
Sitzung wurden nur lokale Wünsche zur Sprache gebracht; erst bei
der Diskussion, die sich an die Forderung von 710 000 M. für Ver-
waltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals knüpfte, kam
es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Vertretern
der Landwirtschaft und der Industrie über den Nutzen von Kanälen
im allgemeinen sowie des Dortmund-Ems-Kanals im besonderen. In
der Debatte war viel die Rede von der von Herrn v. Miquel an-
gegebenen Parole der Politik der Sammlung, und wenn auch alle
Redner die Nothwendigkeit einer solchen Politik betonten, so zeigte
sich doch, daß die Verwirklichung derselben noch in weiter
Ferne liegt. Da, wo es gilt, die Lebensmittel des armen Mannes
zu vertheuern oder den Arbeitern ihre Rechte zu klammern, werden
die elden Seelen gern zum Zusammenstoß bereit sein, aber da,
wo ihre eigenen Interessen in Widerspruch zu einander stehen,
werden sie sich nach wie vor aufs lebhafteste bekämpfen. Den Aus-
gang damit machte heute Graf Kanitz (L.), der bekannte Feind
aller Verkehrserschwerungen, dem der Dortmund-Ems-Kanal von
jeher ein Dorn im Auge gewesen ist und der nur die Interessen der
Landwirtschaft gelten lassen will. Dinge es nach ihm, so würde die
Politik der Sammlung aller produktiven Stände so betrieben werden,
daß zunächst einige dieser Stände lahmgeschlagen werden; wenigstens
ließ er darüber keinen Zweifel, daß er die blühende rheinische
westfälische Kohlenindustrie am liebsten völlig vernichten möchte.
Sogar nach dem Industriezweig jährlich viele Arbeiter aus Ostpreußen
nach dem Westen lockt. Wenn auch die übrigen konservativen Redner,
die Abg. Gamp, v. Plettenberg und Graf Limburg-
Stirum nicht einen ganz so schroffen Standpunkt einnahmen, so
ließen doch ihre Reden durchblicken, daß, wenn schon einmal Trans-
port-Erleichterungen geschaffen werden, diese, soweit es sich um die
Einfuhr handelt, wieder weit gemacht werden müssen durch hohe
Zölle oder gesteigerte Kanalabgaben. Von der Linken griffen
die Abgeordneten Schmieding, Beumer, Brömer und
Möller in die Debatte. Namentlich der letztere führte den
Agrariern deutlich vor Augen, daß ein Zusammengehen von
Industrie und Landwirtschaft so lange nicht zu denken sei, wie
die Landwirtschaft sich als ein Noli me tangere betrachte und
keine ihrer Forderungen aufzugeben geneigt sei. Redner trat sehr
energisch für die jetzige Handelsvertragspolitik ein, deren Grundzüge
unter allen Umständen auch in Zukunft befolgt werden müßten.
Die Erweiterung des konservativen Führers Grafen v. Limburg-
Stirum war recht schwach, er wiederholte die bekannten Phrasen
von der Schädigung der Landwirtschaft durch die jetzigen Handels-
verträge, bei denen nicht wirtschaftliche, sondern politische Er-
wägungen maßgebend gewesen seien. Im allgemeinen zogen die
Agrarier heute den kürzeren. Selbst Minister Thielen, der in
der Debatte eingriff, mußte ihnen den großen Kummer bereiten, daß er
die Nothwendigkeit weiterer Kanalbauten betonte und für die
nächste Session eine allgemeine Kanalvorlage
in Aussicht stellte. Allerdings ist es fraglich, ob Herr
Thielen dann noch im Amte ist, und wenn er dann noch sein
Nestort verwaltet, so muß man abwarten, wie sich der Diebling
der Agrarier, Herr von Miquel, zu diesem Projekte stellen wird.
Allzu große Furcht brauchen die Herren also nicht zu haben.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. Außerdem steht der Etat
der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Die polnische Reichstags-Fraktion und die Flotten-
vorlage. Wie die „Germania“ mittheilt, hat die polnische
Reichstags-Fraktion einstimmig beschlossen, die Marinevorlage
abzulehnen, und dementsprechend ihrem Vertreter in der
Budgetkommission, dem Abgeordneten Dr. v. Jagdzewski,
Weisungen erteilt.

Dieser Beschluß der Fraktion entspricht nicht den Ge-
wünschten, die bisher über die vermuthliche Stellungnahme der
polnischen Fraktion in die Öffentlichkeit gedrungen sind.
Offenbar haben die zahlreichen Rundgebungen aus den Wähler-
kreisen, die nichts von der Tripitade wissen wollen, diese neue
Entscheidung hervorgerufen. Und besonders schwer mag es

den polnischen Herrn nicht geworden sein, auf die Wünsche ihrer Wähler zu hören, denn sie sagen sich jedenfalls: die Vorlage geht doch durch, dafür sorgt schon das Zentrum!

Sehr wohl möglich ist es aber auch, daß sich der Beschluß der polnischen Fraktion nur auf die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt bezieht und daß eine Aenderung des Beschlusses alsbald eintreten würde, wenn die Regierung einige Konzessionen bezüglich der Bindung des Staatsrechts des Reichstags zu machen bereit ist.

Dies ist ja auch die Haltung des Zentrums. Auch diese ausschlaggebende Partei ist gegen die Vorlage, aber nur wenn sie um kein Lipfelnchen verändert wird. Einige Gefälligkeiter von Seiten der Regierung an die um Lieber betrugt das volksfreundliche Gewissen der Zentrumsmänner und der Polen und aus Rein wird Ja, aus Plottenvorlage-Bekämpfern werden begeisterte Admiranten.

England und China. England verläßt sein Schwadron in den amerikanischen Gewässern noch weiter. Aus London wird berichtet: Nach dem britischen Schlachtschiff „Vanguard“, welches nunmehr in Port Said angekommen ist, geht das Schlachtschiff „Viktoria“ heute von Malta nach China ab. Der Panzerkreuzer I. Klasse „Otrablar“ wird ebenfalls sofort nach China in See gehen.

Bezüglich der Anleihe herrscht in englischen Finanzkreisen die Meinung, daß der Beschluß des Finanzministeriums, wonach die Anleihe von 100 Millionen Taels in China selbst von den hohen Beamten aufgebracht werden soll, nur ein Verlegenheitsmandat vorstelle. Die chinesische Regierung hätte sich zugleich an Privatbanken in Hongkong und Shanghai gewandt, um diese zur Uebernahme größerer Posten von Schatzbons zu veranlassen. Käme es wirklich zur Auslegung der inneren Anleihe, so würde der weitaus größte Theil derselben doch in englische Hände übergehen.

Deutsches Reich.

Nach einmal Herr Wosse. Die „Post“ sucht den Kultusminister gegen die Ausführungen unseres gestrigen Leitartikels in Schutz zu nehmen. Dabei vermeidet sie es aber gerade, auf den Hauptpunkt einzugehen, nämlich auf die Frage, wie es der Minister wagen dürfte, trotz seiner feierlichen Behauptung, rückhaltlos die ganzen Vorgänge dargelegt zu haben, seinen Versuch, aus eigener Machtvollkommenheit vorzugehen, zu verschweigen, obgleich ihn Herr Wundel mit andränglichen Worten auf diese Unterlassung aufmerksam gemacht hatte.

Uebrigens ist noch ein weiterer Mißgriff des Ministers zu verzeichnen. Herr Wosse erklärte als wesentlichen Grund für sein Vorgehen, daß ohne mindesten Zweifel zuerst die Fakultät als erste Instanz die Angelegenheit erschöpfen müßte. In dem von ihm aus eigener Machtvollkommenheit versuchten Verfahren ließ er Arons eine Frage vorlegen, welche sich auf Ausführungen von Arons in einer Wiesbadener Versammlung bezog. Der Minister kann sich nicht darauf berufen, daß er als Erschöpfung der ersten Instanz seine Anfrage an die Fakultät aus dem Sommer 1894 im Auge hatte; denn das sommerliche Frage- und Antwortspiel war bereits im September völlig beendet. Die fragliche Versammlung aber fand erst am 26. Oktober 1894 statt.

Wir dürfen es jedem Unbefangenen überlassen, sich nunmehr sein Urteil über den Zusammenhang zwischen den Worten und den Thaten des Ministers zu machen.

Als zum ersten Mal der vergebliche Versuch des Ministers und sein Zurückweichen bekannt wurde, erklärte die „Post“, daß, wenn die Mitteilung auf Wahrheit beruhe, der Minister eine bedauerliche Schwäche gezeigt habe.

Bei dem augenblicklichen Stande der Dinge hat sie freilich alles Interesse, Herrn Wosse in Schutz zu nehmen. In welcher Verlegenheit sie sich dabei befindet, beweisen die brutalen Worte, mit denen sie ihre Ausführungen schließt:

„Retrospektive Betrachtungen dieser Art haben aber jetzt, wo der Weg der Gesetzgebung beschritten ist, überhaupt nur geringen Werth; es wird jetzt vielmehr darauf ankommen, möglichst bald den vorliegenden Gesetzentwurf zu verabschieden; dann wird auch der Fall Arons sehr bald in befriedigender Weise erledigt sein.“

Gegen die Sonntagruhe ziehen die Konservativen des Abgeordnetenhauses zu Felde. Abg. Camp hat mit Unterstützung einer großen Anzahl Parteifreunde folgenden Antrag gestellt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die zur Ausführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagruhe erlassenen Verordnungen nach der Richtung hin einer Revision zu unterziehen, daß dabei die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung, insbesondere der Gewerbetreibenden, mehr als bisher Berücksichtigung finden.“

Die „wirtschaftlichen Interessen“, das sind natürlich die Interessen der Zünftler und Unternehmer.

Uebrigens sieht es gerade so aus, als ob der freikonservative Antrag „bestellte Arbeit“ sei. Man weiß aus offiziellen Mittheilungen über die Absichten des Fürsten Hohenlohe, wie freundschaftlich die Regierung einer Rückwärtsrevision der Sonntagruhebestimmungen gesonnen ist.

Wald für Hülfe! Pastor Raumann's „Hilfe“ berichtet: Was vom Kreis Wolfshagen berichtet wird, gilt ähnlich vom Kreise Norder-Dithmarschen. Seit einigen Jahren hat der Kreisstag jährlich 1000 M. zur unentgeltlichen Verdringung des Hülfschen „Patriotischen Kalenders“ bewilligt.

Wie kommen die Kreisräthe dazu, aus Mitteln aller Steuerzahler Geld für Zwecke auszugeben, die mit den Aufgaben der Kreisverwaltung gar nichts zu thun haben und nur der Förderung einseitiger Parteizwecke dienen?

Unsere Parteigenossen haben bei den Wahlen gezeigt, daß alle Klämme und alles Geld für die „Verhüllung“ der Wahrheit „für die Rath“ war.

Rothkoller. Das Widmarorgan, die „Hamburger Nachrichten“, kann keine noch so unpassende Gelegenheit vorbegehen lassen, ohne nach Unterdrückung der Sozialdemokratie zu schreien. Hatten da im Stillsitzen „Bayerischen Vaterland“ einige Bemerkungen zu dem Marine-Antrag im Kieler Hafen gefunden, die auch wir nicht für geschmackvoll halten; sofort erheben die „Hamburger Nachrichten“ großes Geschrei:

„Dinaus mit ihm aus der deutschen Volksvertretung! Wenn zur Zeit keine gesetzliche Handhabe zur Enttarnung solcher „Subjekte“ aus dem Reichstage besteht, so muß sie eben hergestellt werden. Wir haben schon im Falle Naas uns in diesem Sinne verwandt. Eine solche Bill of attainder (Gesetz parlamentarischer Akzentklärung) böte außerdem die Möglichkeit, den sozialdemokratischen Abgeordneten das Handwerkl zu legen, falls das Bedürfnis dazu sich einmal ergeben sollte.“

Die „Hamb. Nachr.“ sollten ihre frechen Erlässe lieber nicht so vor aller Welt offenbaren. Je mehr das deutsche Volk erkennt, was von jenen Deuten an Gewaltthätigkeit zu erwarten ist, um so mehr und eher wird es dafür sorgen, daß ihnen selbst „das Handwerkl gelegt“ werde.

Der Polizeikampf gegen die Polen wird auch in Berlin recht munter geführt. So wird berichtet, daß eine Versammlung des Centralausschusses der polnischen Vereine Berlin, welche gestern in dem Restaurant von Palaci in der Bräderstraße tagen sollte, polizeilich verhindert wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung erschienen zwei uniformirte Beamte und verlangten die Vorlegung der Anmeldebekanntmachung. Da der Ausschub, welcher seit Jahren ungehindert seine Sitzungen abhalten konnte, erst kürzlich von der Behörde für einen „politischen Verein“ erklärt worden war und die dagegen eingereichte Beschwerde noch nicht erledigt ist, so war kein Anmeldebekanntmachung zur Stelle; worauf die Beamten die Ver-

sammlung für aufgelöst erklärten. Die verschärfte Ueberwachung der polnischen Organisationen, welche in jüngster Zeit eingetreten ist, soll in engstem Zusammenhange mit dem bekannten Reskript des Ministers des Innern stehen, das von den ihm unterstehenden Behörden näher Angaben über die Ausdehnung und das Wirken der polnischen Vereine einfordert.

Nachmals an die Adresse des „Reichsboten“. Aus Bern wird uns geschrieben:

Der Berliner „Reichsbote“ hatte mit dem Versuch, die bestialische Behandlung der Kinder durch den Vorsteher Jorzi in der Mädchen-erziehungsanstalt Rehring der Bern, gegen den Sozialismus zu kritisieren, wie ihm im „Vorwärts“ schon nachgewiesen wurde, kein Glück. Der Versuch war nach Lage der Dinge von vornherein verfehlt, denn gerade die sozialdemokratische „Berliner Tagwacht“ bedachte den Staudal auf und die Sozialdemokraten waren es, wie Genosse Dr. Wastlied als Zeuge in dem Prozesse aussagte, welche die Vertuschungsversuche vereitelten. Man wollte nämlich seitens der Beschüßer des Jorzi den Hauptzeugen mit 1000 oder 2000 Fr. kaufen und da dies nicht gelang, ihn als Ausländer mit Androhung der Ausweisung einschüchtern. Die Sozialdemokraten aber waren auf der Wacht und sorgten dafür, daß das Schufal seiner verdienten Strafe nicht entging und die Verhältnisse einer Bernischen Erziehungsanstalt ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden. Davon möge nun der „Reichsbote“ auch Notiz nehmen.

Herr Rösche hatte recht, als er in der gestrigen Reichstags-Sitzung die Vermuthung aussprach, daß er wegen seines anständigen Auftretens für die Vereinfachung der Arbeiter von denen um und hinter Stamm nicht verschont bleiben werde. Das hat sich schnell erfüllt. Heute schon schreibt die „Konf. Kor.“:

Herr Rösche steht als „Wildler“ außerhalb der parlamentarischen Parteien, er hat sich längst durch eine Aeußerung von e m p r e n d e r P e r s i d i e auch außerhalb der guten Sitte gestellt. Der „wildliberale“ Abgeordnete — durch seine „Konvention“ gegenüber der Sozialdemokratie im Berliner „Stierkriege“ bekannt — hatte nämlich die Sitten, in der Mittwochssitzung des Reichstages zu äußern: „Die Sammlung, die jetzt von jener (der rechten) Seite geplant wird, läuft nur auf eine Vereinerung bevorzugter Kreise hinaus, die das Ohr der Regierung gefunden haben.“ — Wenn nur diese Herren à la Rösche nicht immer von sich auf andere schließen wollten!

Ach, was haben die Herren doch für ein lauzes Gebärm! Die „Konf. Kor.“, die mit allen ihren Zeitungsgeschwiftern bis zur guten Taute Pöb mit aller Entschiedenheit während des Berliner Vierhundertföts Herrn Rösche feierte über alle Massen und ihn als den Fechter im Kampfe gegen die Rote pries, spricht heute von seiner Konvention gegen die Sozialdemokratie. Herr Rösche und seine Kameraden vom Biering haben mit aller Energie und unermüdlich den Kampf gegen uns geführt. Nur eines haben sie nicht gethan, sie haben nicht nach der Poller gerufen. Freilich mit dem Wendornen, Staatsanwalt und Hülle kann jeder Schwachkopf den Kampf aufnehmen.

Daß den Jüngern und industriellen Genossen unangenehm ist, wenn man von ihrer Sucht, sich zu bereichern, spricht, begreift sich wohl, es bleibt aber doch wahr. Auf die agrarischen Maßregeln, die Zölle, Viehsperren, der Kampf gegen amerikanisches Fleisch, Fett, Obst, gegen russische Schweine und Gänse, für die Einfuhr russischer, polnischer, slowakischer, italienischer und chinesischer Arbeiter, das harte Festhalten an der Festhalte-Ordnung, die Begeisterung für den Poladown'schen Erlaß, für das Sozialistengesetz, der Widerstand gegen die Sozialpolitik, wenn entspringt dies alles, als der Sucht nach Bereicherung? —

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Nach der im Reichs-Eisenbahnamt angefertigten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausfallsfreie Bayerns — im Monat Dezember v. J. vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen:

Entgleisungen auf freier Bahn	11
in Stationen	17
Zusammen	28
Sonstige Betriebsunfälle	292
zusammen	320

Die Betriebslänge betrug 40 052 Kilometer, an Zugkilometern wurden geleistet 80 354 099, so daß je ein Unfall auf 155 Kilometer Betriebslänge oder auf 117 652 Zugkilometer entfällt.

Bei den Unfällen wurden:		
Reisende	16	ver-
Waldarbeiter und Bahnarbeiter im Dienst	5	letzt
Post-, Steuer-, Telegraphen-, Polizei-Beamte etc. im Dienst	51	121
fremde Personen, einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Beamten und Arbeiter, aber ausschließlich der Selbstmörder	1	4
	22	27
zusammen	79	156

Die Stellung der nationalliberalen Partei zu der künftigen Handelspolitik behandelt die „National. Korresp.“. Sie ist danach in den Grundanschauungen der Partei gegeben. Ob man sie von rechts als gemäßigt freihändlerisch, oder von links als gemäßigt schutzollnerisch bezeichnen will, bleibt sich gleich. Soviel steht fest, wirtschaftspolitische Exzesse weist sie ein für allemal ab. Und aus dieser Stellung, die auch auf dem letzten Parteitag deutlich fixirt worden, wird sie sich weder dadurch schieben lassen, daß von links vollparteilicher Seite mit vielem Schweiß leere Schlagworte herausgepreßt und nationalliberale Abgeordnete als Schrittmacher der Agrarier etikettirt werden oder von extrem-agrarischer Seite der Besiß gemächt wird, dadurch Verwirrungen hervorzurufen, daß man nationalliberale Abgeordnete als Vorposten der Bundesagitation innerhalb der nationalliberalen Fraktion hinstellt; sollte es, um dieser wirtschaftspolitischen Stellung zu kennzeichnen, einmal einer besonderen Rundgebung bedürfen, dann wird auch nationalliberalerseits damit nicht zurückgehalten werden. Zur Zeit liegt die Nothwendigkeit aber noch nicht vor. Es versteht sich dann von selbst, daß dies abschließlich denjenigen zusteht, die von der Partei dafür berufen sind. Sie haben zu entscheiden, wann die Zeit dafür gekommen ist, und in welcher Weise und wie eine solche Rundgebung zu erfolgen hat.

Wer hat die vorstehende Rundgebung lancirt, der bündlerische Flügel der Nationalliberalen kaum. Der antibündlerische Flügel hat aber nicht die Energie, mehr als Worte zu machen.

Das Zeugniß-Zwangsverfahren gegen den Druckerleibling der „Gaz. Sud.“ ist deshalb eingestellt worden, weil der Angeklagte, Leo Zielinski, eingekandt, der Verfasser des beanstandeten Artikels zu sein. Zielinski wurde zu 500 M. Geldstrafe oder 50 Tagen Haft verurtheilt.

Hannover, 10. Februar. Der Provinzial-Landtag nahm nach längerer Debatte den Antrag des Provinzial-Ausschusses betreffend die Geldbewilligung für den Mittel-Land-Kanal an. Staatsminister Freiherr v. Hammerstein-Logen, welcher an der Verhandlung noch theilnahm, war in längerer Rede für den Kanalbau und die Bewilligung warm eingetreten. An der Abstimmung nahm der Minister nicht mehr theil. Was werden die laual-feindlichen Agrarier dazu sagen? —

Odenburg, 9. Februar. (Fig. Ber.) Der Landtag hat seine Tagung beendet. Die konstituierende Arbeit der Landtags-Abgeordneten hatte sich in eine Kinderdei. verwandelt. Trotz den ungläublichsten Vorkommnissen im Eisenbahnwesen; als Staatsüberstellungen, eigenmächtige Handlungen der technischen Beamten, unerhörte Fehler bei Berechnungen u. s. w. ist die Mehrheit des Landtags doch von ihrem Entschluß, ein verantwortliches Eisenbahnministerium zu verlangen, abgekommen. Sie hat, nachdem die Regierung ihr etwas entgegengemommen, die Streitigkeit begraben und mit dem Ministerium Frieden geschlossen. Sie hat, wie die Regierung verlangt, die Gehälter für zwei neue

Eisenbahnräthe bewilligt; ob die Eisenbahnmifere dadurch gebessert wird, muß die Zeit lehren. Dem Drängen der Zünftler und Bauernbänder hat die Regierung nachgegeben und ein Gesetz über die Wenderung der Wandlerläger den Landtag vorgelegt. Dieser hat das Gesetz auch angenommen und auch den exorbitant hohen Steuerfuß. Doch wird dem Mittelstand das Gesetz nicht nügen. Denn das Marktgeschäft, besonders die sogenannten „Jolob“ und die Auktionsverläufe, die man treffen wollte, werden damit nicht getroffen. Sicher bringt die Steuer aber nicht die Summen, welche optimistische Abgeordnete herandrechneten.

München, 10. Februar. (Fig. Ber.) Bayerischer Landtag. In der heutigen Sitzung griff auch unser Genosse Segib in die Generaldebatte über den Etat des Innern ein. Er erklärte sich von der Antwort des Ministers auf die Anfragen Vollmar durchaus nicht befriedigt. Im weiteren Verlauf der Rede empfahl er eine Revision der bisherigen Landtags-Wahlinstruktion. Am Schlusse seiner trefflichen Rede polemisierte er scharf gegen das Zentrum, wobei er den Generalrednern dieser Partei verschiedene nicht weniger als schmeichelhafte Dinge entgegenhielt. — Minister v. Feilich erwiderte, daß er auf die von Vollmar an ihn gestellte Fragen nichts anderes sagen könne, als er es bereits gethan. Die Revision der Landtags-Wahlinstruktion sicherte er zu in Erwägung ziehen zu wollen.

Die sozialdemokratische Landtags-Fraktion hat zum Etat des Staatsministeriums des Innern den Antrag eingebracht, statt 2000 M. zur versuchsweisen Heranziehung weiblicher Hilfskräfte zur Gewerbe-Inspektion gegen Vergütung für die einzelnen Dienstleistungen für die Anstellung zweier weiblicher Assistenten den Betrag von 3720 M. ins Budget einzusetzen.

Aus Hessen, 10. Februar. (Fig. Ber.) Landtag. Generaldebatte über das Budget. Abg. Cramer verwarf die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, daß sie den Ruin der Bauern wolle. Aber die Färörge für die Arbeiter dürfe nicht hinten stehen. Unsere beiden Anträge hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter und diätarisch verwendeten Beamten sollten zunächst dazu dienen, die Verhältnisse aufzuheben. Sobald die geforderten Uebersichten gegeben seien, würden wir bestimmte Minimal-löhne und Normalarbeitszeiten für die staatlich beschäftigten Arbeiter beantragen. Hinsichtlich der angeregten Wahlreform-Vorlage habe eine Bemerkung des Staatsministers den Verdacht in ihm erweckt, daß die Regierung eine Reform im Sinne einer Abkürzung nach der Steuerleistung in Schilde führe. — Wie richtig unser Genosse verurtheilt hat, beweisen die nachmaligen Bemerkungen des Staatsministers Finger, der nach einem Ausfall auf die „Sagungen des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts“ auf das Beispiel Sachsens in einer Weise hinwies, die keinen Zweifel darüber ließ, daß in der heftigen Regierung der Wunsch nach einer ähnlichen Wahlentrechtung bereits Wurzel geschlagen hat. Abg. Ulrich nagelte diese Aeußerung sofort fest. Sie soll uns bei der kommenden Reichstagswahl gute Dienste leisten. Sollte aber das Ministerium Finger in der That mit einer Wahlentrechtungs-Vorlage kommen, dann würde es darüber den Hals brechen. Was in dieser Beziehung in Sachsen geschehen konnte, ist bei der politischen Selbständigkeit des heftigen Volkes nicht möglich. — Im übrigen drehte sich die heutige Debatte im wesentlichen um dieselben Dinge wie gestern. Die Landwirthe fragten zum Herz erbarnten. Graf Oriola predigte die Interessengemeinschaft von Kleinem und großem Grundbesitz und machte die Regierung scharf für erhöhte Getreidezölle. Abg. Waldner (vold) sand, daß die Arbeiter schon viel zu hohe Löhne erhielten und daß das „Red vom Proletariat“ abgedroschen sei. Abg. Ulrich erwiderte ihm treffend, daß das Red von den nothleidenden Grundbesitzern noch älter und abgedroschener sei. Außerdem ging Genosse Ulrich nochmals gründlich auf die Mißhandlungen im Landes-Zuchthaus „Martensloch“ ein; er gab eine genaue Schilderung der Isolierung des „Kammerschließens“ und verlangte Entlassung des Direktors, der eine so unheimliche Züchtungspraxis übe. Der Direktor des Zuchthaus Dittmar suchte den Eindruck seiner Ausführungen dadurch abzuschwächen, daß er die Zuverlässigkeit der Zeitungsmeldungen bestritt; nach den offiziellen Berichten sei alles in guter Ordnung. Natürlich. Nach einer Reihe weiterer, wenig belangreicher Reden wurde die Generaldebatte geschlossen.

Strasbourg i. G., 10. Februar. (Fig. Ber.) Die drei sozialdemokratischen Mitglieder des hiesigen Gemeinderathes, die Genossen Böhle, Brostowicz und Trog, haben dort die folgenden Anträge eingebracht:

Der Gemeinderath wolle beschließen: Angesichts der Nothwendigkeit, zum Erfolge der auf unentbehrlichen Konsum- und Bedarfsartikeln der breiten Volkschichten lastenden Oltrossteuer ein gerechteres Mittel der Besteuerung zu schaffen, ersucht der Gemeinderath der Stadt Strasbourg seinen Vertreter im Landesauschub, Abgeordneten Bergmann, im Laufe der gegenwärtigen Tagung, des Landesauschusses die dringliche Anregung zu machen, daß seitens der Regierung dem Hause der Entwurf eines Gesetzes betr. die allgemeine, progressive Einkommensteuer vorgelegt werde. Gleichzeitig spricht der Gemeinderath den Wunsch aus, der Abg. Bergmann wolle im Landesauschub die Aenderung des § 48 der Gemeinde-Ordnung für Gtsh-Vorbringen beantragen, dahingehend, daß die Sitzungen des Gemeinderathes öffentlich sind.

Erlaubend sei hier L. merkt, daß nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes für den Landesauschub die Gemeinderäthe der vier größten Städte des Landes, Strasbourg, Mühlhausen, Metz und Kolmar, eigene Vertreter in den Landesauschub entsenden.

Chronik der Reichstags-Bereidigungs-Prozesse. Aus Halle wird uns am 11. d. M. geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde in heutiger Strafkammer-Sitzung der frühere Vice-meister jähige Arbeiter Karl Dienemann aus Klein-Weichungen bei Nordhausen, 32 Jahre alt, dem Strafantrage gemäß zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Dienemann befand sich in Untersuchungshaft. Zur Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, war der Gerichtsvollzieher Rosch als Zeuge geladen.

England.

London, 10. Februar. Im Verlaufe der Rede über die Unterhaus wurde ein Amendement Vincent, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ihre Aufmerksamkeit dem künstlichen Ansporn zu schenken, den die fremde Konkurrenz gegenüber britischen Handelsartikeln durch Zölle, Prämien und Maßregeln erhalte, ohne besondere Abstimmung abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister Ritchie, der deutsche Eisenbahntarif für Exportartikel genähre auf den fremden Märkten den deutschen Importeuren Vortheile gegenüber den englischen Importeuren, es sei die Absicht Salisbury's, bei den Unterhandlungen über den neuen Handelsvertrag der deutschen Regierung Vortheile zu machen, um sie zu veranlassen, den Eisenbahntarif auf einer Grundlage aufzustellen, die den deutschen Konkurrenten nicht einen unbilligen Vortheil gewährt; aber die Regierung halte an dem Freihandel fest, der den Wohlstand Englands so sehr gehoben habe.

Norwegen.

Christiania, 11. Februar. Das Storting wurde heute von dem König mit einer Thronrede eröffnet, in welcher erwähnt werden die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die glücklich durchgeführte Konversion der Staatsanleihe vom Jahre 1888 und daß bedenkliche Steigen des Budgets, was jedoch neue Steuerforderungen nicht hervorgerufen hat. Schließlich werden verschiedene Regierungsvorlagen angekündigt, darunter eine solche, betreffend die Reorganisation und Leitung des öffentlichen Schulwesens.

Afrika.

Kairo, 30. Februar. Die Nationalversammlung wurde heute vom Khedive eröffnet. In der Ansprache, welche der Khedive hielt, führte er aus, daß die ägyptische Regierung den Mächten einen Plan zur weiteren Herabsetzung der Steuern vorgelegt habe, der, wie er hoffe, die Zustimmung der Mächte finden werde.

— Zum jüngsten englisch-marokkanischen Zwischenfall wird der „Intern. Korresp.“ aus London gemeldet:

Das Globe Ventura Syndikat, dessen Dampfer vor einigen Tagen an der Südküste von Marokko durch das Kanonenboot „Jossani“ wegen angeblichen Waffenschmuggels angehalten wurde, erklärt die Behauptungen betreffs seiner Eroberungsabsichten auf das marokkanische See-Gebiet als widerfälschig. Das Syndikat habe die Marokkaner zur Anlage von Handelsniederlassungen und Bergwerken in dem bezeichneten Gebiet durch die Vermittlung des Scheichs von Safan vom Sultan in aller Form erworben, weshalb der Angriff des „Jossani“ ganz ungerechtfertigt gewesen sei. Die englische Regierung wird daher von dem Sultan vollen Schadenersatz für die Gesellschaft sowie die amtliche Anerkennung der Gesellschaftsrechte derselben im See-Gebiet verlangen. —

Affien.

— Arbeitslosigkeit und Agrarkrise in Japan. Nach Drachmeldungen aus Yokohama fanden am letzten Sonntag in Tokio, Jeddo und anderen Städten Japans große Kundgebungen der unbeschäftigten Arbeiter und kleinen bäuerlichen Besitzer statt. Infolge der allgemeinen Geschäftskrise haben seit 3 Monaten gegen 120 größere Fabriken die Arbeit völlig eingestellt, sodass zur Zeit in den Industriestädten die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter wohl auf Hunderttausend gestiegen ist. Bei den Kundgebungen des letzten Sonntags verlangten die Arbeiter die Herabsetzung aller Zölle und Steuern auf Lebensmittel, sowie aller Fabrikationssteuern, während die Bauern unter Berufung auf die traurige Lage ihres Gewerbes die Aufhebung der Grundsteuer forderten. An den Aufmärschen beteiligten sich mehrere hunderttausend Personen; die Opposition gegen die neuen Steuer- und Finanzgesetze gewinnt täglich an Umfang, weshalb die Lage der Regierung eine sehr schwierige geworden ist. —

Amerika.

— Zum Morde des Präsidenten Barrios wird aus Guamala berichtet: Der Mörder des Präsidenten Barrios ist trotz seines deutsch klingenden Namens Solinger, ein Engländer von Geburt.

Montevideo, 10. Februar. Präsident Cuevas hat eine Proklamation an das Land erlassen, in welcher er versichert, daß der Stand der Finanzen ausgezeichnet sei, jedoch erklärt, er habe infolge der einschleuderten Opposition der Parlamentsmehrheit beschließen, die Kammer aufzulösen und einen Staatsrath einzusetzen, der aus 88 Mitgliedern, und zwar zu zwei Dritteln Colorados und einem Drittel Blancos, bestehen sollte. Das ist der offene Staatsstreik. —

Abgeordnetenhause.

19. Sitzung vom 11. Februar 1898, 11 Uhr.
Am Ministertische: Thiesen, von Miquel und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Bau-Stats wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Gamp (H.) wünscht die Beilegung der Einfuhr von Kanalgebühren auf dem Main-Kanal.
Minister Thiesen: Die Erhebung von Abgaben wird vorbereitet.

Abg. Jäckel (F. Sp.) bedauert, daß die Regierung, nachdem sie sich neun Jahre lang mit der Polener Ueberschwemmungs-Angelegenheit beschäftigt, sich nun um die Sache herumdrücken wolle; es schmeine fast, als ob der Finanzminister hinter der Sache stecke.

Minister Thiesen: Die Stadtverwaltung von Posen trage die Verantwortung für die heutige Lage.

Abg. Dr. Sattler (natl.) bittet den Minister, sich mit der Stadt Posen zu verständigen, auch bezüglich der Wartung, Regulierung, und zwar im nationalen Interesse, denn gute Kulturverhältnisse werden die Deutschen veranlassen, in Posen zu bleiben, während sie jetzt Posen verlassen, so daß heute schon das Gewerbegebiet in Posen nur aus polnischen Arbeiter- und Arbeitgeber-Beisitzern gebildet wird.

Minister Thiesen erklärt sich mit dem Standpunkte Sattler's einverstanden, betont aber, daß von der Stadt Posen ein neues Projekt ausgearbeitet sei, das noch der Prüfung unterliege.

Abg. vom Rath (natl.) spricht sich gegen die Erhebung von Kanalgebühren auf dem Main aus.

Dem Regierungstische wird erwidert, daß die Interessenten und namentlich die Stadt Frankfurt seit 1 1/2 Jahren von dem Plane der Bollerhebung unterrichtet sind.

Auf eine Anregung des Abg. Knebel (natl.) erwidert Regierungskommissar Lange, daß die Projekte für eine Fortsetzung der Regulierung des Rheins von Köln Stromabwärts ausgearbeitet werden, um zunächst die Höhe der Kosten voranschlagen zu können.

Hieran knüpft sich eine kleine Polemik.

Abg. Gothein weist auf die Verschiebung der Kohlen-Abfahrtsverhältnisse hin. Seit die reguläre Oberober der Verkehr freigegeben ist, hat die oberschlesische Kohlenproduktion erheblich abgenommen, sie wird im Zustande durch die Ruhrkohle geschädigt und an der Westseite werden ihre Produkte durch englische Kohle verdrängt. Er gönne der rheinischen Kohlenproduktion gern den Vortritt, aber man soll dann den oberschlesischen ebenso leistungsfähige Wasserstraßen geben, wie den westfälischen Kohlengebieten. Auch die Schiffsabgaben auf der Oberober seien zu hoch und auch gar nicht gerechtfertigt, da die dort angelegten 16 Staustufen keineswegs allein im Interesse der Schifffahrt, sondern auch im Interesse der Mülerei erforderlich wurden. Redner legt eine Anzahl von Tarifunterschieden dar, die den Westen bevorzugen gegenüber dem Osten auf der oberen Ober. Auch die Landwirtschaft hat in dieser Gegend erhebliche Interessen an der Verbilligung der Tarife. Die Landwirtschaftskammer hat selbst darum gebeten, sie hat keinen Erfolg gehabt, weil der Finanzminister und der Arbeitsminister agrarischer sind als die Landwirthe.

Regierungskommissar Geheimrat Lange: Vor Aufstellung des Gebührentarifs ist den beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Aeußerung gegeben. Es hat sich herausgestellt, daß die Wasserstraßen erheblich billiger sind, als die Eisenbahnstraßen, und da ersuchen es angemessen, wenn die Gebühren so bemessen wurden, daß die Regierung daraus einen Nutzen für die von ihr aus gegebenen Kapitalien zog. Die Tarifsetzung erfolge im Westen genau nach denselben Prinzipien wie an der Ober-Ober; eine Verbesserung des Tarifwesens werde vielleicht eintreten nach Einführung der Aenderung der Schiffe.

Abg. Gothein meint, daß diese Auffassung deutlich erkennen lasse, die Regultung der oberen Ober sei nur im finanziellen Staatsinteresse, nicht aber im wirtschaftlichen Interesse Oberschlesiens erfolgt.

Minister Thiesen führt aus, daß die veränderten Abfahrtsverhältnisse auf andere Ursachen zurückzuführen seien. Die Produktion in Oberschlesien habe sich stärker gehoben, als die im Westen, aber auch neue Absatzgebiete gefunden.

Die Abg. Gamp und Graf Vallasfrein (B.) treten dem Abg. Gothein bei.

Bei der Position zur Verwaltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals führt Abg. Kanitz (L.) Beschwerde darüber, daß der Kanaltarif nicht, wie versprochen, rechtzeitig den Interessenten bekannt gemacht ist. Außer den Interessen der Landwirtschaft seien auch die der rheinischen Montan-Industrie nicht gewahrt. Es liegt die Möglichkeit vor, daß gerade durch den Dortmund-Ems-Kanal englische Kohlen bis in den Dortmunder Bezirk gelangen. Vielleicht ist da eine unterschiedliche Behandlung der Frachten zu Berg und zu Thal angezeigt, was namentlich bei der im Reichstage angeordneten Möglichkeit vom Abschluß eines Handelsvertrages mit England von Wichtigkeit sein wird. Die Industrie im Westen entzieht fortgesetzt der östlichen Landwirtschaft die Arbeiter. Die Kanäle sollten zur Entlastung der Bahnen gebaut werden. Es wäre gut, wenn dieser Grundsatz aufrecht erhalten würde, auch bei der Festsetzung einzelner Bahntarife zu gunsten gewisser Industriezweige. (Bravo! rechts.)

Minister Thiesen: Die Veröffentlichung der Tarife war nicht früher möglich; auch eine verschiedene Höhe Bemessung der Berg- und Thalfrachten erscheint nicht angängig. Mit einer unrichtigen Tarifpolitik würde die Montan-Industrie nicht bloß im Rheinlande, sondern auch in Oberschlesien gleichmäßig getroffen werden. Der Dortmund-Ems-Kanal muß sich erst allmählich entwickeln und auf die allgemeine Kanalarfrage werden wir ja im Herbst näher eingehen können, wenn die Regierung, wie sie beabsichtigt, mit einer großen Kanalvorlage vor das Haus tritt. (Leb. Widerspruch! rechts.) Es befreunden sich immer weitere Kreise mit den Kanalbauten, selbst ehemalige Gegner derselben, wie z. B. beim masurischen Kanal, und soeben geht ein Telegramm ein, daß der hannoversche Provinzial-Landtag sich mit allen gegen 7 Stimmen für den Mittelrand-Kanal ausgesprochen hat. (Bravo! links.)

Abg. Schmieding (natl.) tritt für billige Tarife auf dem Dortmund-Ems-Kanal ein. Die Industrieunfähigkeit des Grafen Kanitz zeigt sich heute wieder im schönsten Lichte. Die Bahnen sind vielfach an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, ihr Ausbau würde theurer sein und mehr Gefahren herbeiführen, als die Kanäle.

Abg. Gamp (H.) stellt dem Dortmund-Ems-Kanal nicht so unfeindlich gegenüber wie Graf Kanitz. Der Kanal ist als eine neue Rheinmündung gedacht, und nun wir ihn haben, müssen wir ihn auch ausnützen.

Abg. Deumer (natl.) tritt für die Kanalbauten ein und für Verbilligung der Tarife, die bei uns meist nicht unerheblich höher sind als in Belgien und Frankreich. Graf Kanitz scheine die Politik der Sammlung der produktiven Stände damit zu beginnen, daß man einen der produktiven Stände todschlägt oder in seinen Lebensbedingungen schädigt, wie es Graf Kanitz durch die Streichung der Außenhandtarife für Erze beabsichtigt. Redner begrüßt mit Freuden die Ankündigung einer Vorlage über die Erweiterung des Wasserstraßennetzes.

Abg. Frhr. v. Plethenberg (L.) macht auf die Konkurrenz der englischen Kohle aufmerksam und beklagt eine Differenzierung von Berg und Thal nicht nur für die Kohle, sondern auch für Holz und Getreide.

Abg. Müller (natl.) hält die Konkurrenz der englischen Kohle nicht für so gefährlich, wie es die Herren von der Rechten darstellen. Ich bedauere die Kundgebung des Landwirtschaftsministers über den Abschluß künftiger Handelsverträge. Die Handelsverträge haben der Landwirtschaft nicht geschadet, sondern genügt, und es ist nur ein Bedürfnis von Agitatoren gewesen, sie zu bekämpfen.

Abg. Brömel (Freis. Vg.) tritt für die Erhaltung der Handelsverträge ein.

Abg. Graf Limburg-Stirum bestritt dem Abg. Müller gegenüber, daß die Handelsverträge der Landwirtschaft genügt haben.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung des Etats der Bauverwaltung, Etat der Forsten und Domänen.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung, über die wir schon gestern berichtet haben, auch noch der Vorlage, betr. die vollständige Ablassung von Manufakturwaren bei der Verwendung von Schiffsbau, und dem Ansuchen, betr. den Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten-Etat für das Königreich Preußen, die Zustimmung erteilt. Von der Ueberlicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1897 wurde Kenntnis genommen. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Beratung des Militär-Etats fortgesetzt. Von den fortbauenden Ausgaben wurden die Kapitel: Kriegsministerium, Militär-Kassenwesen, Intendanturen, Militär-Geistlichkeit und Militär-Zusteuverwaltung für das preussische, württembergische und sächsische Kontingent nach den Ansätzen des Etats genehmigt. Bei dem Kapitel: Militär-Geistlichkeit führte Abg. Dr. Pieber (Z.) Klage darüber, daß nach ihm von Geistlichen gewordener Mithilfe in Kasernen unästhetische Schriften schlimmster Art verbreitet seien. Die Abg. v. Kardorff und Graf Noen mahnen den großen Städten die Schuld bei für die Verführung der Jugend und empfinden die Einschränkung der Freizügigkeit. Abg. v. Maffow beklagt die strengere Beaufsichtigung des Buchhandels. Abg. Singer trat diesen Auffassungen entgegen. Die Beratung des Militär-Etats wird Dienstag fortgesetzt.

Die sechste Kommission des Reichstags hat heute die erste Lesung der Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung beendet. Am Dienstag soll der Antrag v. Salich, betr. Einführung des Nothrechts, zur Beratung kommen.

Kommission für die lex Feine. Die Beratung beginnt mit dem § 184a, welcher lautet: Mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 800 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder auslegt, welche, auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen.

Ist die Handlung gewerdmäßig begangen, so treten die Strafen des § 184 Absatz 2 ein.

Zen Absatz III bilden die Bestimmungen des jetzigen § 184 Absatz II im Strafgesetzbuch. Abg. Petzold motivirt den Antrag; er giebt zu, daß der Begriff grobe Unanständigkeit dehnbar sei, daher hätten sie sich bemüht, denselben im Paragraphen näher zu definieren. Abg. Schall: Der Paragraph sei notwendig zum Schutze der Jugend. Die alten Sänder könne man nicht schämen. Er spricht sich für Erhöhung der Strafe aus. Geh. Regierungsrath v. Lischendorff weist darauf hin, daß der vorgeschlagene Paragraph sich in der früheren Vorlage der Regierung nicht befunden habe. Er glaubt nicht, daß mit der vorliegenden Fassung erreicht werde, was man erreichen wolle. Man solle eventuell nur den Schutz der Jugend im Auge haben und nimmt hierbei mehrfach bezug auf einen den französischen Kammern vorliegenden Gesetzentwurf, in dem dieses zum Ausdruck kommt, auch müsse das Anbieten unästhetischer Schriften an die Jugend durch das Gesetz betroffen werden. Abg. Bedt bedauert, daß die Regierung zu der Vorlage noch keine Stellung genommen hätten. Der Paragraph sei für ihn nicht annehmbar. Abg. Bedt: Auch ihm gehe der Paragraph zu weit, seine Bestimmungen seien zu dehnbar. Er wünscht, daß der Kommission die Bestimmungen des französischen Gesetzentwurfs nebst den Beschlüssen der Kammern mitgeteilt würden. Vorläufig sei ihm unklar, wie man Jugend und Alter durch das Gesetz getrennt behandeln wolle. Geh. Regierungsrath v. Lischendorff macht ausführlichere Mittheilungen über den französischen Gesetzentwurf und seine Behandlung in den Kammern. Abg. Pieschel erklärt sich gegen den § 184a in seiner jetzigen Fassung. Abg. Schall beantragt, zu sagen: Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche unzüchtig oder zur Unzüchtigkeit anzulegen geeignet sind, minderjährigen Personen anbietet, verkauft oder sonst überläßt und zugänglich macht.

Auf Antrag Koeren beschließt die Kommission, die Beratung des § 184a und b auszusuchen, auch sollen der Gesetzentwurf und die Beschlüsse der französischen Kammer für die Kommissionsmitglieder beschafft werden.

Man geht nunmehr zu § 327a der Vorlage über, welcher lautet: Wer wissend, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet, den Weisbefehl ausübt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu eintaufend Mark bestraft.

Ist die Handlung von einem Ehegatten gegen den anderen verübt, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

Abg. Petzold begründet den Antrag unter Hinweis auf ähnliche strafrechtliche Bestimmungen in Norwegen, Schweden, Finnland, Oesterreich und dem Kanton Schaffhausen. Abg. v. Gustedt ist für den Antrag, die Anstetzung erfolge nicht selten aus Rache gegen eine andere Person. Abg. Pieschel spricht sich ebenfalls für den Para-

graphen aus. Geh. Reg.-Rath v. Lischendorff weist auf die Gedanken von ärztlicher Seite hin. Auch würden Erpressungsversuche nicht selten sein. Was solle aber werden, wenn beide Theilhaber krank gewesen seien? Der Paragraph bleibe in der Hauptsache auf dem Papier. Abg. Kruse beurteilt den Paragraphen vom Standpunkte des Arztes aus, derselbe habe sehr wenig Werth. Das Wissen, an einer ansteckenden Krankheit zu leiden, sei schwer nachweisbar. Geh. Reg.-Rath Fischer ist anfangs für den Paragraphen gewesen in Rücksicht auf eine ähnliche Bestimmung im alten sächsischen Strafgesetzbuch. Er habe jedoch gefunden, daß zwar das alte Gesetz vom Jahre 1853 eine solche Bestimmung gehabt habe, diese sei aber in das Gesetz von 1868 nicht wieder aufgenommen worden, vermuthlich, weil sie keine Wirkung gehabt habe. Abg. Bedt ist mit der Absicht des Paragraphen einverstanden, er bestreite aber, daß der Paragraph irgend welchen Nutzen habe. Viel mehr werde erreicht, würde die Krankenversicherungs-Gesetzgebung entsprechend geändert und Vorsorge getroffen für gründliche Belehrung; er ist für eine systematische Bekämpfung der Krankheiten. Regierungsrath Deems hält den Paragraphen ebenfalls für bedenklich. Abg. v. Gustedt erklärt sich vom Standpunkte der Abschreckungstheorie für den Paragraphen. Abg. Kruse äußert eine Reihe weiterer Bedenken gegen den Vorschlag. Abg. Schall spricht sich für Verschärfung aus. Regierungskommissar v. Start ist der Meinung, die Materie werde am besten durch ein Seuchengesetz für Menschen geordnet. Abg. Bedt wünscht eine erweiterte Fassung; daß bloß die Anstetzung durch den Weisbefehl getroffen werde, genüge nicht. Geh. Ober-Regierungsrath v. Benthe erklärt sich gegen die Verschärfungsvorschläge Schall's, ebenso gegen Bedt's Ansichten. Der Paragraph sei keine Verschönerung des Strafgesetzes, insbesondere nicht der Absatz 2. Abg. Bedt: Er sei der Meinung, daß ein Spezialgesetz, mit dem gleichzeitig eine Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes vorzunehmen sei, am gründlichsten helfe. Die Geschlechtskrankheiten hätten einen Umfang angenommen, daß sie eine Gefahr für die ganze Gesellschaft seien. Bei der Größe des Uebels könne der vorgeschlagene Paragraph so gut wie garnicht in Betracht, der nach der Ansicht aller seiner Verteidiger nur auf dem Papier stehen werde, dafür sei er nicht zu haben. Abg. Koeren legt dem keine große Bedeutung bei, weil der geforderte Beweis schwer zu erbringen sei, dennoch sei er für den Vorschlag. Abg. Schwarz spricht sich in gleichem Sinne aus, möge der Paragraph nicht, so schade er wenigstens auch nicht. Abg. Petzold beantragt zu sagen: Wer... den Weisbefehl vollzieht und dadurch die Gesundheit eines anderen gefährdet, wird u. s. w. wie im Paragraphen, er zieht aber seinen Antrag zurück zu gunsten des Schall'schen, welcher lautet:

Wer die Gesundheit einer Person dadurch gefährdet, daß er wissend, daß er mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit behaftet ist, den Weisbefehl ausübt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Dieser Antrag Schall wird bei der Abstimmung mit 9 gegen 2 Stimmen (Kruse und Bedt) angenommen. Der Absatz 2 des Paragraphen wird mit 10 gegen 1, der ganze Paragraph mit 9 gegen 2 Stimmen angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf bis auf die §§ 184a und b erledigt und soll zu den Anträgen Bedt, zu §§ 175 u. s. w., des Strafgesetzbuchs übergegangen werden. Abg. v. Gustedt beantragt zur Beratung des Antrages Bedt zu § 175 (Widerrechtliche Unzucht) einen Kriminalkommissar der sittenpolizeilichen Abtheilung einzuladen und deshalb die Beratung zu vertagen. Die Kommission beschließt demgegenüber und erklärt die Regierungskommissare sich bereit, den Vorschlag des Abg. Gustedt zur Ausführung zu bringen. Nächste Sitzung Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Wahlbewegung.

Die Nationalliberalen, Konservativen und Bund der Landwirthe haben eine gemeinsame Kandidatur für den Wahlkreis Ruppiner Tempeln in Aussicht genommen. Genannt wird Rechtsanwalt Dieterichs-Prentzen.

Die Zentrumspartei wird, nach der „Rdn. Ztg.“, im Wahlkreise Reichensbach-Nerode als Reichstagskandidaten den Großindustriellen Reichsgrafen v. Magnis, im Wahlkreise Piesch-Nybnik als Landtagskandidaten an Stelle des verstorbenen Wolzyl den Reichstags-Abgeordneten Wolzyl aufstellen.

Katholik Redakteur A. Sedelagel will gegen Richter in Danzig kandidiren und außerdem will er sein Glück im Wahlkreise Kolberg-Rößlin versuchen.

Der Bund der Landwirthe in Erfurt beschloß an der Kandidatur Jacobstötter teilzunehmen.

Im mecklenburgischen Wahlkreise Malchin-Waren beabsichtigen die Konservativen, den Kammerherren Baron v. Malhahn auf Peccatel als ihren Reichstagskandidaten aufzustellen, nachdem der bisherige Reichstags-Abgeordnete des Wahlkreises, Landrath Freiherr v. Malhahn auf Wolgast eine Wiederwahl abgelehnt habe.

Partei-Nachrichten.

Der Gemeinderath in Sonneberg i. Th. nahm gegen drei Stimmen den Antrag unseres Parteigenossen Wehder an, das Schulgeld sowohl für die Elementar- wie für die Fortbildungsschule aufzuheben.

Schwer erkrankt ist der Parteigenosse August Diehl in Leipzig, der im vorigen Sommer eine 18 monatige Gefängnisstrafe beendet hat, die ihm als Redakteur der „Bürgerlicher Volksstimme“ von sächsischen Richtern auferlegt worden war. Durch einen Nervenschlag erlitt er eine starke Blutung des Gehirns, was den ihm verbleibenden Verlust seines Gedächtnisses zur Folge hatte. Wie die „Bürgerlicher Volksstimme“ mittheilt, sollte er auf den Rath des Professors Windscheid in einer Nervenklinik Unterkunft finden, da aber dort, wohl infolge von Ueberfüllung, kein separates Zimmer für ihn zu haben war, mußte man ihn einem Krankenhaus übergeben. Möge es der Kunst der Aerzte gelingen, unseren kranken Genossen bald vollständig wiederherzustellen!

Prozeß Zola.

Paris, 11. Februar.

Am 11 1/2 Uhr trifft Zola am Justizpalast ein. Die Menge eilt auf seinen Wagen zu unter Schreien. Gleichzeitig kommt Oberst Picquart an; als er den Wagen verläßt, wird gerufen: „Nieder mit Picquart! Nieder mit dem Zimmerdieb!“ Dagegen werden die anderen Offiziere, die als Zeugen erscheinen, mit Hochrufen auf die Armee begrüßt.

Der Sitzungssaal bietet dasselbe bewegte Bild wie in den letzten Tagen. Bei Zola's Eintritt erfolgt keine Kundgebung. Im Saale sind verstärkte Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung getroffen.

Oberst Picquart erklärte bei seiner Ankunft im Gerichtsgebäude seinen Freunden, er sei entschlossen, die ganze Wahrheit anzufagen und unbedenklich um die Folgen sich zu kümmern zu sprechen. Nach 12 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet und zunächst noch einmal General de Pellieux aufgerufen, der wegen eines spanisch geschriebenen an Picquart gerichteten Briefes vernommen wird. General Pellieux kommt auf einige Punkte aus der gefrigen Verhandlung zurück und bemerkt, man habe vielleicht seine Worte falsch ausgelegt. Oberst Henry habe gesagt, daß ein Aktenbündel geöffnet sei und die Vertheidigung davon Kenntnis genommen habe. Ich muß sagen, daß im Bureau für den Nachrichtendienst viele Aktenbündel liegen. Das geöffnete Bündel bezog sich auf Brieftauben. Es handelte sich nicht um die Dreijahres-Akten. Diese wurden vielmehr nach dem Prozeße des Jahres 1894 versiegelt und erst in der letzten Zeit von mir wieder geöffnet, um eine neue Untersuchung des Vorderans vornehmen zu lassen. Dann wurde das Bündel von neuem versiegelt und im Kriegsministerium deponirt. Pellieux demontirt hierauf in aller Form die Aeußerung Lebois', welcher erklärt hatte, daß er dieser Tage mit dem Obersten Henry in dessen Kabinete eine mehr als zweistündige Unterredung gehabt habe, und fährt dann fort: Nachdem Oberst Picquart den Major Esterhazy beschuldigt

batte, daß er gefälschte Briefe geschrieben habe oder solche habe schreiben lassen, sagte Picquart später, wenn es nicht Esterhazy gewesen sei, könnten es Personen aus Esterhazy's Freundschaft gewesen sein. Alles ist festum in dieser Angelegenheit. Der Kriegsminister erhob eine genau präzipierte Anklage gegen Jola, der das Kriegsgericht beschuldigt hatte, auf eine Ordre hin einen Schuldigen freigesprochen zu haben. Nun hat man uns aber den Namen dieses Schuldigen nicht genannt. (Murre.) Jawohl, ich sage aber folgendes: Major Esterhazy, bezüglich dessen ein Einstellungsbeschuß ausgesprochen war, präsentirte sich trotzdem dem Kriegsgericht. General Sausser wollte sich mit der gerichtlichen Erklärung, daß es an genügenden Beweismitteln zur Verfolgung Esterhazy's fehle, nicht begnügen. Sausser wollte — das kann ich sagen — entgegen der Ansicht vieler Autoritäten, die höher sind als die seinige, daß Esterhazy vor seines Gleichen und in einem öffentlichen Verfahren in Gegenwart der Parteien vor Gericht stände. Ich bedauere meinstheils, daß die Verhandlung nicht öffentlich verlangt ist, wie ich es selbst gewünscht habe. Der Kriegsminister verlangte Ausschluß der Öffentlichkeit. Labori fragt weiter: Hat Verlois damals nicht Fragen gestellt, die eine Ergänzung der Untersuchung hätten notwendig machen können? de Pellieux antwortet: Daran antwortete ich nicht.

Oberst Lantk sagt aus, Picquart habe ihn beauftragt, die vom Zeugen bereits erwähnte Rohpostkarte zu photographiren und ihn dabei ersucht, die Spuren der Risse in der Karte zum Verschwinden zu bringen und danach die Echtheit derselben zu bescheinigen; alles dies habe er dem Obersten Picquart rundweg verweigert zu müssen geglaubt.

Hierauf tritt unter lebhafter Bewegung und Aufmerksamkeit des Publikums Oberst Picquart als Zeuge vor und giebt an: Gegen den Monat Mai 1896 seien die Verhöre einer Telegrammkarte in meine Hände. Zu der Karte war von dem Major Esterhazy in Ausdrücken die Rede, die mir anzudeuten schienen, daß Esterhazy in Beziehungen zu ziemlich verdächtigen Personen stehe. Ich zog Erkundigungen ein, die ihm ungünstig waren und stellte Nachforschungen über sein Thun und Treiben überhaupt an. Das Ergebnis gerichte dem Offizier nicht zur Ehre. Ich wurde beauftragt, meine Nachforschungen fortzusetzen. Ich verschaffte mir Stücke von der Hand dieses Offiziers und die Verleumdung, die ich sodann zwischen dieser Handschrift und gewissen Schriftstücken anstellte, befürchtete meinen Verdacht. Was mir namentlich auffiel, war die Ähnlichkeit dieser Handschrift und jener des bekannten Bordereaus, von dem man so viel gesprochen hat. Ich ließ Photographien der Handschrift herstellen und zeigte dieselben zwei sehr maßgebenden Personen, Herren Vertillon und dem Major du Paty de Clam. Vertillon sagte mir: Das ist genau die Handschrift des Bordereau. Ich sagte ihm darauf, daß diese Handschrift aus einer Zeit nach dem Dreyfus-Prozesse herrühre, worauf er mir erwiderte: Nun ja, die Juden thun alles Menschenmögliche, um sich diese dem Bordereau gleichende Handschrift zu verschaffen. Du Paty de Clam sagte zu mir: Das ist die Handschrift von Dreyfus! Ich wußte, daß ein höherer, mit Orden geschmückter Offizier, dessen Namen ich nicht nennen kann, einer auswärtigen Macht gewisse Dokumente lieferte. Ich will keineswegs weiter Geheimnisse enthüllen, aber Major Kavaray sagt in seinem Berichte, meine Uebersetzung habe sich auf die Thatsache gegründet, daß die Handschrift in dem geheimen Aktenstücke mehr auf diejenige Esterhazy's passe, als auf diejenige Dreyfus's, der von Paris abwesend war, kehrte plötzlich zurück und sagte zu einem Zeugen, den man wird verhören können, es handle eine Anzeige gegen ihn bevor. (Bewegung.) Kurz, man sandte mich dann nach Tunis, wo meine ganze Post erbrochen wurde, ehe sie an mich weiter ging. Ich erhielt auch einen Brief von Esterhazy, in welchem er mir vorwarf, Unteroffiziere bestochen zu haben, daß sie sich seine Handschrift verschafften. Was das Telegramm mit der Unterschrift „Blanche“ angeht, so rührte es von jemand her, der durchaus über die Angelegenheit Esterhazy auf dem Laufenden zu sein schien; das Telegramm besagte: Man hat Beweise dafür, daß die mit „Georges“ unterzeichnete Rohpostkarte von Ihnen herrührt.“ u. s. w. Als bald informirte ich den Generalkommandanten von Tunis und schrieb an den Kriegsminister, um ihm von den Thatsachen Meldung zu machen und die Einleitung einer Untersuchung zu verlangen. Wenige Tage danach wurden zu meinem größten Erstaunen diese Thatsachen von der „Libre Parole“ erzählt. Der Bericht ersetzte in der Esterhazy-Sache, sagt Picquart aus, schien sich viel mehr mit dem zu beschäftigen, was ich gethan hatte, als mit dem was den Major Esterhazy betraf. Und doch habe ich viele Dinge gemeldet, welche diesen Offizier zum Vorwurf gereichen. So z. B. eine Untersuchungsaffäre, die in Espan spielte und welche Esterhazy hätte vor das Kriegsgericht führen können. Viele in Tunis lebende Offiziere, die ihn kannten, hatten mir vielerlei wenig Sinniges über ihn mitgetheilt. Man legte aber keinerlei Gewicht auf meine Angaben! Picquart bestritt formell, jemals in Gegenwart Verlois ein geheimes Aktenstück in Händen gehabt zu haben. Dann rechtfertigt Picquart die Handlungen, die er bei Esterhazy vornehmen ließ. Sein Agent habe ihm lediglich eine Karte gebracht, die ihm dazu gedient habe, die Handschriften zu vergleichen. Besonders habe der Agent konstatiert, daß viele Papiere im Kamin verbrannt worden seien. Albert Clemenceau beantragt nun neuerdings, daß ein Richter zu Madame Boulanoy geschickt werde, um dieselbe zu vernehmen, und bittet den Gerichtshof, über diesen Antrag Beschluß zu fassen. Als Picquart von den Gerichtshof zurücktritt, wird ihm eine wahre Ovation bereitet, man schickte dem Offizier, dessen elegante Jägeruniform Aller Blicke auf sich zieht, begeisterte Beifall und ruft: „Es lebe Picquart! Es lebe die Armee!“, während im Hintergrunde des Saales einige Protestrufe laut werden. Die Sitzung wird suspendirt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt Labori an Picquart die Frage: Haben Sie dem Prozeß Dreyfus als Vertreter des Kriegsministers beigewohnt? Picquart: Ich ziehe es vor, darauf nicht zu antworten. Labori: Haben Sie Ihren Vorgesetzten mitgetheilt, daß Esterhazy als der Urheberschaft des Vorderunschuldig angesehen werden könnte? Picquart: Ja. Labori: Haben Ihre Vorgesetzten Ihnen gesagt, daß noch andere Beweise als das Bordereau für die Schuld Dreyfus's vorliege? Picquart: Nein. Labori: Worauf führen Sie die Untriede zurück, deren Opfer Sie waren? Picquart: Ich glaube, diese Untriede verfehlen den Zweck der Möglichkeit, die Schuld Esterhazy's nachzuweisen, ein Hinderniß entgegenzustellen. Labori: Glauben Sie, daß Esterhazy daran theilhaftig war? Picquart: Ich glaube es. Labori: Hatte Esterhazy Mitschuldige? Picquart: Gewiß. Labori: Könnten diese Mitschuldigen im Kriegsministerium sein? Picquart: Ich denke im Kriegsministerium war jemand, der in betreff der Untriede auf dem Laufenden war. Das ist nicht abzuleugnen. Labori fragte an: Sollten Sie nicht nach Tripolis geschickt werden? Picquart: Ich glaube, aber General Peleuc erbat um Instruktionen, da die Sache ihm nicht notwendig schien. Labori: War diese Mission gefährlich? Picquart (äogernd): Die Segend war nicht sicher. (Anhaltende Bewegung.) Labori: Ist der Agent, welcher dem Ministerium die Rohpostkarte zugehen ließ und dem Esterhazy überreichte, nicht derselbe, der dem Ministerium auch das Bordereau sandte? Picquart: Ja. (Bewegung.) Labori: Gab also die Thatsache, daß die Rohpostkarte aus dieser Quelle kam, nicht zu Zweifeln Anlaß über seinen Ursprung? Picquart: Gewiß.

Es entspinnt sich nun eine lebhaftere Diskussion zwischen Labori und dem General Pellieux, welcher letzterer erwidert, Mathieu Dreyfus habe ihm keinerlei Beweis für die Schuld Esterhazy's beigebracht. Schließlich verlangt Labori, daß der Agent vernommen werde, der das berühmte Bordereau ausgeliefert hat. Major Lantk erwidert, dieser Agent sei ein einziger Vermittler, der nicht würde antworten können. Dann wirft Labori dem Major Kavaray vor, er habe seine Untersuchung schlecht geführt. Kavaray erwidert darauf: Das Militärgerichts-Verfahren ist ein anderes, als das übrige. (Großer Lärm.) Picquart wirft Kavaray vor, er habe seine Untersuchung mit Hilfe von Inflationen geführt.

Hierauf wird die Sitzung aufgehoben. Als Picquart sich entfernt, kommt es zu verschiedenen Kundgebungen; Fischen und höfische Mäse mischen sich mit Beifallsrufen, ein unbeschreiblicher Lärm entsteht. Irgend ein ernstlicher Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgebung.

Achtung, Buchbinder! Heute Abend bleiben sämtliche Zahlstellen des Verbandes geschlossen. Nur die Haupt-Zahlstelle, Restaurant zur „Neuen Post“, Weichstr. 19/20, ist von 8-10 Uhr geöffnet.

Deutsches Reich.

Das hanseatische Ober-Landesgericht in Hamburg verwarf die Klage der Lübecker Möbelfabrikanten auf Schadenersatz von 2000 M., welche gegen die Lohnkommission der Tischler sowie gegen den Verleger und Redakteur des „Vollkloß“ wegen einer Sperrnotiz bei Gelegenheit des Tischlerstreiks im vorigen Sommer gerichtet war.

Der Streik bei dem Holzwaaren-Fabrikanten Rich. Weillstein in Nürnberg wurde für beendet erklärt, da V. sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligte. Die Arbeit wurde am 10. Febr. wieder aufgenommen.

Achtung, Formier! Zu den in Kachen ausgebrochenen Differenzen erhalten wir folgende Zuschriften: Die eine Firma bereitet Lohnkürzungen vor, und sichten deshalb die ganzen Formier Nachens zusammen, um den ohnehin so niedrigen Verdienst zu erhalten. In einer anderen Gießerei haben sämtliche Leute bereits gekündigt wegen der rücksichtslosen Behandlung, die gegen verschiedene Arbeiter angewendet worden ist. Die sanitären Zustände sprechen den beschiedenen Anforderungen Hohn. Wenn kein Zugang von Holland und Belgien erfolgt, dürfte der Sieg der Formier sicher sein, da von den deutschen Formieren wohl niemand hier sein Heil versuchen wird. Also nochmals Achtung bei Formiergehäusen nach Kachen. M. Sandler, Vertrauensmann, Düsseldorf, Grafenbergerstraße 27, III.

Wegen Nichtanmeldung einer Versammlung wurde der Vorsitzende der Lindenwalder Zahlstelle der Hutmacher und der gleichzeitig angeklagte Restaurant vom Schöffengericht freigesprochen. Die Angeklagten konnten beweisen, daß in der betreffenden Versammlung des Verbandes keine politischen Gegenstände erörtert wurden, worauf vom Amtsanwalt selbst die Freisprechung beantragt wurde.

Zur Lohnbewegung der Bauschreiner und Aufschläger in Stuttgart. In der am letzten Sonntag stattgefundenen öffentlichen Bauschreiner-Versammlung wurde die Antwort der Arbeitgeber auf die vor vierzehn Tagen erfolgte Einreichung des Tarifs bekannt gegeben. Da jedoch von seiten der Arbeitgeber keine bestimmte Erklärung vorlag, ob sie den Tarif anerkennen wollen oder nicht, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Arbeitgeber nochmals zu ersuchen, spätestens bis Freitag, den 11. Februar, ihre blühende Erklärung abzugeben. Die zur Versammlung eingeladenen Werkstattschreiner erklärten sich mit dem Vorgehen ihrer Kollegen solidarisch. In denjenigen Geschäften, welche bis Freitag nicht ihre Zustimmung zu dem Tarif gegeben haben, soll die Arbeit am Montag, den 14. Februar, niedergelegt werden.

Der Ausstand der Formier im Eisenhüttenwerk zu Thale ist zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Die meisten Ausständigen haben das Formular, das bestätigt, daß der Arbeiter aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande austritt, unterzeichnet, und sind mit einigen Ausnahmen sämtliche Arbeiter wieder in Beschäftigung getreten.

Die Zahlstelle des Verbandes der Fabrik- und Hilfsarbeiter in Linden ist auf Veranlassung des Polizeipräsidenten aufgelöst worden. Den Leitern der Zahlstelle war zunächst ausgedrückt, die Frauen von der Mitgliedschaft auszuscheiden. Dem wurde nicht nachgegeben, weil die Leiter der Meinung waren, daß ihre Vereinigung keine politischen Zwecke verfolgt. Daraufhin hat nun das Polizeipräsidentium die Auflösung verfügt, und wird hiergegen von den Arbeitern der Klageweg beschritten werden.

35 Kanalarbeiter in Lohde haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen pro Wagen eine Lohnherabsetzung von 30 auf 28 Pf. zugemutet wurde.

Ausland.

Vom Generalsekretariat der Vereinigten Maschinenbauer Englands erhalten wir nachstehendes Schreiben:

„Bis jetzt sind etwa 75 pct. unserer angefertigten Mitglieder wieder in Arbeit gebracht. Die Werke sind durch das lange Feiern vielfach in einen Zustand großer Desorganisation geraten, der eine volle Aufnahme der Arbeiten nicht sofort zuließ. Andererseits sperren sich die Unternehmer auch zunächst noch ein wenig, die Leute, welche die Antragsperren erließen, zu entlassen. Aber die umfangreichen Bestellungen, die jetzt eintreffen, und andere Umstände berechtigen uns zu der Hoffnung, daß die Zahl unserer Arbeitslosen in einigen Wochen auf den normalen Stand herabgesunken sein wird. Damit ist der Kampf um den Achtstundentag zu Ende und wir nehmen gern die Gelegenheit wahr, allen denen, die im Kampfe um ein besseres Dasein und beigestanden haben, unseren besten Dank auszusprechen. Wir wollen hier nicht forschen nach den Ursachen unserer Niederlage, aber wir versichern Euch, daß der Ausgang des Kampfes ein einigermassen sein wird zu neuem Streben, bis der Sieg an unsere Fahne sich heftet.“

J. A.: George N. Barnes, Gen.-Sekr.“

Im Monatsberichte des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer wird mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl im Monat Januar auf 90 813 gegen 91 944 im Monat Dezember herabgegangen ist. Diese Abnahme ist den Umständen nach als eine äußerst geringe zu bezeichnen, denn es ist eine alte Erfahrung, daß es nach Beendigung eines Streiks immer eine Anzahl Fahnenflüchtiger giebt. Nach vorläufigen Aufrechnungen ist den Maschinenbauern während des Streiks aus fremden Hilfsquellen (ob das Ausland hier mit eingerechnet ist, geht nicht deutlich genug hervor) die Summe von drei Millionen Mark zugeflossen. Die „Shipping World“ berechnet den Schaden der Unternehmer auf 500 Millionen Mark. Auf Genauigkeit dürften alle diese Zahlen wohl keinen Anspruch erheben.

Für die angefertigten englischen Maschinenbauer gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beträge ein: Pianofabrik von Schulz, Blumenstraße 70 10.—, Gefäßliche Frauenverein Strindabel, Uckerstr. vom stattdemenden Berggassen am 16. Januar 1899 188.00, Tischlerei von Böhm, 4. Rate 9.—, Musikinstrumenten-Arbeiter d. Krundt (auf Viken) 91.45 (darunter Fabrik Klingmann 10.15, Fabrik Pfeifer 10.—, Fabrik Link u. Gaudelshofer 7.25, Fabrik Müller 5.—, Fabrik Hühnerberg 4.50, Fabrik Siebert 4.55, Millionen-Schulze 12.50, Fabrik Dreuer u. Komp. 4.25, Millionen-Schulze 5.50, Fabrik Hofmann 5.—, Millionen-Schulze 22.75), Wöllmer's Wessing-Abteilung 5.75, Bildungsbereich „Recht Licht“ Americanische Kuttion 5.45, Klempner-Verkauf von Stand in Wilmersdorf 5.50, Bauhilferei Hille, Boedstr. 21 16.00, Steinerei Berlin (auf Viken) durch Grabig 5.25, Gewerkschaftsratel Kirchow (auf Viken) durch Bieweg 14.75, Vom Maschinenbau der Hiesinger 1.45, Brauer Berlin durch Breuß 54.77 (darunter Brauerei Böhm-Schönhausen in 2 Raten 28.12, Brauerei Bismarck 14.50, Bismarck's Brauhaus 12.05). Einige organisierte Kollegen von Hornitz und Saalfeld 3.—, Bauarbeiter Berlin durch Noat (auf Viken) 13.15, Maschinenbau und Feiler Berlin (auf Viken) durch G. 25.55, Von der Eisenkommission der Ost-Brandenburg der Maschinenbauer und vermandter Gewerke durch G. 15.—, Th. 9.—, G. 5.—, Tischlerei A. Reinhardt, Säwebetrieb 96 7.40, Theaterfreunde Charlottenburgs 4.00, Theatervorstellung der freien Künstlerhande (Charlottenburg) unter Mitwirkung des Theatervereins Gemüthslichkeit (Wilmersdorf) 120.—

In Nr. 27 des „Vorwärts“ ist irrthümlich bei folgenden beiden Citirungen anstatt Streik I. M., Steigig geizt worden. Es muß heißen: Gewerkschafts-Verberzung, Streik in Reddenburg 5.—, Fällale der Bergarbeiter in Steigig in Reddenburg 10.—, Dierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Hise 664 verloren gegangen ist.

Die Inhaber von Sammelkarten werden hierdurch ersucht, dieselben auf dem Gewerkschaftsbureau (Ammenstraße 10, 1 Tr. N. Millar) abzuliefern.

Die Protokolle der Hamburger Senats-Kommission, betreffend die Auslagen der Unternehmer und Arbeiter über die Arbeitsverhältnisse im Hafen, sind, wie die „Hamburger Corr.“ mittheilt, soeben im Verlage von Lucas Gräfe u. Sillem in Hamburg erschienen und zum Preise von 3 Mark zu haben. Die Schrift ist über 400 Seiten in Quarsformat stark. Sie enthält die ausführlichen, von allen Theilnehmern unterzeichneten Protokolle von 30 Sitzungen und etwa 50 Anlagen mit Tarifen, Arbeitsordnungen und Instruktionen der verschiedenen Betriebe.

Ueber die Grubenkatastrophe auf Zeche Kaiserstuhl II, welches Unglück 21 Bergleute das Leben kostete, sagt die Inhaberin der Zeche, die Gewerkschaft Vereinigte Westfalen, in ihrem Geschäftsbericht: „Die betreffende Bauabtheilung galt für ungefährlich, da die Analysen des ausziehenden Wetterstroms, allerdings wie überall bei recht reichlicher Bewetterung, niemals mehr als 1/2 pct. Grubengas nachgewiesen haben. Etwas ganz sicheres über den Herd der Entzündung hat sich nicht feststellen lassen. Wahrscheinlich sind die Schlagwetter einer auf dem Ort Nr. 3 am gleichen Tage bloßgelegten Luft plötzlich entzündet und haben sich an einer etwa 1 1/2 Meter vom Ortstoß hängenden Wetterlampe entzündet.“

Mit der landläufigen Erklärung, daß nichts Genanntes festzustellen ist, wird für die Inhaberin der Zeche die Sache wohl abgethan sein. Nicht so für die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter, die branten in den Gruben täglich ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Sie werden fortfahren, die Aufstellung praktischer, von ihnen gewählter Bergleute als Gehilfen der Grubeninspektion zu fordern, und so groß auch der Einspruch ist, den die Bergwerksbesitzer auf die Regierung ausüben, der Zeitpunkt kann nicht fern sein, wo man den Bergleuten, einiges Vorgehen derselben vorausgesetzt, diese Forderung bewilligen muß.

Ueber den Arbeitermangel auf dem Laude hat am 30. Januar im preussischen Abgeordnetenhause der Herr Abgeordnete Szmula eine bewegliche Rede gehalten. Er meinte, wenn der Minister die Benennung fremdländischer Arbeiter erzwänge, so werde er zum „Lobengraber“ der Landwirtschaft, denn alles dränge nach der Stadt. Zu diesen Ausführungen schreibt uns ein schlesischer Arbeiter: Wenn der Herr Abgeordnete Szmula meint, daß es in Oberschlesien keine Arbeiter gäbe, so mag er sich nur in seinem eigenen Wahlkreise umsehen. Dort wird er genug Arbeitslose finden, die gern auf den Gütern arbeiten würden. Die polnischen Arbeiter Oberschlesiens haben ein Sprichwort, das folgendermaßen lautet:

Wolai bem ja znosić
ostrą kolkę w pietzase
aniżeli mam widzić
Szmula w Parlamencie.

Auf deutsch heißt das: Lieber will ich ertragen scharfe Dornen in der Ferse, als daß ich sehen soll Szmula im Parlament.

Eine Heilstätte für unbemittelte Tuberkulose-Kranke Hamburgs wird voraussichtlich noch in diesem Jahre eröffnet werden können. Ein wohlhabender Hamburger hat zum Zweck der Errichtung einer solchen Anstalt 250 000 M. gestiftet, auch von anderen Bürgern sind Gelder eingegangen, und Senat und Bürgerchaft haben zum Bau einen bei Geschäft gelegenem Platz zur Verfügung gestellt, ferner ist auf 5 Jahre zum Betriebe der Heilstätte ein staatlicher Zuschuß bewilligt. Das Kuratorium besteht aus zwei Senatoren, dem Vorsitzenden der Bürgerchaft, zwei Mitgliedern des Medizinalkollegiums und mehreren anderen Herren. In die Anstalt werden nur männliche heilbare Kranke aufgenommen. Später, wenn durch private Zuwendungen die Mittel aufgebracht sind, soll eine Heilstätte für weibliche Kranke errichtet werden. § 2 der Satzungen besagt: „Für die Zukunft liegt es innerhalb des Stiftungszweckes, hilfsbedürftigen Tuberkulose-Kranken beider Geschlechter und ihren Familien durch Errichtung weiterer Heilstätten und alle sonst geeigneten Mittel Hilfe zu gewähren.“

Die Angelegenheit überhaupt zur Staatssache zu machen und somit die Errichtung einer Heilstätte für weibliche Frauen sofort in Angriff zu nehmen, das würde der reichen Hansestadt Hamburg besser anstehen, als der Privatwohlthätigkeit die Aufbringung der Mittel zu überlassen.

In Nürnberg wurde am 9. Februar nachts der Wartesaal III. Klasse des Centralbahnhofes abgefeuert und dabei circa hundert obdachlose Personen, die dort übernachtet wollten, ausgenutzt. Daran zog diese zum Rathhaus, stellten sich vor der Polizeihauptwache an und verlangten stürmisch Obdach. Die Polizei löste die Frage auf Polizeimänner: Sie nahm etwa 20 von den Unterlumpen beschendend fest und gab ihnen Obdach hinter vergitterten Fenstern, worauf sich die übrigen zerstreuten. Ueber diese glückliche Lösung sind alle ordnungsliebenden Spieler sehr erfreut. In Nürnberg aber giebt es, nach Ansicht des „freisinnigen“ Stadtmagistrats, weder eine Wohnungsnoth, noch sonst einen Nothstand.

Bei der Vergebung der Druckarbeiten der englischen Regierung, die auf den Zeitraum von zehn Jahren zu erfolgen pflegt, hat das britische Schahamt, einem Gesuche der Gewerkschaften theilweise Rechnung tragend, die Vorchrift erlassen, daß die mit der Herstellung der Regierungsdruckfachen beschäftigten Arbeiter vollständig tarifmäßig bezahlt werden müssen.

Die Stellung der weiblichen Eisenbahn-Beamten in Schweden ist durch eine neue Verordnung die am 1. Januar 1899 in Kraft trat, wesentlich verändert worden. Nach § 4 des Reglements besaß die Eisenbahn-Verwaltung das Recht, dem Beamten zu kündigen, ohne daß er Unzulänglichkeit gezeigt oder sich eines Dienstverfehrens schuldig gemacht zu haben. Die Verwaltung bediente sich bis jetzt dieses Rechts bei der Verberathung der weiblichen Beamten. Infolge der neuen Verordnung braucht kein Beamter wider seinen Willen aus dem Amte zu scheiden; es sei denn, daß er ein Dienstverfehen begangen habe. Voraussetzlich bleiben nicht viele Frauen auch nach der Verberathung im Amte, aber das Recht dazu haben sie jetzt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wiesbaden, 11. Februar. (B. L. B.) Vergangene Nacht wurde im Labungsgebiete ein Erdbeben verspürt, welches mehrere Sekunden andauerte.

Basel, 11. Februar. (B. L. B.) Der Spezialkorrespondent der „Basler Nachrichten“ in Paris ist wegen seiner Haltung in der Dreyfus-Angelegenheit von der französischen Regierung ausgewiesen worden.

London, 11. Februar. (B. L. B.) Das Bowstreet-Polizeigericht sollte heute gegen den Russen Bucheff und gegen Clement Birzbeck, welche unter der Anklage standen, zur Ermordung des Jaren Nikolais durch Flugblätter aufgereizt zu haben, das Urtheil. Ersterer wurde zu 18, letzterer zu 2 Monaten Zwangsarbeit verurtheilt.

London, 11. Februar. (B. L. B.) Unterhaus. Abrededeatte. John Hedmond beantragt einen Zusatz, welcher erklärt, die Verleibigung der irischen Forderung nationaler Selbstverwaltung sei die dringende innere Frage und sei nur zu lösen durch Gewährung eines unabhängigen Parlaments und einer ihm verantwortlichen unabhängigen Regierung. Das Haus lehnt hierauf den Zusatz antrag Hedmond mit 233 gegen 65 Stimmen ab.

London, 11. Februar. (B. L. B.) Heute Nacht ist in Hull der Dampfer „Marbella“ infolge eines Zusammenstoßes mit dem britischen Kriegsschiffe „Galatea“ gesunken.

Konstantinopel, 11. Februar. (B. L. B.) Hier eingelaufene Regierungs-Depeschen melden, daß Ausland große maritime Verlebrungen im Schwarzen Meere trifft. Gelegentlich eines Scheinmanövers haben mehrere Kriegsschiffe bei Batum 4000 Soldaten gelandet, die sofort nach der türkischen Grenze abmarschirten.

Bombay, 11. Februar. (B. L. B.) Die Pestepidemie nimmt im Bombhad in bedenklicher Weise zu. In den Distrikten von Polharpur und Jalandhar sind bereits acht Dörfer von der Pest ergriffen.

Reichstag.

89. Sitzung. Freitag, den 11. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bülow. Ein schneller Antrag der Polen auf Einstellung eines gegen den Abg. v. Sahl-Jaworski in Schwed. schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Darauf wird die Spezialberatung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt beim Kapitel: „Gesandtschaften und Konsulate“.

Bei der Gesandtschaft in Athen spricht Abg. Schmidt-Barburg (Z.) seine Befriedigung aus über die energische Wahrnehmung der Interessen der deutschen Gläubiger Griechenlands durch den Staatssekretär v. Bülow.

Bei der Gesandtschaft in Lissabon hofft Abg. Dr. Haffe (natl.), daß auch die deutschen Gläubiger Portugals einen ähnlichen Schutz finden würden.

Es folgt der Titel: „Wohlfahrt in Paris“.

Abg. Richter (fr. Sp.): Einige französische Blätter haben es so dargestellt, als wenn der Herr Staatssekretär seine Erklärung über den Fall Dreyfus in der Budgetkommission aus eigener Initiative abgegeben hat. Ich konstatiere dagegen, daß er es auf eine direkte Anfrage von mir getan hat. Ich konnte ja schon voraussehen, daß die Antwort des Herrn Staatssekretärs so erfolgen würde; mir lag aber daran, öffentlich und authentisch von einer verantwortlichen Stelle her diese Erklärung zu erlangen. Nachdem der Staatssekretär erklärt hat, daß sein Beamter des Deutschen Reiches jemals mit dem Kapitän Dreyfus in Verbindung gestanden hat, erwidert es sich, nochmals auf die Sache einzugehen. Ueber den Sachverhalt kann niemand mehr im Zweifel sein, der noch einigermaßen vernünftig ist. (Beifall und Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Jebben (natl.) befürwortet eine Vermehrung der Konsulate in Französisch-Indien.

Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt befreit das Bedenkliche.

Beim Titel Gesandtschaft in Peking erklärt auf eine Anregung des Abg. Jebben

Direktor Reichardt, die Verwandlung des Konsulats in Amoi in ein Vize-Konsulat und die Verlegung desselben nach Hainan in Erwägung ziehen zu wollen.

Beim Titel: Gesandtschaft in Petersburg spricht

Abg. Jebben (natl.) über den russischen Handelsvertrag; er beschränkt sich, von der „Freisinnigen Zeitung“ als Agrarier bezeichnet worden zu sein. Der Regierung ruft er zu: Fahren Sie auf dem bewährten Wege fort, so werden Sie sich unseren Dank erwerben. (Bravo!)

Abg. Richter (fr. Sp.): Der Abg. Jebben hat für die Zuckersteuer-Novelle gestimmt und dieses Gesez sehen wir als ein agrarisches an.

Beim Titel „Wohlfahrt in Washington“ bringt

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten zur Sprache. Man solle die Dinge in Amerika nähern und läßt verfolgen. Seitdem die unter dem Wilson-Tarif erfolgte Verletzung der Tarife durch den Dingley-Tarif aufgehoben worden sei, falle für Deutschland auch der formale Grund für Repressalien fort. Auch sei gerade unter dem Dingley-Tarif der Import nach den Vereinigten Staaten auf die höchste Höhe gekommen. Die Agrarier hätten also kein Recht, schärfere Maßnahmen gegen Amerika zu verlangen. In der Schilblausaffäre seien die Behörden wohl etwas überstürzt vorgegangen. Man hätte schon zu Befürchtungen Anlaß gehabt, ehe dann die abnehmende Versorgung im Reichs-„Anzeiger“ erfolgt sei. Die Schilblausaffäre sei aber nicht so bedeutend, wie sie dargestellt werde. Er beglückwünsche die Regierung, daß sie dem Drängen der Agrarier gegenüber in dieser Sache laute Ohren gezeigt habe.

Präsident v. Nolde bittet die Redner, nicht etwa ausführlich auf die gesamte deutsche Handelspolitik einzugehen; das würde zu weit führen.

Abg. Frhr. Oehl v. Derrnsheim (natl.): Wir haben volles Vertrauen zu der Handelspolitik des Reichskanzlers, da sie auf die Interessen der Landwirtschaft Rücksicht nimmt. Gegenüber Herrn Barth bemerke ich, daß nur der deutsche Zucker, nicht aber der französische mit Zollzuschlag bedacht wurde. Aus diesem Grunde waren Repressalien wohl berechtigt. Hoffentlich können wir künftig die Regierung in anderen Stimmungen beglückwünschen, als der Herr Barth es getan hat.

Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky: Herr Barth hätte sich in der Schilblaus-Frage so lange Selbstbeschränkung auferlegen sollen, bis er die Gründe seiner Regierung kennt. (Sehr richtig, rechts.) Derjenige, der diese Selbstbeschränkung nicht läßt, sondern vorher Kritik läßt, unterstützt damit den internationalen Gegner. (Beifall rechts.) Das hat der Abg. Barth getan. In einer Sendung, die in Hamburg eingetroffen war, ist der Schilblaus entdeckt worden und es sind Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden. Die Sachverständigen entdeckten weibliche Insekten, die bereits lebende Junge unter sich hatten und ebenso männliche Insekten. Am gefährlichsten ist die Kalifornische Biene für die Verleppung des gefährlichen Insektes, aber auch auf Kapseln ist das Insekt entdeckt worden. Sogar auf einer Kapselendung, die nach Berlin gekommen, ist es gefunden worden. (Hört! hört!) Amerikanische Staaten sperren sich selbst gegen den Import kalifornischer Früchte ab. Die Regierung hat nur ihre Schuldigkeit getan, wir mußten uns schützen. (Beifall.)

Welche Form unsere künftigen Handelsverträge haben werden, darüber zu freieren, ist jetzt nur ein akademisches Vergnügen. Zunächst müssen wir einen autonomen Tarif haben, dann können wir weiter überlegen, was zu thun ist. Die Thätigkeit des wirtschaftlichen Ausschusses wird auch von Seiten der Landwirtschaft immer mehr gewürdigt. Die handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten müssen mit Zurückhaltung erörtert werden. Ganz falsch ist es, Störungen dieser Beziehungen im Jorne zu behandeln; hierbei muß man wie ein kluger Kaufmann verfahren und prüfen, ob auch bei ungünstigeren Bedingungen der wirtschaftliche Vorteil auf Seiten des eigenen Landes ist. Freilich gebe ich zu, daß Momente eintreten können, wo diese letzte Überlegung nicht mehr am Platze ist. Der Gedanke an einen Zollkrieg wird hier und da erwogen. So kam kürzlich ein verehrter und hochgeschätzter Herr zu mir und meinte, es sei nicht am richtigen wäre, wenn Deutschland seine handelspolitischen Beziehungen zu einigen Staaten abbrechen würde. Ich erwiderte dem Herrn: Wenn Sie einen Zollkrieg anfangen wollten, dazu brauchen Sie keinen Staatsmann, das kann mein Kausidibener auch! (Beifall links.) Die größte Kunst besteht darin, in schwierigen Verhältnissen den Frieden solange aufrecht zu erhalten, als er sich mit unseren landwirtschaftlichen Verhältnissen noch verträgt. Ich bitte dringend der Regierung die Wahl des Zeitpunktes zu überlassen, wenn sie die Bedingungen nicht mehr für erfüllt hält. (Beifall.)

Abg. Graf Kanitz (L.) stellt den Behauptungen des Abg. Barth gegenüber fest, daß in Frankreich alle staatsverhaltenden Parteien mit der Politik des Ministers Meline durchaus zufrieden seien. Die Prophezeiungen des Abg. Barth über die Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Amerika müssen mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Jedenfalls ist unsere Exportindustrie durch den Dingley-Tarif außerordentlich geschädigt worden, sie ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Von einem Zollkrieg mit Amerika haben wir nie gesprochen. Wohl aber wünschen wir ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Staaten gegen die amerikanischen Zoll-erhöhungen. Dann wird Amerika nicht mehr in der Lage sein, den europäischen Zucker zu differenzieren, je nachdem er aus Deutschland,

Frankreich, Oesterreich oder Rußland kommt. Die französische Regierung hat sich bereits einige Zoll-erhöhungen gegen Amerika bewilligen lassen. Sobald von irgend einer Seite die Anregung dazu kommt, ist die Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Aktion der europäischen Kontinentalstaaten gegen Amerika nicht unmöglich. Hier handelt es sich um das Interesse der deutschen Industrie, deren Absatz nach Amerika gesichert werden soll. Die Interessen-Gemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft veranlaßt uns zu unserm Vorgehen. Ich danke nochmals dem Herrn Staatssekretär für seine Erklärung. (Bravo!)

Abg. Richter (fr. Sp.): Herr Posadowsky hat diese Erörterungen akademisch genannt. Wir sind aber durch die Erklärung des Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus, die Schutzdölle sollten erhöht werden, und die Beschlüsse des Landwirtschaftsrates, zu denen Herr Posadowsky geschwiegen hat, provoziert. — Das Vorgehen Amerikas ist lediglich ein Rückschlag gegen die Bismarck'sche Politik. (Widerspruch rechts.) Herr Paasche ist, wie ich glaube, vom Standpunkt der deutschen Zuckerindustrie nicht für Repressalien. Die Erörterungen des Grafen Kanitz über den Zollverein gegen Amerika gehören ins Reich der Phantasie.

Abg. Graf Oehl v. Derrnsheim (natl.) befreit, daß er zu einem Zollkrieg aufgepuscht habe.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) befreit gegenüber dem Grafen Posadowsky, die Interessen Amerikas durch sein Vorgehen in der Schilblausfrage vertreten zu haben.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich will Herrn Barth auch durchaus keinen Vorwurf machen, es handelt sich aber darum, daß auch Amerika einzieht, daß wir recht haben. Im Landwirtschaftsrath durfte ich als Gast nicht in die Polemik eingreifen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) polemisiert gegen den Abg. Barth. Gegen Amerika wären wohl Repressalien am Platze gewesen.

Abg. Richter (fr. Sp.) erwidert dem Grafen Posadowsky, daß der Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes im Landwirtschaftsrath das Wort ergriffen habe.

Abg. Graf Kanitz (L.) meint gegenüber Herrn Richter, gegen die maßvollen Versicherungen des Grafen Posadowsky im Landwirtschaftsrath sei nichts zu sagen.

Nach einer weiteren Polemik zwischen den Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Paasche (natl.) wird die Diskussion geschlossen.

Der Titel „Wohlfahrt in Washington“ wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Kapitels „Gesandtschaften und Konsulate“.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ Titel 6, Unterstützung von deutschen Schulen im Auslande, wünscht

Abg. Dr. Haffe (natl.), daß sich die Konsula um die deutschen Schulen mehr kümmern und der Unterstützungsbetrag erhöht werde.

Der Titel und der Rest des Kapitels wird bewilligt. Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung beim Kapitel „Kolonialverwaltung“; Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Berliner Sozialdemokratie und die nächsten Reichstagswahlen.

Ueber die gestern stattgehabten Versammlungen liegen uns folgende Berichte vor:

Im ersten Wahlkreise referierte Genosse Böhsch. Redner führte den Versammelten in längerer Ausführungen vor Augen, in welcher ungeheurer Nähe die Kosten für Heer und Flotte seit Bestehen des Deutschen Reiches angewachsen sind. Alle diese Summen würden in Form von Zöllen und indirekten Steuern den unteren Bevölkerungsschichten aufgeschwärt. Mit den jeweiligen Liebesgaben seien die Agrarier durchaus noch nicht zufrieden gestellt; die Verhandlungen der gegenwärtig tagenden landwirtschaftlichen Korporationen zeigen deutlich, daß die Begehrlichkeit der wohlhabenden Landwirthe sich bis auf eine vollständige Abschließung Deutschlands gegen die Einfuhr aller notwendigen Lebensmittel erstreckt. Die Minister von Posadowsky und Hammerstein haben offen erklärt, daß bei Abschließung neuer Handelsverträge die Landwirtschaft mehr Berücksichtigung finden müsse. Die Zukunft werde also einen erbitterten Kampf um die handelspolitischen Fragen bringen. Großgrundbesitz und Industrie haben sich allem Anscheine nach geeinigt, um gemeinsam den großen Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Klasse unternehmen zu können. Um dies durchzuführen zu können, werde versucht, die Arbeiterklasse durch neue Knebelgesetze wehrlos zu machen. Redner wies sodann an der Hand eines reichen Materials nach, daß die jetzt geltenden Gesezbestimmungen vollkommen ausreichenden, um gegen Streikende zum Theil recht hohe Strafen herbeizuführen. Die außerordentlich milden Urtheile gegen Duellanten und prügelnde Schulkente, sowie die bekannt gewordenen Begnadigungen bilden einen recht grellen Gegensatz hierzu. Der Referent beleuchtet sodann die Arbeiterschutz-Gesezgebung und betont die Unzulänglichkeit derselben. Er schließt mit der Hoffnung, daß auch die nächsten Wahlen einen Zuwachs sozialistischer Mandate und Stimmen bringen werden. Wer für Vereins- und Koalitionsfreiheit set, wer den weiteren Ausbau der Arbeiterschutz-Gesezgebung wolle und die Entlastung der ärmeren Klassen wünsche, der stimme sozialdemokratisch. (Beifall rechts.)

In der Diskussion wies Genosse Lätzerow darauf hin, daß der erste Wahlkreis von jeder der Zummelplaz gewesen sei für allerlei Experimente. Diesmal können noch die National-Sozialen hinzu. Trotzdem seien nach seiner Meinung die Aussichten der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten Wahlen günstiger, als bei der letzten. Waldel-Manaffe wendet sich gegen die sogenannten halben Freunde, die mit Schlagworten Arbeiter zu sich hinüber zu ziehen suchen. Gegen diese müsse namentlich das Prinzip hochgehalten werden. — Genosse Lätzerow gab hierauf die Erklärung ab, daß er diesmal unter keinen Umständen wieder die Kandidatur annehmen werde. Darauf wird Genosse Böhsch ohne weitere Debatte als Kandidat aufgestellt. Nach einem fernigen Schlußwort des Vorsitzenden Bohm schloß dieser die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, worin die Versammelten begeistert mit einstimmten.

Die Versammlung des zweiten Wahlkreises fand in Marins Festsaal statt, welches Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der bisherige Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, referierte über die nächste Wahlbewegung. Der Redner beschäftigte sich namentlich mit den Interessen der Arbeiterklasse, die es im nächsten Wahlkampf zu verteidigen gilt. Es scheint allerdings, als solle der diesmalige Reichstag eines natürlichen Todes sterben, aber möglich sei es auch, daß der Reichstag der Regierung in einzelnen Punkten der Marinevorlage nicht zu willigen sei und daß die Regierung dies benutze, um den Reichstag aufzulösen und so die „Flottenvorlage“ als Wahlparole zu haben. — Der diesmalige Wahlkampf, so führte der Redner etwa an, wird von besonderer Schärfe sein, weil die Regierung sicherlich alle ihre Machtmittel gegen die Sozialdemokratie in die Waagschale werfen wird. Unter Caprioi waren die ungehörigen Beeinflussungen zurückgetreten, aber diesmal werden wir einen Wahlkampf haben, wie wir ihn unter dem Sozialistengesetz zu führen genöthigt waren, gegen alle bürgerlichen Parteien und gegen die Regierung. Einen Vorgehensmodus, wie die Regierung den Kampf führen wird, giebt ja die offiziöse Bertheilung der Hülfe'schen Verteilungsblätter heute schon. Der Redner geht sodann näher auf die Entwicklung ein, die die Marine-Ausgaben in Deutschland genommen haben und die unerhörten Anforderungen, die man neuerdings an den Reichstag stellt. Die Regierung sagt zwar, sie brauche keine neuen Steuern und keine neuen Anleihen, um die Marine-Ausgaben zu decken. Das ist leicht

möglich, dann wird man eben die gegenwärtigen Einnahmen in erster Linie für die Marine-Ausgaben verwenden und muß dann für die anderen notwendigen Ausgaben neue Steuern auflegen oder neue Schulden machen. Man weist darauf hin, daß durch die Schiffbauten vielen Arbeiterschichten Arbeitsgelegenheit geschaffen werde. Wenn wir aus dem Grunde für die Vorlage eintreten sollten, dann müßten wir aber auch für Kirchen- und Kasernenbauten, für Einführung neuer Waffen und allerlei Luxusausgaben eintreten. Wenn schon die Mittel der Allgemeinheit angewandt werden sollen, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, dann soll man Eisenbahnen, Kanäle, Deilanstalten, Invalidenanstalten für verunglückte Arbeiter und dergl. bauen. Darüber werden wir dann mit uns reden lassen. Die Regierung hat ja die Bewilligung der Marinevorlage bereits in der Tasche infolge der geschickten Inzensionierung der Raat'schen Groberung. Mit dem riesigen Abzugsgebiet in China wird es jedoch nicht viel werden. Man bedenkt nicht die Bedürftigkeit der chinesischen Bevölkerung. Jedenfalls werden den Vortheil von Handelsbeziehungen mit China nur die großen Kapitalisten haben, die sich auch keinen Augenblick bedenken werden, ihre Fabriken in China zu etabliren, um mit Hilfe der billigen chinesischen Arbeitskräfte zu produziren. Die Heranziehung der chinesischen Kulis nach Deutschland wird in deutschen Unternehmerrreisen ebenfalls bereits erwogen. — Auch bei der Frage der Handelsverträge kommen Arbeiterinteressen in Frage. Die Handelsvertrags-Politik ist im nächsten Reichstag zu regeln. Es ist in dieser Frage scheinbar ein Umgründer der Meinung in den Regierungskreisen eingetreten. Die Agrarier wünschen die Getreidezölle mindestens auf acht Mark zu erhöhen. — Was das allgemeine Wahlrecht betrifft, so wird es der Regierung ja nicht leicht sein, es dem Volke wieder zu nehmen. Aber wir haben jedenfalls allen Grund auf der Hut zu bleiben. Am schwersten bedroht ist das Vereins- und Versammlungrecht, sowie namentlich das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die jetzige Regierung betrachtet es als ihre Aufgabe, das Unternehmertum gegen die Arbeiter zu schützen, und wenn die Anschauungsweise des Herrn Grafen Posadowsky wirklich zum Siege kommen sollte, dann würden die Arbeiter den Unternehmern mit gebundenen Händen ausgeliefert sein. — Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, so zeitig wie möglich in die Wahlvorbereitungen einzutreten, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Jedem Manne muß sein Posten, den er im gegebenen Moment auszufüllen hat, genau bekannt sein. Was dann der Reichstag aufgelöst werden oder möge die Wahlen erst nach dem natürlichen Ablaufe der Legislaturperiode stattfinden: Wir können dann gewaffnet in den Kampf eintreten. Die Regierung selbst hat uns die Wahlparole gegeben: „Die Regierung zum Schutz der Unternehmer gegen die Arbeiter!“ Nehmen wir auf diesem Boden den Kampf auf, und der Erfolg wird für die Regierung kein sehr unerwünschter sein. — Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt, worauf der Genosse Fischer einstimmig als Kandidat gewählt wird. — Nachdem noch aufgeführt worden ist, dem Wahlverein des zweiten Wahlkreises recht zahlreich beizutreten, wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Für den dritten Wahlkreis fand die sehr stark besuchte Versammlung im Preussischen Konzerthause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Frank, daß, wie es üblich, der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Vogt, den Rechenschaftsbericht erstalte. Darauf verliest der Vertrauensmann Frick einen Brief Vogt's, worin derselbe mittheilt, daß er wegen Unwohlsein am Besuch der Versammlung verhindert sei, sein Nichterscheinen komme wohl um so weniger in Betracht, da er nicht zum Referat aufgefordert sei. Aus wirtschaftlichen Gründen könne er eine Kandidatur nicht wieder annehmen, jedoch sei es nicht richtig, daß er, wie die Zeitungen mitgetheilt hätten, sich ganz vom politischen Leben zurückziehen wolle. Den Rechenschaftsbericht werde er in einer späteren Versammlung erstatten. Genosse Wolfgang Heine legte in einem ausführlichen Vortrage dar, welche Aufgaben die Sozialdemokratie im politischen Kampf im allgemeinen und im Wahlkampf im besonderen hat. Er bejauhete die Junker und Bureaukraten, als Vertreter der Reaktion, als unsere Hauptfeinde, illustrierte das volksfeindliche Verhalten derselben an den politischen Vorgängen der letzten Zeit und meinte, nicht nur abzuweichen müßten die Bedrückungen der Reaktion, sondern auch gegen sie im Reichstage und in der Agitation zum Angriff vorgehen. Ueber den bevorstehenden Wahlkampf im dritten Kreise sagte der Redner: Hier stehen uns die Freisinnigen gegenüber. Mögen sie als Kandidaten einen bürgerlichen Demokraten, einen freisinnigen Wassertrichter, einen Wabelstrempfer, oder gar ein Mitglied des Magistrats aufstellen, den Feind ist der, welcher der Sozialdemokratie den dritten Wahlkreis freitig machen will. Wichtig ist es ja, daß ein Theil der Liberalen geht, wo die Reaktion immer ungenierter auftritt, sich mehr als bisher auf ihren Liberalismus besinnt, aber die wenigen entchiedenen Vertreter dieser Partei haben keine Volksmassen hinter sich. In Deutschland liegen die Verhältnisse so, daß die bürgerlichen Freisinnigen durch die Sozialdemokratie gegen das Bürgerthum erkämpft werden müssen. Zum Beweise der schwächlichen Politik des Liberalismus verweist der Redner auf die Thätigkeit Leinmann's in der Kommission für die Militär-Strafprozess-Ordnung, auf die Haltung, welche bürgerlich-liberale Blätter bei Volkskämpfen der Arbeiter einzunehmen pflegen; er erinnert daran, daß die „Voff. Ztg.“ zum Hamburger Hafenarbeiterstreik eine weniger objektive Stellung genommen habe, wie manche konservativ angehauchte Blätter, und kennzeichnet die Haltung des Liberalismus bei den patriotischen Freisinnigkeiten der Jahre 1895/96. Gerade bei jener Gelegenheit hätten die Liberalen darüber nachdenken sollen, ob denn die Hoffnungen, die sie an die Reichsgründung knüpften, auch in Erfüllung gegangen sind. Als unsere Partei aber fragte, wie es denn mit der Herrlichkeit des Reiches bestellt sei, und als aus diesem Anlaß die Schale staatsverwaltlicher Verfolgung über uns ausgegossen wurde, da trat kein Liberaler für das Recht der freien Meinungsäußerung ein. Genosse Heine bespricht ferner das Verhalten des Freisinn bei der Angelegenheit des Denkmals für die Märzgefallenen. Die Liberalen wollten nicht zum Ziele gehen, sondern kriechen, und da ist es ihnen ergangen, wie es Geschehen, die am Boden kriechen, zu gehen pflegt, sie haben unversehens einen Fußtritt erhalten. Wir sind also im Kampfe gegen die Reaktion auf uns allein angewiesen und müssen diesen Kampf kräftig führen. Es ist ja Thatsache, daß die Stadtverordneten-Wahlen für uns nicht gerade günstig ausgefallen sind. Mancher Genosse mag dieselben nicht für wichtig genug gehalten haben und deshalb sein geblieben sein. In der Wichtigkeit und Bedeutung der Reichstagswahlen irrte sich niemand, wenn wir also diese Gelegenheit wahr, um die Scharte auszuweihen. Schon im ersten Wahlgange müssen wir den Kreis gewinnen, damit nicht erst das schamhafte Bündnis zwischen Freisinnigen und Antifreisinnigen zu Stande kommen kann, wie bei den Stadtverordnetenwahlen. Die Sozialdemokratie geht mit guter Zuversicht in den Wahlkampf, gestützt auf die Werkzeugung, daß die alte Organisation sich auch diesmal bewähren wird. (Beifall rechts.)

Es wird nun die Debatte über die Kandidatenfrage eröffnet. Welsche Namen werden Heine, Börner und Ledebour, welche sich zur eventuellen Annahme der Kandidatur bereit erklären. Frank empfiehlt Börner, der schon mehrere Deputirten im Kreise thätig und daher den Genossen bekannt sei. Börner sei zwar kein Akademiker, aber ein wirklicher Mann aus dem Volke und darum der geeignete Kandidat. Heine sei dagegen als Parteigenosse nicht bekannt. (Widerspruch.) Redner interpellirt Heine über seine Stellung zu den Landtagswahlen, zu der Haltung Schippel's in der sog. Kanonenfrage und will wissen, ob Heine einer Religionsgesellschaft angehört. (Unruhe. Rufe: Religion ist Privat-sache.) Kamp hält es nicht für taktisch richtig, daß im dritten Kreise ein Arbeiter aufgestellt wird, der den Gegnern nicht gewachsen

ist. Man könne ein guter Agitator im kleinen Kreise und ein tüchtiger Parteigenosse, brauche deshalb aber noch nicht ein geeigneter Reichstagskandidat zu sein. Ledebour, als Schlagfertiger Redner sei hier entschieden besser am Platze. Wilsons Vorschlag empfiehlt die Kandidatur Böner's, derselbe sei ein Kleingewerbetreibender und habe daher die meiste Aussicht, auch aus den Kreisen der Kleinbürger Stimmen zu erhalten. Frisch und Büttner empfehlen Heine, ersterer ersucht die Genossen, hier nicht Verhältnisse wie in Solingen herauszufahren. Ledebour betont, daß, wer auch ausgeteilt werden möge, er (Redner) dennoch das seinige thun werde, um denselben zum Siege zu verhelfen. Er sage das, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als ob zwischen den Kandidaten persönliche Gegensätze herrschen. Er habe geglaubt, die ihm angebotene Kandidatur im Partei-Interesse annehmen zu müssen. In unsere Partei treten stets neue Fragen heran. Wenn wir uns über unsere Stellung zu denselben entscheiden wollen, haben wir uns zu fragen, ob die Maßregeln, welche wir ergreifen wollen, sich mit dem Klassenkampf, den unsere Partei zu führen hat, vertragen, oder ob sie im Grunde sind, unser großes Ziel zu beeinträchtigen. Obgleich wir dem Gegner stets geschlossenen gegenüber treten, bestehen doch Meinungsunterschiede unter uns hinsichtlich der Taktik, und müssen wir uns über solche unterscheiden. Eine solche Meinungsverschiedenheit besteht über die Stellung zu den Bundtagswahlen. Auf dem letzten Parteitag habe sich eine Meinungsmeinung gezeigt, die, wenn befolgt, auf der Bahn des Opportunismus immer weiter führe. Redner verweist auf die bekannten Ausführungen Schippel's zur Raunenfrage und zu den Handelsverträgen, sowie die im Anschluß daran gepflogene Debatte im zweiten Wahlkreise. Innerhalb unserer Partei, besonders innerhalb der Fraktion, werde eine Taktik empfohlen, die uns abdringt vom Klassenkampfe. Wernekin empfiehlt in der „Neuen Zeit“ ebenfalls eine Taktik, die die Hinüberführung unserer Ziele und die Rücksichtnahme zum Prinzip erhebt. Solche Taktik dürfen wir nicht billigen. Gen. Ledebour bemerkt weiter, er halte es für seine Pflicht, die opportunistische Richtung, deren Gegner in die Minderheit gerathen sind, zurückdrängen zu helfen, und werde auch — falls er gewählt würde — innerhalb der Fraktion dem Opportunismus entgegenwirken und bestrebt sein, das Parteigenossen zu schärfen. Es sei die höchste Zeit, daß auch die Parteigenossen dasselbe thun, sie hätten es in der Hand, bei der Auswahl der Kandidaten ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Wir müssen nicht nur betonen, was uns eint, sondern auch die Meinungsverschiedenheiten besprechen. Mit dem Widerstande gegen die opportunistische Richtung — so schließt der Redner — denke ich im Partei-Interesse zu handeln. Nachdem noch Zschernig die Kandidatur Böner empfohlen, beantwortet Heine in längerer Ausführungen die an ihn gerichteten Fragen dahin: Durch eingehendes Studium dazu bewogen, sei er schon seit Jahren Parteigenosse, habe sich aber zurückgehalten, weil er sich nicht in die Bewegung hineinbringen wollte. Er sei nicht ebegeizig, begreife auch die Abneigung gegen die Akademiker, da die Genossen schon manche üble Erfahrungen mit solchen Leuten, z. B. mit Max Lorenz, gemacht haben. Er habe geglaubt, wenn die Parteigenossen ihn brauchen können, würden sie ihn rufen, und dann sei es Ehrenpflicht, dem Rufe zu folgen. Das sei jetzt geschehen. Er gehöre der evangelischen Kirche an und sehe keinen Grund, der ihn zum Austritt veranlassen könne, im übrigen stehe er in allen Gewissensfragen auf dem Standpunkte der modernen Wissenschaft. Die Vetheiligung an den Landtagswahlen halte er für notwendig, weil die Regierung bestrebt sei, die Bedeutung des Reichstages herabzudrücken, indem sie wichtige Entscheidungen, die nach dem Geiste der Verfassung zur Kompetenz des Reichstages gehören, in die Landtage verlege. Das müßten wir hindern, indem wir, da an eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtage nicht zu denken ist, die bürgerliche Opposition härten, falls die in Frage kommenden Kandidaten zu allen konkreten Fragen eine uns befriedigende Stellung einnehmen. Was die Militärfrage anbetrifft — meint der Redner — so stehe er unbedingt auf dem Boden des Erfurter Programms: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und Einführung des Militärsystems. Auf diesem Standpunkte stehen aber auch die Genossen, deren Meinung auf dem Parteitag angefordert wurde. Dagegen stünde entschieden nicht auf diesem Standpunkte der Genosse, der empfohlen habe, die Soldaten mit Leberwurst zu bewaffnen. Eine Erziehung zur Wehrhaftigkeit sei ohne Waffen nicht möglich. Politische Fragen könne man nicht mit Schlagworten abthun. Er (Redner) rechne zu diesen gewöhnlichen Schlagworten auch das vom „Militarismus“. Der Militarismus der bekämpft werden müßte, sei das heutige Armeesystem und der Geist der Armee, der dem Geiste des Volkes entgegengekehrt werde. Daraus werde er auch die seiner Regierung keinen Mann und keinen Groschen bewilligen. Wir müssen aber damit rechnen, daß, je mehr Westeuropa demokratisch wird, es in Rußland einen Feind zu erblicken hat, gegen den es noch lange gewaffnet sein muß. Wir werden wohl, auch wenn bereits die Sozialdemokratie bei uns herrscht, nicht umhin können, neue Kanonen und Gewehre zum Schutze unserer eigenen Freiheit zu bewilligen. Was Ledebour vom Opportunismus und Klassenkampf sagte, sei nicht zutreffend. Die Genossen, welche Auer, Schippel und Fischer angegriffen haben, stehen nicht auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Klassenkampf sei der Kampf um die Macht für die Arbeiterklasse. Wer nicht glaube, daß die sozialistische Gesellschaft eines Tages reif in den Schooß fallen werde, wer annehme, daß wir nicht anders als Schritt für Schritt in sie hineinkommen können, der müsse sich entscheiden, den Kampf zu führen, wie man eben Kämpfe im Leben führt. Ledebour nenne das Opportunismus, andere hätten es Prinzipienvertrah genannt, aber mit diesen Worten sei nichts gesagt, es läge auf die Anwendung in den einzelnen Fällen an. Wollte man bewilligen, was der Entwicklung zur Volksbewaffnung prinzipiell entgegengekehrt wäre und entgegenwirkte, z. B. eine Verlängerung der Dienstzeit, oder die Anwerbung von Soldatruppen, so wäre das allerdings verwerflicher Opportunismus; ganz anders liege es bei an sich notwendigen und unschädlichen Forderungen, z. B. bei einer neuen besseren Waffe. Diese könnten unbeschadet des Prinzips bewilligt werden, wenn dafür wertvolle Volksfreiheiten zu erlangen wären. Die Plottenvorlage billigt Redner nicht, weil die überfische Ausdehnung nicht den ihr nachgerühmten Werth für das Volk habe. Dieser Regierung werde er überhaupt nichts, auch keine notwendigen Militärleistungen bewilligen, weil sie keinen Preis dafür in Volksrechten zahlen würden. Sollten wir aber einmal eine volksfreundliche Regierung bekommen, so würde er auch notwendige Kanonen bewilligen, wenn wir ein Kompensationsobjekt dafür erhalten. Nur so sei der Fortschritt zum Militärsystem denkbar. Genosse Heine beruft sich auf die Meinungen von Friedrich Engels zum Militärkonflikt der sechziger Jahre und schließt: Ich bin überzeugt, daß ich auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, des sozialdemokratischen Programms und des Klassenkampfes stehe. Man kann mit Opportunismus verrath über, aber man braucht es nicht und man will es nicht. Böner bemerkt, seine Stellung zum Programm und zu allen Parteifragen sei bekannt; er wende sich dann in längerer Rede gegen Behauptungen, die Frisch hinsichtlich der Vetheiligung Böner's an der Parteithätigkeit während des Sozialistengesetzes gemacht habe, und betont, daß er jederzeit als Parteigenosse voll und ganz seine Schuldigkeit gethan habe, auch niemals — wie Frisch andeutete — zu den Unabhängigen oder den Anarchisten gehört habe. Wilsons Vorschlag: Nach den Ausführungen Heine's laun ich nur sagen: Wollen Sie, daß der dritte Wahlkreis durch einen National-Sozialen vertreten wird, dann wählen Sie Heine. Wollen Sie aber einen Genossen, dann wählen Sie Böner. Ledebour kommt auf die Ausführungen Heine's zurück. So wie dieser habe sich auch Maxr Rammann ausgedrückt, der der Sozialdemokratie den Vorwurf machte, daß sie durch prinzipielle Ablehnung der Militärleistungen die Kompensationsobjekte aus der Hand gebe. Die von Heine empfohlene Politik führe uns auf die abschüssige Bahn, ebenso wie die liberale Politik zum Nationalliberalismus geführt hat. Heine bemerkt persönlich: Mit demselben Redu wie ich, könne man auch Auer, Schippel und Fischer für national-sozial erklären. Nach einer längerer persönlichen Bemerkung Frisch erfolgt die

Abstimmung über die vorgeschlagenen Kandidaten. Es werden abgegeben für Heine 307, für Böner 75, für Ledebour 40 Stimmen. Die Proklamirung des Genossen Heine zum Kandidaten wird lebhaftem Beifall bekräftigt. Dann werden in das Wahlkomitee gewählt: Hoch, Pohl, Wartenberg, Schölzel, Mahle, Kräker, Ziegner, Schröder, Ellert, Georgi und Sadewig. Um 1 1/2 Uhr war die Versammlung zu Ende.

Die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises waren sehr zahlreich bei Keller, Koppenstraße, versammelt. Der Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Singer verweist eingehend seiner Ausführungen auf die Ziele der Sozialdemokratie und behandelte sodann diejenigen wichtigen Fragen, mit denen sich der zukünftige Reichstag zu beschäftigen haben wird. Von großer Bedeutung seien die Flottenpläne, weil, wenn sie zur Ausführung gelangen, dem deutschen Volke ganz ungeheure Lasten aufgebürdet werden und andererseits, weil ohne Zweifel der Vergrößerung der Flotte noch ganz andere Motive und Absichten zu Grunde liegen, die dem deutschen Volke unter Umständen sehr gefährlich werden können, als die, wie man vorgiebt, den deutschen Handel zu heben und die deutschen Staatsangehörigen in den fremden Staaten zu schützen. Abgesehen davon, daß bereits jetzt das Verhältnis besteht, daß auf 25 deutsche Handelschiffe ein deutsches Kriegsschiff kommt, während England erst auf 82 Handelschiffe ein Kriegsschiff ansetzt, steht die Behauptung, daß durch eine starke Flotte der Handel gehoben wird, in Widerspruch mit den Thatsachen. So ist der Export von England, trotzdem die absolute Zahl der Kriegsschiffe eine weit größere ist, als die Deutschlands, um 30 pCt. zurückgegangen, während die Ausfuhr aus Deutschland um ca. 60 pCt. gestiegen ist. Im weiteren kommt noch hinzu, daß man garnicht berechtigt ist, zu verlangen, daß die große Masse des Volkes die Kosten für den Schutz der Interessen der Kapitalisten trägt, sondern diese selbst verpflichtet sind, die Mittel zum Schutz ihrer Interessen aufzubringen, wozu die deutschen Ackerbauern, die die Vortheile einheimen, mit den anderen Interessenten sehr gut in der Lage sind. Nicht nur aber, daß man sich nicht mehr darauf beschränke wie vordem, nach und nach die Flotte zu vergrößern, will man aus dem Vollen schöpfen für eine Reihe von Jahren, im voraus soll der Reichstag mit gleichzeitiger Vergebung seiner Rechte eine Annahme Geldes bewilligen für eine Anzahl bestimmter Schiffe, obwohl sich die Fachleute im größten Widerspruch über die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Systeme befinden und die Technik auf diesem Gebiete ganz besonders fortschreitet. Auch damit wird man die Sozialdemokratie nicht für diese Pläne erwärmen können, daß man vorgiebt, daß durch die Bewilligung der Flottenverträge für viele Menschen Arbeitsgelegenheit geboten wird. Will man Arbeitsgelegenheit schaffen, möge man Eisenbahnen, Kanäle, Verkehrsstraßen, Schulen, Krankenhäuser u. dgl. bauen, Wasserregulirungen und Bauten vornehmen, um Ereignisse wie im Vorjahre zu verhüten; für kulturelle Arbeiten, die in Massen vorgenommen werden können, werden die Sozialdemokraten eintreten. (Lebhafter Beifall.) In eingehender Weise behandelte der Redner sodann die Sozialdemokratie in China, die eigenthümliche „Pachtung“ des Kiaofoangebietes, sowie die voraussichtliche Wirkung dieser „Gebietsvererbung“ für Deutschland. Wesentliche Vortheile werden in erster Linie höchstens nur die Kapitalisten erzielen, während materielle Vortheile für die deutschen Arbeiter kaum zu erwarten sind, zumal ihnen eine sehr empfindliche Konkurrenz durch die chinesischen Arbeiter erwachsen kann, die vollstündig den Wünschen unserer nationalen und patriotischen Unternehmer, die heute schon russische, polnische, tschechische und italienische Arbeiter in Scharen heranziehen, weil sie billiger und anspruchsloser sind, entsprechen. Im weiteren erörtert der Referent die Wirkung der Handelsverträge und die Stellung der Regierung zu denselben, die sich nach den Ausführungen des preussischen Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus außerordentlich zu Gunsten der nimmerfertigen Agrarier und zum Nachtheil des deutschen Volkes, entgegen früherer Programmreden des jetzigen Monarchen geändert hat. In längerer Ausführungen behandelt der Redner hierauf die Stellung der bürgerlichen Parteien zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Die Sozialdemokratie habe alle Ursache, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß dem Volke nicht diese einzige Waffe, womit es seinen Willen zum Ausdruck bringen kann, von der Reaktion entzogen wird. In ähnlicher Weise liegen die Dinge mit dem Vereins- und Versammlungsrecht, das man noch mehr zu beschneiden versucht, und der Ausübung des Koalitionsrechts, die dem Arbeiter nach dem Minister des Erlasses vom Grafen v. Posadowsky unmöglich gemacht werden soll. Zum Schluß empfiehlt der Redner angefaßt der ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ebenfalls die „Politik des Sammelns“ der gesamten Arbeiterschaft um das Banner der Sozialdemokratie, die auf dem Boden des Klassenkampfes mit der Parole: Für Volksrechte und Volksfreiheit in die nächsten Reichstagswahlen eintritt. Mit härmlichem Beifall wurden die Ausführungen des Referenten aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, sondern sofort der Genosse Singer unter lebhafter Zustimmung der Versammlung wieder als Kandidat für den 4. Berliner Wahlkreis einstimmig aufgestellt. Nachdem der Vorsitzende Schneider noch zum Anschluß an die Wahlvereine und zur regen Vetheiligung an den bevorstehenden Arbeiten aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Versammlung für den fünften Reichstags-Wahlkreis im Saale der Brunerei Böhm, war, wie bereits gemeldet, sehr stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Mager durch Erheben von den Sigen. Hierauf sprach Genosse Rob. Schmidt in einem etwa 1 1/2 stündigen Vortrage über die politischen Tagesfragen und die Stellung der gegnerischen Parteien zur Sozialdemokratie. Wenn man, meint Redner, auf Anregung des Herrn v. Miquel der Sozialdemokratie gegenüber die Politik des „Sammelns“ empfohlen habe, so habe sich bisher diese Taktik wenig bewährt, vielmehr zeige sich in den bürgerlichen Parteien ein äußerst lebhafter Streit der einzelnen Interessengruppen. Im Vordergrund der schwebenden Tagesfragen steht die seit 1892/93 von der damaligen Regierung bezogene Handelspolitik, welche von einem Theil der Konservativen, Bauernbündler, Antisemiten u. a. als der Landwirtschaft nachtheilig, gemeinsam bekämpft wird. Jetzt stehe man bereits im Kampfe, um gegen die Politik der Handelsverträge mit dem Aufgebote aller Kräfte und Unterstützung der Regierung Sturm zu laufen. Wenn auch die Kapitalistenklasse den Hauptantheil an dem industriellen Aufschwung zu verzeichnen hat, so ist doch auch der Arbeiterklasse aus diesem durch die Handelsverträge begünstigten wirtschaftlichen Aufschwung ein nicht unerheblicher Nutzen erwachsen. Die Sozialdemokratie wird deshalb allen Bestrebungen, die fördernd nach der Seite wirken können, sympathisch gegenüberstehen. Redner erläutert im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die sich von Jahr zu Jahr steigenden Ausgaben für Heer und Marine und die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung in seiner Weltstellung. Gegenüber den von Deutschland bisher aufgedrungenen Mitteln für Kriegszwecke seien die Ausgaben für die eigentlichen Kulturforderungen äußerst gering. Dabei drohe die Einschränkung des Koalitionsrechtes, die Rechtsunsicherheit nehme zu und es sei nicht ausgeschlossen, daß auch von den rechtsstehenden Parteien ein Attemptat auf das Reichstagswahlrecht geplant wird. Demgegenüber heißt es in dem künftigen Wahlkampf gegen die reaktionären Parteien die Rechte des Volkes zu wahren. (Lang anhaltender Beifall.) Da sich infolge der Aufforderung des Vorsitzenden kein Gegner meldete, wurde ohne jede weitere Diskussion der bisherige Vertreter des Kreises, Robert Schmidt, einstimmig wieder als Kandidat unter dem Beifall der Versammlung proklamirt. Ueber die Zahl der Mitglieder zum Wahlkomitee entspann sich eine kurze Diskussion, die damit endete, daß 13 Personen, und zwar die Genossen Klein, Klukowsky, Wittchow, Reue, Buchiger, Drescher, Richter, Schulz, Liepmann, Dr. Wegl, Wölckenkamp, Weis und Gijewitz von der Versammlung gewählt wurden. Nach einem kräftigen Wahnruf des Vorsitzenden, dafür zu agitiren, daß der 5. Wahlkreis der Sozialdemokratie erhalten bleibe, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreise sprach, wie schon kurz mitgetheilt, Reichstags-Abg. Mollenhuth vor überfüllter, auch von Frauen ziemlich stark besuchter Versammlung im Köhler Hof. Es giebt, so führte der Redner aus, keine Partei, die den Kampf so sehr herbeiseht, als die Sozialdemokratie. Noch bei jeder Wahl ist es die Sozialdemokratie gewesen, die Fortschritte zu verzeichnen hatte. Für die Sozialdemokratie bedeute jede Wahl eine Revue unserer Heerhaaren. Aber auch als das beste Mittel, die große Masse der Indifferenten aufzurütteln, seien uns dieselben willkommen. Denn nicht nur gelte es, unseren alten Besitzstand zu wahren, sondern es müssen neue Stimmen gewonnen werden. Aber wenn wir auch als politische Partei den Tagesfragen Rechnung tragen, so haben wir doch stets zu sagen, was wir sind und was wir wollen: das ist das Geheimniß unseres stetig wachsenden Erfolges. Der Redner giebt sodann eine Schilderung der bürgerlichen Parteien von Eugen Richter bis zu den rechtsstehenden. Sie alle sehen uns als grundsätzliche Gegner gegenüber. Sie alle stellen die gegenwärtige Gesellschaftsform als das Endziel der Entwicklung hin. Die technische und ökonomische Entwicklung lehnen uns aber das Gegenstück. Aus dieser Schöpft die Sozialdemokratie ihre Lebenskraft. Und alle Bemühungen, die Entwicklung aufzuhalten oder in andere, rückständige Bahnen zu zwingen, scheitern an dem Widerstand der chernen Thatsachen. Das Deutsche Reich hat es in Schandenmachen schon zu einer großen Virtuosität gebracht. Und noch immer neue Lasten sollen dem arbeitenden Volke auferlegt werden. Der Posadowsky'sche Erlass stehe mit der Welt- und Kolonialpolitik im engsten Zusammenhange. Junker und Schlotbarone planen einen gemeinsamen Raubzug. Erstere in Form höherer Pretpreise, letztere in Form der Lohndrückerei. Und um dem arbeitenden Volke die Mittel zur Abwehr zu nehmen, deshalb die Bestrebungen zur Untergrabung des Koalitionsrechtes. Aber wie es im Jahre 1890 die Wähler waren, welche das Sozialistengesetz hinweggefegt haben, so werden es auch diesmal wieder die Wähler sein, welche die Politik des Grafen Posadowsky hinweglegen werden. Heute sind wir stark genug, um uns nicht noch einmal zwölf Jahre der Entrechtung gefallen zu lassen. Redner schließt mit den Worten: Deshalb alle Mann an die Wahlurne, damit die reaktionären Mächte sehen, sie haben es mit einer Macht zu thun, die nicht gewillt ist, mit sich scherzen zu lassen! Der donnernde Beifall, welcher diesen Worten folgte, bewies, daß dieselben auf fruchtbarer Boden gefallen sind und Beherzigung finden werden. Eine Diskussion fand nicht statt. Gegen eine Stimme wurde sodann „unser alter Liebknecht“ als Kandidat aufgestellt. Unter Verschiedenen theilt der Vorsitzende mit, daß die „Kochklub“, „Kochklub“ und „Wedding“ im „Eiskeller“ bezw. im Sachon'schen Lokale Vergnügungen veranstalten. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, Genosse Ernst die Versammlung, bei der diesmaligen Wahl noch besonders Protest zu erheben gegen jede dem Reichsgefühl des Volkes unabweisende Rechtsprechung und zu zeigen, daß der verurtheilte Liebknecht noch immer „unser Mann“ ist! Wohl selten fand das Hoch auf die Sozialdemokratie so begeisterten und härmischen Wiederhall, als nach diesen Worten. Ebenso jubelnd stimmten die Anwesenden in ein aus der Versammlung auf Liebknecht ausgebrachtes Hoch ein.

Kommunales.

Eine angenehme Ueberraschung für die Armenkommissions-Vorsteher findet sich in dem Etatsentwurf für das städtische Armenwesen für 1898/99. Bekanntlich beziehen die Armenkommissions-Vorsteher für die Vorhaltung und Reinigung eines Sprechzimmers eine jährliche Entschädigung von 180 M., aus der Stadt-Hauptkasse; diesen Betrag hält der Magistrat nicht mehr für zeitgemäß, weshalb er beschlossen hat, denselben auf 300 M. zu erhöhen. Ist der Magistrat infolge der Klagen des Anstalts, daß die Unterhaltungen zum Theil in Gasküchen ausgeführt werden, zu dem Vorschlage der Gehalts-erhöhung gekommen? Die Mehrforderung berechnet sich auf 85 650 M., und ist in den Etatsentwurf eingestellt worden. Der Etatsentwurf fordert ferner mehr an Almosen 160 000 M., an Pflegegeldern 10 000 M., an laufenden Unterhaltungen 22 000 M., und an Erstattungen an auswärtige Armenverbände 22 000 M., dagegen sind weniger ange-geht: Kurz- und Verzinsungsmittel 70 000 M., darunter an die Charite 50 000 M. und an Heimstätten 8000 M. Die früher für den Kartoffelbau durch Arme vorgesehene 20 000 M. sind im Entwurf nicht zum Auslag gekommen, weil der Kartoffelbau aufhören soll. Der Zuschuß zur Armenverwaltung berechnet sich etatsmäßig auf 7 592 750 M., das sind 156 350 M. mehr als im Vorjahre.

Berlin-Stettiner Wasserweg. Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluss- und Kanal-Schifffahrt beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage, wie der Berlin-Stettiner Wasserweg für Schiffe bis 600 Tonnen Tragfähigkeit am praktischsten auszubauen sei. Im Hinblick hierauf beabsichtigt der Magistrat zu Briesen die Interessen einer stlichen Wasserstraße zu einer Bereinigung aufzufordern und zwar ist die Versammlung für die erste Hälfte des März in Berlin und zwar im Rathhansaal in Aussicht genommen. Der Magistrat von Briesen hat daher den hiesigen Magistrat, welcher, wie ersterer bemerkt, ein großes Interesse an der Sache habe, um unentgeltliche Ueberlassung des Rathhansalles zu der beabsichtigten Veranstaltung der Versammlung gebeten. In dieser Versammlung soll erstrebt werden, nicht die alte Finow-Straße zu wählen, sondern eine Linie von Hohen-saaten über Oberberg, Freienwalde, Briesen, Budow, Erker, Köpenick, Berlin, welche etwas länger sei und auf großen Strecken die Benutzung vorhandener ausgebauter Gewässer gestatte. Außerdem soll sie den Vortheil haben, daß sie östlich Berlin einführt und somit direkt die industriereichen östlichen Vororte und Stadttheile Berlins erreicht, woselbst der größte Konsum der Wassengüter stattfindet.

In Fortsetzung der Beratungen zur Feststellung des Stadt-Haushaltsetats pro 1898/99 stellte das Magistratskollegium den Einzeletat für Dienstpensionen, Wittwenpensionen und Waisengelder, sowie die außerordentlich bewilligten Pensionen, Unterhaltungen und Erziehungsgehälter fest. Die Einnahmen sind mit 32 880 M., die Ausgaben mit 1 356 970 M. in den Etat eingestellt, so daß ein Zuschuß von 1 324 091 M. erforderlich wird. In den Ausgaben ist zu verzeichnen die Dienstpension der früheren Magistratsmitglieder mit 48 125 M., an ehemalige Bureau-, Kassen- und Administrationsbeamte 369 672 M., an ehemalige Lehrer und Lehrkräfte an höheren Lehranstalten 128 660 M., an ehemalige Gemeindefullehrer und Lehrerinnen 148 843 M. und die statutarischen Wittwenpensionen und gesetzmäßigen Gemeindefullehrer-Wittwenpensionen resp. Zuschüsse 449 035 M., laufende Unterhaltungen und Erziehungsgehälter 158 244 M. u.

Kokales.

Ueber eine neue Polizeipraxis berichtet und einer unserer Mitarbeiter, der mit der Abfassung eines Berichtes über die letzte Parteiversammlung im zweiten Wahlkreise (Donnerstag Abend in Porten's Freisälen) beauftragt war. Der betreffende Genosse hatte stückweisend auf der Bühne hinter dem Vorstandtisch gesessen und seines Amtes gewaltet. Nachdem die Versammlung geschlossen war, fragte ihn der überwachende Polizei-Offizier, ob er für den Vorwärts“ berichte. Der Gefragte bejahte. „Dann muß ich Ihren Namen wissen.“ Der Genosse erwiderte, daß er zwar gar keinen persönlichen Grund habe, den Namen nicht zu nennen, daß er aber kein Recht des Benannten anerkennen könne, die Namensnennung zu verlangen und verweigerte diese. Der Beamte erklärte nunmehr, daß die Siftirung vornehmen zu wollen, da er wissen müsse, wer den ganzen Abend in der Versammlung geschwieben habe. Da der Genosse zugesagt hatte, unserer Redaktion noch einen Nachbericht über die Versammlung zu liefern, so konnte er es auf die Verhaftung nicht ankommen lassen, und nomnte unter Vorbehalt weiterer Schritte den Namen. — Die Sache ist an sich ja herzlich unbedeutend, aber es wäre doch wünschenswerth, wenn das Polizeipräsidium ihre Beamten

dahin inklinieren wollte, daß sie keinerlei Recht haben, beliebige Personen, die an einer Versammlung teilnehmen, ohne dort irgend welchen offiziellen Posten zu bekleiden, unter Androhung der Verhaftung zur Namensnennung zu zwingen.

In der Lehrereckelungsfrage ist die freisinnige Kommunalverwaltung durch einen reaktionären Minister beschämt worden. An den Vorschlägen der städtischen Behörden, betreffend die Gehaltsordnung für die Berliner Gemeindeführer, sollen die Ausschüsse behörden, wie vorausgesehen war, wesentliche Änderungen vorgenommen haben. Der Minister hat das Grundgehalt von 1000 M. für zu niedrig erachtet und empfiehlt folgende Neuordnung: Grundgehalt 1400 M., Mietbewohnerschuldung: 650 (für Unverheiratete 450) M., Sachverständigen, wie auch von der Stadt vorgeschlagen: 4000 M. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die freisinnigen städtischen Behörden zu diesen Vorschlägen verhalten werden.

Das Reichs Postmuseum in den neuen Räumen Ecke Mauer- und Leipzigerstraße wird voraussichtlich Ende nächster Woche für den allgemeinen Verkehr geöffnet werden.

Für die Neubauten der königlichen Museen erfolgt gegenwärtig nicht nur der Abbruch der Spracheranlagen jenseits der Stadtbahn, sondern gleichzeitig wird auch das Gelände der Museumsinsel noch vergrößert. In der Syre ist, gleichlaufend mit dem Ufer am Monbijou-Garten, eine Spandwand gezogen, die sich von der Spitze der Museumsinsel bis zum Ende der eisernen Brücke erstreckt. Innerhalb dieses nicht unbedeutenden Dreiecks wird das Wasser ausgepumpt und Erde aufgeschüttet.

Der Verein stützender Frauen beschloß, wie die „Frauenstimme“ berichtet, in seiner geselligen Versammlung am Mittwoch, den 9. Februar, einen von Fräulein Dr. Anita Nagelsburg geleiteten Festganz, der mit den Worten beginnt: „Dir, Athene Promachos, heben wir die Hände“ und nach der Melodie Caudamus igitur zu singen ist, als Vereinslied anzunehmen. — War so etwas notwendig?

Der frühere Bezirksvorsteher des Altberliner Stadbezirks 4, nachmalige Rentier Vercoe, ist gestern verstorben.

Dänische Desfälle, welche einen Werth von etwas über zwei Pfennig repräsentieren, werden jetzt in großer Zahl in den Automaten vorgefunden. Diese 2 Desfälle haben genau das Gewicht und die Größe unserer 10 Pfennigstücke. Sie scheinen von feindlichen Käufern in größerer Zahl eingeführt zu sein, um die Automaten zu veranlassen.

Große Berliner Pferde-Eisenbahn. Vom Montag, dem 14. d. M. ab, werden wegen stattfindender Bauarbeiten die Wagen der Linie „Königsplatz-Mausfeldstraße“ statt nach der Mausfeldstraße auf einige Tage durch die Potsdamerstraße nach der Abfahrtsstelle in der Großbischdorsstraße geführt.

Die Christianiastraße im hohen Norden soll in diesem Jahre theilweise reguliert werden.

Aus der Hasenheide. Eine rege Bauhätigkeit herrscht augenblicklich auf dem Gelände des früheren Ausstellungsparks in der Hasenheide sowohl auf dem weiteren südlichen Streifen bis nach dem altberühmten Jahn'schen Turnplatz. Ein Baukonjunktium läßt hier 29 hochherrschastliche Häuser, meistens ohne Gärten, erbauen, von denen 18 im Bau begriffen, theils schon im Rohbau fertig sind. Das Weiterbauen des größten Theils dieser Häuser ist nun, wie die „Post. Ztg.“ meldet, von der zuständigen Behörde untersagt worden, und zwar sollen Streitpunkte wegen der Ausführung des Vertrages mit der kgl. Garnisonverwaltung der Grund dieser Maßnahme sein. Ein weiteres Hinderniß soll dadurch entstanden sein, daß die Legung der Kanalisationsröhren über das Gelände des städtischen Jahn'schen Turnplatzes (von Nixdorf aus) noch nicht mit den betreffenden Staatsbehörden geregelt worden ist. Alle diese Neubauten stehen nicht auf Berliner Gebiet, sondern gehören zum „Gutsbezirk Hasenheide“, der wohl für die Sicherheitspolizei Berlin unterstellt ist — die polizeilichen An- und Abmeldungen erfolgen nach Berlin —, aber für die Steuer- und Handelsämter Angelegenheiten n. s. w. dem Kreise Leitzen, insbesondere der Gemeinde Tempelhof zugehört. Berlin braucht auch beim Ausbruch eines Feuers hier nicht zu Wachen. Die Kinder müßten auch beim Besuch einer Berliner Gemeindefschule monatlich 250 M. Schulgeld zahlen. Berliner städtische Beamte und Lehrer müßten beim Dienstwohnung auf 50 pCt. Gemeindesteuern zahlen. Es wird nun eine Regelung dieser ganzen Angelegenheit festbetrieben; wie verlautet, soll hier ein eigenes Stabs- und Stenografen eingeworben werden. Die beste Lösung wäre es, wenn diese 29 steuerkräftigen Grundstücke Berlin einverleibt würden.

Durch eine Gasexplosion sind am Freitag Nachmittag um 3 Uhr drei Personen verletzt und mehrere leicht beschädigt worden. In dem Keller der Weinhandlung von Trarbach, Prenzlauerstraße 23/24, der 50—60 Meter lang ist, war der Küfer Michaelski aus Groß-Lichterfeld mit dem Küfer Diekmann aus der Mehrstraße 15, dem Hilfsarbeiter Breitenfeld aus der Lindowstraße 28 und noch andere Arbeiter seit etwa 1 1/2 Stunden beschäftigt, als man im anderen Theil einen Gasgeruch wahrnahm und der Ursache nachforschte. Man kam dabei mit offenem Licht — trotz aller Vorwahrungen — in den hinteren Raum, als plötzlich unter dumpfem Knall eine Explosion erfolgte und eine Stichflamme durch den ganzen Keller zuckte. Der Küfer Michaelski wurde von dem Feuer am empfindlichsten getroffen und am Kopf, im Gesicht und an den Händen erheblich verbrannt. Diekmann, der am Eingang strahenwärts stand, wurde zwar nicht durch die Flamme berührt, aber gleichfalls am Arm verletzt. Die Eingangstür war durch den Druck des entzündeten Gases in tausend Splitter zerfallen und die umherfliegenden Holzstücke trafen ihn. Breitenfeld, der sich im Keller befand, trug nächst Michaelski die heftigsten Wunden durch das Feuer und die Erstarrung am Arm davon. Er war wie betäubt. Die übrigen Leute wurden durch den Druck an Wand und Pfeiler gedrückt, haben aber keine nennenswerthen Verletzungen aufzuweisen. Die Verletzten erhielten auf der Unfallstation in der Alten Schützenstraße erst einen Verband und konnten dann nach Hause entlassen werden.

Einen Selbstmordversuch in einer Droschke beging am Freitag um die Mittagszeit eine ältere, feingekleidete Frau. Sie hatte den Belegmesser 568 mit der Angabe bestiegen, sie nach dem Hause Röniggraberstraße 78 zu fahren. Unterwegs schon bemerkte der Kutscher, daß mit der Frau etwas Vorgesorgenes sei. Er wandte sich an einen Schuttmann des 84. Polizeiregiments, der die in der Droschke umgekommene Frau nach einem Krankenhand beförderte. Dort wurde festgestellt, daß die hochgradig erregte Frau sich durch ein mit Chloroform getränktes Schwämmchen zu betäuben und zu tödten versucht hatte. Sie hatte die Bestimmung wiedererlangt, verzweigte aber jede nähere Auskunft. Ob ihre kurze Erklärung, daß sie einem Pensionat angehört, richtig ist, muß abgewartet werden. Man vermuthet in ihr eine Frau M.

Auf frischer That erfaßt wurde gestern eine Diebin durch den Uebwacher Julius Feuer in seinem Kommandantenstr. 5 befindlichen Laden. Im Herbst vorigen Jahres war ein blondes, hübsches Mädchen in sein Geschäft gekommen, hatte einen werthvollen Ring zur Reparatur gebracht und sich dann Broschen und Ringe vorlegen lassen. Als sie fortgegangen war, schloß man dem einen Ständer ein Ring im Werthe von etwa 25 M., den die Dame gestohlen haben mußte. Kurz vor Weihnachten wurde auf dieselbe Weise, während nur der Gehilfe im Laden anwesend war, abermals ein Ring von einem jungen Mädchen entwendet, das nach der Beschreibung mit jener identisch war. Gestern kam eine elegant gekleidete Dame zu Herrn Feuer, übergab ihm eine werthvolle Brosche zur Reparatur und wollte eine Brosche oder einen Ring kaufen. Als sie davon ersuchte, ihr verschiedene Sachen vorzulegen, erkannte der Uebwacher die Diebin von damals wieder und bemerkte nun, daß sie in dem Augenblick, in dem er aus dem Schaufenster einen Auslagenständer entnahm, einen goldenen Ring, dessen Emailstein wie ein echter Brillant funkte, in den auf ihrer linken Hand befindlichen Handschuh steckte. Nachdem das Fräulein sich

noch einige Zeit aufgehalten, wollte es fortgehen und stellte sich sehr empört, als sie ersucht wurde, den gestohlenen Ring in Güte herauszugeben. Schließlich fiel der Ring zu Boden, und nun wollte die Diebin glauben machen, daß er wahrscheinlich an ihrem Wuff hängen geblieben wäre. Als aber Herr Feuer und ein dazugekommenes Fräulein ihr die Unwahrheit dieser Angabe ins Gesicht sagten, legte sie sich aufs Bitten und wollte einen Brillantring und 150 M. hergeben. Herr Feuer ließ sie aber verhaften und zur Wache bringen, wo sie einen Namen angab, der sich sofort als falsch herausstellte.

Vor einigen Wochen brachten wir die Nachricht, daß der 20jährige Kärntner Norbert Rolle aus der Kronenstraße 26 sich auf dem Tanzboden erschossen habe. Nachträglich wird uns berichtend mitgeteilt, daß Rolle sich nicht getödtet hat, sondern am Blutsturz gestorben ist.

Ein unbekanntes Jugendwerk von Ibsen wurde am Donnerstag Abend in dem vom Verein Berliner Presse veranstalteten Vortragabend vorgelesen. Es war ein einaktiges Drama „Das Hünengrab“. Ibsen schrieb das Stück im Jahre 1880 als 22jähriger Jüngling; der Dichter hatte die Freude, es im selben Jahre in Christiania aufgeführt zu sehen. Vier Jahre später hat Ibsen das „Hünengrab“ umgearbeitet und es als Dramaturg am Theater zu Bergen ausführen lassen; von da ab blieb das Werk verschollen. Ob der Dichter, der sich später auf scharf abgedehnten Feide eine eigene Welt der Anschauungen errichtete und mächtig fördernd in die Weisheitsrevolution des Jahrhunderts eingriff, an dem Kleinzeug seiner Jugend gerade besonders Wohlgefallen empfindet, lassen wir dahingestellt sein. Das „Hünengrab“ spielt zur Wikingzeit auf einem Eiland bei Skjällen und zeigt den verweichlichen Einfluß, den das Christenthum auf die rauhen Söhne des Nordens ausübte. Blanka, die schöne Tochter der Insel, sehnt sich nach urwüchsiger Jugendkraft und geneßt nach mancherlei Qualen und Wirnissen am Schluß das Glück, von einem jungen Normannen heimgeführt zu werden. Sie weckt den holden Lichtbringer Valbur und pflanzt in die Männer der Gewalt den Keim, aus dem dereinst auch im Norden die Schönheit eigener Geistesgaben hervorblühen soll. Das romantische Werk wurde von Herrn Milan mit lebhaftem Schwunge vorgelesen. Sodann ward der Versammlung von Frau Schlenker-Conrad ein hoher, einziger Genuß bereitet. Die Künstlerin las zwei unbekannte Jugendballaden von Gerhart Hauptmann vor. Die „Mondbraut“ behandelt das Leiden und Sterben eines vom Stiefvater gepöbelten Kindes, ein Motiv, das der Dichter bekanntlich später im „Hannele“ bearbeitet hat. Das andere Gedicht, ein Märchen, schildert allerliebst im Spiegelbilde die bösen Folgen des Jähzorns. Sieben artige, nur ein wenig nachhaltige Kinder werden durch den unbedachten Fluch der Mutter in sieben arme Mäuslein verwandelt. Dann folgte noch ein rührendes Gedicht von Fontane, das am unbeholfenen Kaufmannslehrling Friß Knapp das Mißverhältniß poetischer Beschaulichkeit zum nüchternen Alltagsleben drastisch hervorhebt; ganz am Schluß trug Frau Conrad noch eines der Mäusleinlieder von Goethe vor.

Im Wirthshaus vom Tode ereift wurde gestern Abend der Arbeiter August Jagoritz. S. hatte an der Ecke der Dänen- und Kleinen Hamburgerstraße eine Schankwirthschaft betreten, um sich durch einen Schnaps zu stärken. Kaum hatte er auf einem Stuhl Platz genommen, als er todt zusammenbrach.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr mußte Friedenstr. 92 ein Wohnungsbrand abgedeckt werden, der die Einrichtung zweier Zimmer zerstörte und das Haus beträchtlich beschädigte. Ein Schuppenbrand rief die Wehr um 8 Uhr nach Chausseestr. 51. Kurz darauf erfolgte Alarm nach Alte Jakobstr. 91. Hier war in einer Mansardenstube Feuer ausgebrochen, das die Dachkonstruktion erfasste und einen Theil derselben einäscherte. Freitag Nachmittag 2 Uhr hatte Bergstr. 67 Benzin Feuer geblitzt, wodurch Betten und Möbel eingekäschert wurden. Eine Stunde später mußte Biesenthalerstr. 8 ein brennender Fußboden abgedeckt werden.

Aus den Nachbarorten.

Das militärische Scharfschießen läuft in der Umgebung Berlins wieder an. In den letzten Tagen hielten die Garde-Schützen auf dem Gelände zwischen der Potsdamer Bahn und Teltow ein Schießen mit scharfen Patronen ab; gesperrt waren alle Uebergänge der Potsdamer Bahn auf einer über 6 Kilometer langen Strecke, die Schnittpunkte der Wege Gleisdorf—Klein-Machnow und Duppel-Schönow und alle von Schönow, Teltow, Stahnsdorf und Klein-Machnow. In der nächsten Woche sollen noch mehr derartige Uebungen zur Ehre des Kleinaltrigen abgehalten werden.

Gegen den Amtsvorsteher von Lichtenberg-Friedrichsberg hat die vorgestern am Orte abgehaltene Versammlung des Bürgervereins folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung des Bürgervereins bedauert lebhaft, daß Herr Zietzen das bei seiner Wahl zum Amt- und Gemeindevorsteher unseres Ortes in ihn gelegte Vertrauen, er werde bei den Gemeindevahlen fruchtlose Neutralität beobachten, nicht gerechtfertigt hat, daß er vielmehr durch sein Ausschreiben an Forensen vom 1. Februar in die Wahlbewegung unter Hervorkehrung seines Amtscharakters agitatorisch eingegriffen und durch die Unterstellung, daß die Bürger unseres Ortes sich durch Parteirückfichten und Partei-Interessen bei Behandlung der Gemeinde-Angelegenheiten beeinflussen lassen, einen großen Theil der Bürger verlegt hat.“

In Weihenau hat der Amtsvorsteher Feldmann die Wurf-fabrik von Richter geschlossen und die Borräthe beschlagnahmt. R. wird bekanntlich beschuldigt, seit längerer Zeit große Mengen Pferdefleisch zu Wurst verarbeitet zu haben, die in Berlin bei Gastwirthern und Delikatesshändlern abgesetzt wurden.

Benzinexplosion. In Friedrichsberg, Frankfurter Allee Nr. 198, in der deutschen Wäschanstalt von A. Hübsch, ist am Freitag morgen in der zehnten Stunde ein Benzindampfen aus bisher noch nicht ausgeklärter Ursache in Brand geraten, wodurch eine 19jährige Arbeiterin ums Leben kam. Der in demselben Raum anwesende Besitzer der Wäschanstalt konnte sich retten; als er zurückkehrte, um unter Benutzung einer anderen Thür, die vorher verschlossen war, das Mädchen aus dem brennenden Raum herauszuholen, zog er sich erhebliche Brandwunden an den Füßen zu, die ärztliche Behandlung notwendig machten. Der Brand selbst wurde bald gelöscht.

Geriichts-Beitrag.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf bezw. wegen Kartelltrügerei hatten sich heute der Student der Landwirtschaftlichen Hochschule, Hermann Kress, und der stud. mod. Hans Apel vor der 2. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Nach der übereinstimmenden Bekundung beider Angeklagten hat Kress im Verh. v. J. erfahren, daß der stud. mod. vektor. Paul Casparius über die Schwester eines seiner Freunde Verleumdungen und Verleumdungen ausgesprochen habe. Kress hielt sich für verpflichtet, für die Ehre der Schwester seines Freundes einzutreten. Er schrieb an Casparius, dieser möge an einem dritten Orte mit ihm zusammentreffen, um sich mit ihm zu verständigen. Casparius reagierte weder auf diese Aufforderung, noch auf ein gleiches Schreiben des Vorstandes der studentischen Verbindung, welcher sowohl die beiden Angeklagten als auch der Casparius angedroht. Infolge dieses Schweigens richtete Kress am 25. November eine Forderung auf trummere Säbel ohne Binden und Bandagen an Casparius, und Apel überbrachte diese Forderung, die der Beforderte einfach ablehnte. Wer darauf die Anzeige über diesen Vorgang an die Staatsanwaltschaft erstattet hat, ist in der geätzigen Verhandlung nicht zur Sprache gekommen. Der Zeuge Casparius gab zu, daß er beleidigende Aeußerungen über die betreffende Dame gethan, daß er aber nur das weiter erzählt habe, was er von anderen hörte. Staatsanwalt und Gerichtshof erkannten an, daß beide Angeklagte aus edlen Motiven gehandelt hätten, deshalb sei die Strafe gering zu be-

urtheilen. Das Urtheil lautete für Kress auf 14, für Apel auf drei Tage Gefängnißhaft. Wenn ein ehrenhafter Arbeiter einmal vor Gericht kommt, weil er einen Lumpen von Streikbrecher beleidigt und bedroht hat, so ist von Verdrückung edler Motive keine Rede. Dem ausländigen Arbeiter trifft die übliche „Schwerste Strafe“.

100 000 Stück zusammenlegbare Neujahr- und Gratulationskarten wurden gestern durch Erkenntniß der dritten Strafkammer des Landgerichts I für unethisch erklärt und deshalb deren Beschlagnahme und Vernichtung, sowie die der sämmtlichen Herstellungsformen und Platten verfügt. Eines der jungen Mädchen, welches in der Fabrik, woselbst die Karten hergestellt wurden, beschäftigt war, hatte sich in ihrem Stillschließungsgefühle verletzt gefunden und Anzeige erstattet. Zunächst handelte es sich um zehn verschiedene Bilder, von denen je 25 000 Stück angefertigt worden waren. Das Gericht beanstandete hierum vier Karten und gab die übrigen frei. Ob dem Unternehmer garnicht der Gedanke gekommen ist, daß eine Gefährlichkeit ohne gleichen darin liegt, wenn man jungen Mädchen derartige Arbeiten in die Hand giebt?

Die Freuden einer Zimmermieslerin hat die Schneiderin Fräulein Stolte kennen gelernt, die gestern als Belastungszeugin gegen ihre Chambregarnie-Wirthin auftrat. Fräulein St. wohnte bei einer Frau Kieseling, hatte aber an ihrem Quartier keine Freude, da die Frau Wirthin mit ihr wiederholt in beständigen Konflikt gerieth. Sie hatte es deshalb vorgezogen, ihr Quartier zum 15. Januar zu kündigen. Daß sie damit der Wirthin keine Freude bereitere, sollte sie am 11. Januar in drastischer Weise erfahren. An jenem Tage hatte Fräulein St. zu Hause bringende Mädchenarbeiten zu verrichten, sie blieb deshalb während des Vormittags in ihrem Zimmer, welches sie gewöhnlich gleich nach dem Aufstehen zu verlassen pflegte. Als dann die Wirthin kam und begehrte, das Zimmer zu reinigen, wurde ihr von der Mieslerin bedenklich, daß sie zur Zeit unmöglich mit ihrer Schneiderei auskommen könne und das Reinigen des Zimmers, welches tags zuvor ganz unbenutzt geblieben sei, deshalb noch etwas Zeit habe. Frau Kieseling betrachtete dies als einen Eingriff in ihre Rechte, sie gebot kategorisch, das Zimmer zu verlassen und als dieses Gebote keine Folge geleistet wurde, zog sie den Stuhl, auf welchem Fräulein St. saß, mit einem kräftigen Ruck weg, so daß diese zu Boden fiel und sich eine Verletzung zuzog. Nummerverlangte Fräulein St. als rechtmäßige Wirthin des Zimmers, daß die Wirthin sofort hinausgehen solle, letztere dachte aber gar nicht daran, packte die Mieslerin vielmehr gewaltsam bei den Armen, schob sie unter vielen beleidigenden Redensarten hinaus und riegelte dann die Thür ab, so daß Fräulein St. nicht in ihr eigenes Zimmer hinein konnte. Die Folge dieser Szene war eine Klage wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Beleidigung. Der Staatsanwalt hielt die Ueberriffe dieser Wirthin wundermüthig für so gering, daß er einen Monat Gefängniß gegen sie beantragte. Der Gerichtshof nahm Rücksicht auf die Erregung, in welcher die Angeklagte offenbar gehandelt und verurtheilte sie nur zu 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängniß.

Eine ganze Misserthete von Straftathen führte gestern den Kellner Josef Grosz ed vor das hiesige Schöffengericht. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch, Verdrückung, gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung. Es handelte sich um eine Liebes- und Nothheitsgeschichte. Die Arbeiterin S. war schon seit geraumer Zeit mit dem Angeklagten gegangen, bis sie seiner überdrüssig wurde. Der Grund hierfür mag darin gelegen haben, daß sie keine ruhige Minute vor dem Angeklagten hatte, wiederholt von ihm bedroht wurde und auch die Entdeckung gemacht haben will, daß er betteln gehe. Der Angeklagte hatte nun aber gar keine Lust, sich von der Schwelme, über welche er bisher gewissermaßen als Herr zu schreien pflegte, wegzulassen, sondern sann sich eine fürchterliche Rache aus. Seine bisherige Geliebte hatte eines Tages ihre Wohnung verlassen, nachdem sie sie ordnungsmäßig verlocken hatte. Als sie heimkehrte, fand sie den Angeklagten in ihrem Zimmer vor, das letztere aber in einem Zustande der Verwüstung, der jeder Beschreibung spottete. Der Angeklagte hatte sich den Spatz erlaubt, das Bett mit einem scharfen Messer zu zerschneiden, so daß die Federn im Zimmer herumflogen, er hatte mit dem Messer die Tischdecke und die Schlafdecke zerlegt, die Kommode gerammt etc. Das Mädchen, welches zuerst wie vom Donner gerührt dastand, versuchte vergeblich, den Angeklagten zum Verlassen der Wohnung zu bewegen; dieser wurde vielmehr immer aufgeregter, zog einen Revolver und drohte, das Mädchen zu erschießen; dann packte er sie mit solcher Gewalt bei den Armen, daß sie mehrere Tage große blaue und braune Flecke hatte, schließlich schlug er sie mit seinem Spazierstock so heftig über den Kopf, daß sie eine nicht unbedeutende Wunde davon trug. Der Wütherrich entschuldigte sich gestern damit, daß er empört darüber gewesen sei, daß die Zeugin ihn abgedankt und sich einen anderen Liebhaber angeschafft habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 3 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof ging über diesen Antrag hinaus und erkannte auf vier Monate Gefängniß.

„Zur Bierglocke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ betitelt sich ein Konjunktium, welches unter dieser Firma Ausschanklokale nach dem Kischinger'schen System in verschiedenen Stadttheilen errichtet hat. Die Lokale haben eine charakteristische Ausstattung; in der Mitte des Schankensprungs prangt eine blaue Glocke und der Ausschank ist in Form einer Glocke gebaut. Ein Schankwirth im Norden hat auf seinen Schildern angebracht: „Zur Weissen und Bayerische Bierglocke“. Sein Feind zeigt ebenfalls das Bild einer Glocke. Hierin erblickt die obgenannte Gesellschaft einen Eingriff in ihre Rechte und der Vorstand hat gegen den Schankwirth Klage wegen Vergehens gegen § 8 des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb erhoben. Der Verband der Gast- und Schankwirthschaft hat die Sache für wichtig genug gehalten, dem Verklagten Rechtschutz zu gewähren und seinen Syndikus, den Rechtsanwalt Dr. Schöppe mit der Vertretung zu beauftragen.

In Gastwirthskreisen sieht man dem Ausgange des Prozesses mit Spannung entgegen.

Verfammlungen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin) beschäftigt sich in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 8. Februar mit Anträgen, welche auf dem Verbandstage, der in der Osterwoche zu Söttingen stattfand, gestellt werden sollen. Ein Antrag auf Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Der Referent für diesen Antrag, Klingner, begründete denselben damit, daß im Verband ein fester Bestand von Mitgliedern geschaffen werden müsse. Im letzten Jahre seien ca. 6000 Mitglieder neu aufgenommen, während zur Zeit 5000 wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen werden mußten. Wenn den Mitgliedern nun etwas mehr geboten würde, sei er der Ansicht, daß dann die Mitglieder nicht so leicht ihre Rechte in der Organisation preisgeben würden. Aber auch der Arbeitsnachweis, welcher doch ein wichtiger Bestandteil der Organisation ist, könne durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nur gewinnen. Es sei eine bessere Kontrolle vorhanden und das Hausirergehen nach Arbeit, welches doch sehr schädigend auf die bestehenden Lohnverhältnisse wirke, würde eingebümt. Die Durchführbarkeit könne nicht angezweifelt werden. Derselben Organisation, wie Buchbinder, Bildhauer, Kupferschmiede etc., welche solche Unterstützungen in viel größerem Umfang haben, als sie der vorliegende Antrag bezwecke, geben die besten Erfahrungen gemacht und würden unter keinen Umständen diese Einrichtungen aufgeben. Redner stellt sodann noch eine Berechnung auf, auf Grund der vom Verband aufgenommenen Statistik, sowie der der Gewerbezählung von 1895.

Der Referent Sackelb ist der Ansicht, daß die Berechnungen Klingner's nicht stimmen; nach seiner Auffassung sei die Unterstützung nicht so leicht durchführbar. Auch würde eine große Anzahl der Kollegen sich darauf legen, den Verband anzunehmen. Wenn auf die Buchdrucker exemplifiziert würde, so sei die Unterstützung nicht stichhaltig, da die Buchdrucker ohne Konkurrenz der Maschinen sind, auch sei die Organisation älter. Auch seien

Theater.

—er—. Opernhaus. „Lobetanz“. Ein Bühnenspiel in 8 Aufzügen. Dichtung von Otto Julius Bierbaum. Musik von Ludwig Thuille. — Die arkadische Naivität des mädchenhaften „Es war einmal“, welche nicht gerade über jedes Weibchen, Ländchen oder Bäumchen weinen oder in Entzücken gerathen muß, ist der musikalischen Behandlung ebenso willkommen, wie der Sturm und Drang entfesselter und zügellos tobender Leidenschaften. Der Dichter kann mit einem „Bühnenspiel“ ebenso unsere Seele treffen, wie mit einer Tragödie, wenn die Sagenwelt des schönen Scheins und der anmuthigen Täuschung sich nicht in allzu breiten idyllischen Lyrikus auflöst und so die Bewegung des dramatischen Gehalts entwertet. An dieser Accentirung gefühlsvoller Ueberschwänglichkeit leidet jedoch „Lobetanz“ als Operndrama. Alles ist da weiche Stimmung und sorglose Naturräumeri. So stellt sich bald das verdriehliche Gefühl einer Monotonie ein, die allzureichlich von Rosenkranz und Wenzeslawe genährt wird. Denn ganz in ein Blüthenmeer und junges Liebesglücken ist die zwischen Mädchenreiz und Langeweile gebildete Geschichte von Lobetanz, dem armen, jungen Spielmann und dem schwermüthigen, liebesheulenden Prinzeßlein. Was die besoldeten, vom Staatshonorare begüterten Dichter des Landes Nirgendwo nicht vermögen, nämlich die unerklärliche Melancholie der Königs-Tochter wegzufügen, das erreicht Lobetanz mit dem lächen Klange seiner Geige und seiner Stimme. Dem Drohen der Pegasusphittister entsieht Lobetanz auf die Waldwiese, wo er sich im Schatten einer Nieselnude ein poetisches Waldheim eingerichtet hat. Dort treffen sich zu innigstem Liebesaustausch der Spielmann und das Fürstentum mit den „feistesten“ Mädchenungen und dort werden sie auch von dem König und den arglistigen Haus- und Hofleuten entdeckt. Der arme Lobetanz soll an den Galgen und büttel sich von dem König vor dem Sterben die eine Gnade aus, noch einmal dem Sturz auf der Bahre liegenden Jungfrauenlein vorzulegen und vorspielen zu dürfen. Es wird gewährt; Prinzeßchen mit den Goldhaaren und Bergschmelntaugen erwacht wieder, Hochzeit giebt's und wenn sie nicht gestorben sind
 — Tas ist alles! Auch für die Bedürfnisse eines wenig abgemessenen Geschmacks wird diese Idylle, die am Schluß mit Strick und Senker ein wenig bange machen will, aller geringe dramatische Kraft enthalten. Mit Sehnsucht harret man auf einen Hauch schneidender Schärfe, der uns der optischen Schöpferspiel-Kunstspähre entrecht. Allerdings klingen in der Reiterzene des 3. Aktes die Schellen eines grausig phantastischen Humors, als nach der Todtenballade des Lobetanz ein Gefangener mit einem kalten, ausgedorrtten Seufzermannschädel einen Tanz in Holbein-Art ausführt. Aber der Kontrast zur früheren, allzulange unbedulften Sonnenscheinstimmung ist zu abschließend, als daß er eindringlicher wie ein wohlberechneter, an sich ganz geistvoller Knauffekt wirken könnte. Die Sprache Bierbaums nimmt keinen gewaltigen Ausschlag und verrät nichts von einem lyrischen Messias; neben gewissen pretentiösen Archaismen blüht jedoch in Vers und Prosa manche schöne Wendung auf, und wenn Lobetanz in seinem glücklichen Sinnen und im schmerzlichen Augenblicke vor dem Hochgerichte sich an sein seltsames „Lieb's Mutter!“ um Segen und Beistand wendet, so ist das ein feines Mittel, auf Gedanken und Gefühle mit anheimelnder Volkstümlichkeit zu wirken. Ein warmer Schwimmer süddeutscher Frohnatur liegt über der Dichtung.

Die Partitur zum Lobetanz rührt von einem erstgebildeten Musiker und zugleich lebenswürdigen Geiste, aber von keinem ursprünglichen Naturell her. Durch blumige Wiesen und reizende Gartenanlagen führt diese Musik, die sich von den dunklen Nistfeldern des menschlichen Daseins nicht qualvoll beängstigen läßt und den Strahlen heiterer Lebenssonne den Jugendblick zuwendet. Drohende Abgründe, tragische Wendungen malt der Komponist mit solch gleichmäßigem Aufwande an kräftigsten Blechbläser-Explosionen aus, daß man in dem pathetischen Spektakel fast die Frouen einer musikalischen Tragikomödie zu hören glaubt. Aber den Goldstrom der Erfindung, die ständende Sprache einer originellen Persönlichkeit, frappante, melodisch sich auslebende Gedanken,

man wird sie vergebens in Thuille's Musik suchen. Mit seinen vornehmen Harmoniebildungen, mit den reichen Mitteln seiner Instrumentations-Virtuosität, mit seiner klugen Ausdrucksmuth, welche sich vor Wagner, Humperdinck und Klengel verbeugt, ohne die Ueberlieferungen guter alter Musiker zu misshandeln, wird sich dieser junge Münchener Musiker bei Euten und Nachfolgern nur Freunde erwerben. Er erregt heute noch keine Bewunderung, seinem stillen Kunstwandel folgen daher keine neidischen Blicke. Als subjektiver, eigenartiger Kopf zeigt sich Thuille im „Lobetanz“ nur ein einziges Mal: In der Todtenballade und dem darauf folgenden grausigen Tanz. Da giebt es geniale Einfälle in Melodik und Stimmführung, in Rhythmus und orchesterlicher Malerei.

Der Aufführung im Opernhaus müssen die Herren Bierbaum und Thuille sehr dankbar sein. Für die ungemein anspruchsvolle Titelrolle hatte Herr Naval wohl nicht glänzende Fälle, aber die ungewöhnliche Bildsamkeit seines Organs zur Verfügung. In der Szene und Bestimmtheit der Charakterdurchführung, in der feinschattigen Art der Gefühlsübergänge und in seiner durch Empfindung überzeugenden Sprache bot er in Gesang und Darstellung eine bis in unsehnbare Einzelheiten treffliche Leistung. Hr. Dietrich als Prinzeßin sah mädchenhaft schön aus und erfüllte in diesem Punkte selbst ideale Anforderungen; Herr Stammer (König), sowie in kleineren wichtigen Partien, die Herren Philipp und Bachmann waren an dem lebhaften Erfolge betheiligt, der sich nach dem zweiten Akte in einem dreimaligen, nach dem dritten in einem fünfmaligen Hervortritt des Herrn Thuille manifestierte.

Vermischtes vom Tage.

— In der Plakat-Konkurrenz für die nächste Große Kunstausstellung in Berlin hat der Maler Karl Klimsch mit einem stillsten „Dürertopf“ den Sieg davongetragen.
 — Die Auswanderung über Bremen hat im Januar d. J. gegen das Vorjahr erheblich zugenommen; sie betrug 3319 Personen gegen 1932 im Januar 1897 und 2587 im Januar 1896.
 — In Hamburg ist jetzt eine Böcklin-Ausstellung eröffnet, die sich zur Hälfte aus dem Bestande der Berliner Ausstellung zusammensetzt. Der Besuch ist auch hier unerwartet groß. Besonders zu erwähnen ist, daß man in Hamburg den Eintrittspreis für die Sonntage auf nur 20 Pf. festgesetzt hat. Außerdem erhalten die Schüler Sonderkarten.
 — Eine originelle Einrichtung ist in Halle ins Leben getreten: ein Länger-Leih- und Vermittelungs-Institut. Das Institut will das Ball- und Karnevalstreiben heben und zu diesem Zwecke Anzüge wie Länger liefern. Das Verzeichniß giebt wie folgt Auskunft: „Normallänger mit Frack und weißer Binde 2 M., do. mit geistreicher Unterhaltung 2,25 M., ff. prima Länger in eleganter Ausfertigung 3 M., do. mit Walsler linksam 3,50 M., Kraftlänger für schwere Damen à 3,75 M., eleganter Referendar mit Monocle 1,75 M., alte Decen mit Ordensbändchen 3 M., Spezialitäten für Rheinländer 4 M., Golopplänger 3,50 M., Quadrillen-Kommandeur 4 M., derselbe mit Wigen und Ionischen Tonen 4,50 M., Karrikaturenlänger 5 M., falsche Majors a. D. für Ballmäster 3 M., Ausschillslänger, dritte Männer zum Stat, Aneldoten-erzähler, Loosredner à 12 M. etc. etc.“

— Lustige Brüder, die unlängst eine Omnibusfahrt von Halle nach Krossen machten, raubten auf dem Heimwege in Etzdorf den Nachtwächter, nahmen ihn eine halbe Stunde mit und ließen ihn dann laufen. — So berichtet wenigstens die „Halle'sche Zeitung“.
 — In Woblan geriet das zweijährige Söhnchen eines Bauerngutsbesizers in die Dreschmaschine, die der Vater selbst bediente, und wurde tödtlich verletzt.
 — Eine Herren-Garderobefirma in Bentzen, die mit 60 pCt. akkordirt hatte, theilt jetzt in Annoncen mit, sie könnte infolge der Ausbeuleverehrung mit den Gläubigern der

werthen Kundschaft auch diese Vergünstigung zukommen lassen und die Garderoben zur Hälfte der bisherigen Preise abgeben.
 — Vom Schöffengericht in Koburg wurde eine Tage-löhnerin, die ohne Veseholzarte beim Holzjammeln betroffen worden und etwa für fünf Pfennige Holz im Korbe hatte, zu 50 Pf. eventuell einen Tag Gefängniß und 5 Pf. Werthe erfaßt verurtheilt.
 — Das Baarenhaus Gottfeld in Aachen wurde Donnerstag Nacht durch eine Feuerbrunst völlig zerstört. Der Schaden ist enorm.
 — Kneipp hat 800 000 M. hinterlassen. 800 000 M. wurden zur Gründung des Sebastianenums, des Kindersyls und des Kneippianenums in Mörrißhofen verwendet, 50 000 M. aus freier Hand verschenkt.
 — In Sábungarn tritt unter den Kindern eine böss-artige Epidemie auf, die acht Stunden dauert. Die Symptome sind heftige Kopfschmerzen, Bewußtlosigkeit, große Unruhe und Erstarrung des Hinterkopfes; sodann versinken die Kranken in Apathie und tiefen Schlaf, aus dem nur sehr wenige wieder erwachen.
 — Auf der Linie Sevilla, Madrid verlor die Lokomotive auf der Fahrt am 18. Januar alle 14 Wagen, ohne daß der Lokomotivführer es vor der nächsten Station gemerkt hätte.
 — Bei der Feuersfeier für einen Diabinner stürzte in der Synagoge zu Jdienciol (Gouv. Grodno) der überfüllte hölzerne Frauenchor ein. Bei der darauf entsetzten Panik wurden 12 Frauen, 5 Männer und 3 Kinder erdrückt und viele Personen schwer verletzt.
 — Die österreichische Brigg Matta ist bei der Ausfahrt aus dem Golf von Palermo nahe bei Termini auf einen Felsen gerathen und untergegangen. Der Kapitän und 6 Matrosen sind ertrunken.
 — Auf der Insel Java hat am 6. Februar ein furchtbarer Ausbruch des Vulkanus Lamongan stattgefunden. 400 Bau (1 Bau gleich 8000 Quadratmeter) Tabak- und Kaffeepflanzungen, die der niederländischen Regierung gehören, sind vollständig verwüstet. Der Vulkan ist zwar fortwährend in Thätigkeit, aber stärkere Ausbrüche waren bisher selten.
 — In den Vereinigten Staaten sind in den letzten 13 Jahren 2174 Personen geknocht worden, davon 168 im Jahre 1897, und zwar 122 Neger, 89 Weiße und 5 Indianer.
 — In Johannesburg (Transvaal) soll eine deutsche Schule errichtet werden.

Witterungsübersicht vom 11. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometer-stand in mm. red. auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stade 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (° C. = 40° F.)
Schwelmünde . . .	774	SW	2	wolfig	-2
Hamburg . . .	772	SE	2	wolfig	+0
Berlin . . .	774	SE	1	halb bedekt	-3
Wiesbaden . . .	774	S	2	heiter	-4
München . . .	774	SE	3	wolkenlos	-13
Wien . . .	773	N	3	bedekt	-3
Paparanda . . .	777	SE	2	bedekt	-24
Veterburg . . .	—	—	—	—	—
Gotl . . .	766	NS	3	wolfig	8
Albedon . . .	769	SW	3	heiter	7
Paris . . .	773	SW	—	wolkenlos	-2

Wetter-Prognose für Sonnabend, 12. Februar 1898. Etwas wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit geringen Niederschlägen und schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Sonnabend den 12. Februar.

Futterstoffe

Kleider-Jaconet, 22 Pf. schwarz und grau, Meter

Rock-Moiré, 28 Pf. schwarz u. farbig, ca. 80 cm breit, Meter

Kleider-Satin, 45 Pf. schwarz und farbig, Meter

Tailenfutter, 42 Pf. mit schwarzer Rückseite, einfarbig und bedruckt, Meter

Warenhaus A. Wertheim

Köpenick.

Am Sonnabend, den 26. d. M. feiert der Gesangsverein „Morgenroth“ im Saale des Herrn Klein (Stadttheater) seinen diesjährigen

Masken-Ball.

Freunde und Bekannte sind hiermit zu recht zahlreichem Besuche eingeladen. — Anfang 8 Uhr. — Einlaßkarten sind nur beim Vorstand und den Mitgliedern zu haben. Der Vorstand.

Künstl. Zähne

2 W. an, Plomben 1 W. an, schmerzloses Zahnziehen 1 W. Willy Reinhard, Prinzenstr. 103, Ecke Wasserthorstr. Ept. 8-8, Sonnt. 9-2

Samariter- + Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 13. Februar 1898, abends 6 1/2 Uhr, Nord-Filiale, Brunnenstraße 150. Vortrag des Genossen Coopmann. — Nach dem Vortrag: Tanz. Die nächste Uebungsstunde in der Centrale, Deutschstraße 30, ist Sonntag, den 14. Dienstag, den 15. d. M., abends präz. 8 1/2 Uhr. Das Stiftungsfest findet am 12. März in den Kaminhallen statt.

Betten 10., -12,50, 16,50, 30., - Bettfedern, Damen, Bettwäsche, Stepp-, Spott-, Bettdecken, etc.

Nicht vorbeischieben bei Binnelose's Zigarrengeschäft, Schillingstr. 36.

Wo?

machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten Freund auf Bithelswerder. 4033L*



Kinderwagen, Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen. Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzstuhl, Sämmtliche Korbbwaren. Theilzahlung nach Uebereinkunft. vis-à-vis Humboldtthain, Brunnenstr. 95, a. Nordbahn, Gesundbr. Teleph. III, 1787.

Nur den Inhalt der Jufert übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierlich Verantwortlichkeit.

Theater.

Sonnabend, den 12. Februar.
Opernhaus. Lobelius. Die Rolle von Schirak. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.
Vefting. Im weißen Röckel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veftiner. 8 Rathel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Sein Feind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Schützbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cheid. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Goeche. Der Gürtelbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Mikado oder: Ein Tag in Titipu. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das neue Othello. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luifen. Trilby. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädterisches. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Im Dienst. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48-49. Rattenfänger. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/58. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hypod. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Vefage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Miller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr, zum ersten Male: **Hans Wurst in Berlin.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Wallenstein's Lager.** Die Piccolomini. (A. Vorstellung im Schiller-Gebäude.) Abends 8 Uhr: **Die wilde Jagd.**
Montag, abends 8 Uhr: **Hans Wurst in Berlin.**

Ostend-Theater.

Ge. Hauptstr. 132. Dir. G. Weiss.
Der Harek von Kirckfeld.
Anfang 8 Uhr.
Im Laufe vor und nach der Vorstellung: **Frei-Konzert.** Anfang 7 Uhr.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr, nahe Vefage: **Preciosa.** Abends 7 1/2 Uhr: **Der Verführer.**
Mittwoch, zum 1. Mal: **Unter der Polaranne.** Gr. Aufführung mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Soudermann und Biffel. Geleitete von Hof. Dir. Wulf von G. Schüler.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion **Richard Schultz.**
Sonnabend, den 12. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 22. Male:
Die Jugendfalle.
Bühnen-Poffe mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Textes von Zul. Fremont und B. Wamsholt. Musik von Zul. Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Jugendfalle.

Luisen-Theater

31. Heidenbergstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Trilby.
Schauspiel in 5 Akten u. 8. in 10. von Richard Welf.
Trilby u. Anna Miller-Gräde.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Volksvorstellung.** Regie: Julius Fari.
Das Käthechen von Heilbronn.
Kina Schwarz a. G.
Abends 8 Uhr: **Wonsent Vertulod.**
Dienstag: **Auf goldenem Boden.**
Bühnen a. G. Pl. zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Vorstellungen.

Gebrüder Herrfeld's

1. Original
Budapester Kaufmann's Variété
Poffen- und Operetten-Theater
am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Nur noch bis Dienstag:
Familie Kochsalz.
Dienstag, den 15. Februar 1898:
50. und letzte Aufführung.
Mittwoch, den 16. Februar 1898:
Premieren-Abend
d. beiden Gebr. Herrfeld'schen
Novitäten!
Zum ersten Mal:
„Im Variété“
und
Von Dreien der Glückseligste.
Hauptrollen:
Donat und Anton Herrfeld.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
- Wissenschaftliches Theater. -
Invalidenstr. No. 57-62.
Täglich abends 7 Uhr:
- Ausstellungs-Saal und Vorträge. -
Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.

Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
der orientalische Major und die 8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler- und Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Gisek.
Grant u. Mand. Les Senett's.
La

Loie Fuller

The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Volks-Theater

Im Welt-Restaurant
97. Dresdener Straße 97.
Neu! Wacker Beifall! Neu!
Die heilige Behme.
Operetten-Parodie in 2 Akten von Oscar Victor Koeder. - Ferner:
3 Geschwister Montez,
Miniatur-Bühnen u. Tänzerinnen.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntag 6 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.

Neues Olympia-Theater.

(Circus-Ring). Karlstrasse.
Konstantinopel.
Größte Sensation Berlins.
Neu!
Im Bild: „Alt-Wien“
Nouveau humorist. Spezialitäten-Revue. - Aufrufen der The jolly british girls.
Sensationell!
Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer- u. Flammentanz,
ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.
Am Sonnabend, den 19. d. M.:
1. gr. Masken-Ball.
(Ein Blumenfest in Nizza).
Bestellungen auf Billets werden von heute ab im Bureau angenommen.
Entrée 8 M. - Damenkarte 3 M.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Heute Sonnabend
auf vielseitiges Verlangen:
Das Armband
mit den 1. Original **Budapestern.**
Eisenbach! Coarretto!
und das grosse **Reichshallen-Programm**
speziell die **Pantomime**
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!
Anfang präz. 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.
- Im Reichshallen-Tunnel:
Bockbier-Fest
Stangenklettern. Doppel-Konzert.

Konzert-haus Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dienstag, den 8. Februar:
Der Stabstrompeter.
Poffe mit Gesang u. Klavierspiel.
Musk v. Steffens.
Auftreten von
Spezialitäten nur ersten Ranges.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorhellung 6 Uhr.
Entrée 50 Pf.
H. Pierry.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Das neue riesengroße
Februar-Programm:
Jackson, Akrobatentruppe.
Harna, der Rattenkönig.
Thomas, d. Meister-Jongleur.
Romy Boriska, Dänka u. Waldo.
Ting u. Tang, Frid Frid, Cabaret.
Lebende Photographie.
Um 8 1/2 Uhr: **Konität:**
Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel
in der unergleichen Coerette
Das radelnde Berlin
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1,50 M.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Neu! **Der liebe Onkel.** Neu!
Schwau.
Neu! **Der gerade Weg.** Neu!
Schwau.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Im Vorbereitung:
Die Nadel- und Radelmadel.
Volksstück mit Gesang
von Eugen Frady. Musik v. Otto Tielek.

Quarg's

Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
bleibt heute wegen Betriebs-
schließung geschlossen.
Gastspiel im
Reichshallen-Theater.
Das Armband.
Tanz das unergleiche.
aus 28 Nummern bestehende
Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.
Morgen Sonntag und folgende
Tage wieder in
Quarg's Vaudeville-
Theater.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage)
Hannenhöhe 42/43.
Direktion: **Richard Winkler.**
Borneuhäuser Familien-Kauffmann.
Neu! Zum 1. Male: **Neu!**
Das Blumengetel
aus Nieder-Schönhausen.
Poffe mit Ges. und Tanz in 1 Akt.
Sober:
Durchs Schlüsselloch.
Poffe mit Gesang in 1 Akt.
Aufstreich
sämmtlicher **Amk-Spezialitäten.**
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reiterstr. 50 Pf.
Vorankarten haben Gültigkeit.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Heute Sonnabend:
Geschlossen.
Sonntag, den 13. Februar:
Grosse Soirée
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Anfang 7 Uhr.
Für Montag, den 14. Februar, sind
sämmliche Billets vergriffen. Rasse
findet nicht statt.
Dienstag, den 15. Februar: Zum
300. Male: Lene, liebe Lene.
Jeder Besucher erhält als Souvenir
den Text von **Lene, liebe Lene.**

W. Noack's Theater

Kruppen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ihre Familie.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von
Einde und Engels.
Musik von **Michaelis.**
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Circus Busch

(Bahnhof-Büro).
Sonnabend, 12. Februar 1898,
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Sala-Vorstellung.
Die 8 Ungarn mit ihren unübertreffl.
Hofstut-Springpferden, darunter der
Spring des Hofstutpferdes „Schiff“
über eine 7 Fuß hohe Barriere mit
Reiter. Außerdem Auftreten aller neu
engagierten Künstler. Gleichzeitiger Lorch
mit ihren historischen Spielen zu Pferde.
Jimm & Jamm. Die vorzügliche
Glorious Troupe Perez, bestehend aus
5 Perionen. Die vorzügliche Freiheits-
dresuren des Dr. Busch. Moderne
Reiterstücke. 5 fache Polifahrt, ge-
ritten ohne Jagel von Herrn Ernesto.
Zaragoza.
Orig. Wandpfe-Schauspiel des Circus
Busch. Besonders hervorzuheben: Die
wunderlichen Jansensbrüder. Der Sturz
von der 60 Fuß hohen Brücke ins
Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen Sonntag: 2 große brillante
Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und
abends 7 1/2 Uhr: **Zaragoza.**

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart
inrichet billig, auch auf Theilzahlung.
Gr. Lager gebrauchter und vertrieben
gemeiner Möbel.
40532*
Oranienstr. 73.

Buchbinder! Lederarbeiter!

Dienstag, 15. Februar, abends 8 Uhr, in Keller's Niesen-Festsaal, Koppenstr. 29:
Grosse öffentl. Protestversammlung
aller in den
Buchbindereien, Kontobuch-, Leder-, Galanteriewaren-, Luxuspapier-, Karton- und
Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Der Polabowdtsche Erlass. Referent: Reichstags-Abgeordneter **H. Förster.**
2. Wie stellen wir uns zur Gründung eines Widerstandsfonds? Referent: Kollege **Franz Bytomski.**
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig, um Protest einzulegen gegen
jede Verschlechterung des jetzt schon sehr mangelhaften Konstitutionsrechts.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 13. Februar 1898, mittags 11 1/2 Uhr,
im Vorstädtischen Kasino, Adlerstraße 144:
Große öffentliche Versammlung
der Modell- und Fabrik-Tischler Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung:
Die übermäßig lange Arbeitszeit und wie stellen sich die Kollegen
hierzu? Referent **Otto Rätzer.** Diskussion.
Kollegen! Zeigt durch Euer zahlreiches Erscheinen, daß Ihr mit der
Aufbesserung Eurer elenden Lage ernst machen wollt!
Der Vertrauensmann.

Verband der Buchbinder etc.

Wir geben den Mitgliedern hierdurch bekannt, daß die Zahlstellen unseres
Verbandes heute, Sonnabend wie gewöhnlich von 8 bis 10 Uhr abends
geöffnet sind.
Der Bevollmächtigte.

Verband der Graveure und Eisenreute Deutschlands

(Zentrale Berlin).
Sonntag, den 13. Februar 1898, abends 6 Uhr, im „Luxhof“,
Mariannen- u. Her Nr. 2:
Versammlung mit Damen.
Tages-Ordnung:
Vortrag von **Hrl. Ottilie Baader** über: „Lebenshaltung und Sterb-
lichkeit des Proletariats“. - Nach dem Vortrage: **Tanz.** - Eintritt 10 Pf.

Vereins-Versammlung.

Am Dienstag, den 15. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr, in den
„Cranien-Hallen“, Cranienstraße 51:
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.
Umstände halber finden die Vereins-Versammlungen im März
am 8. und 22. März statt.

Steinarbeiter.

Am Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn **Hoffmann,** Alexanderstraße Nr. 27c:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Richtenerklärung der Tarifkommission. 2. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig,
daß jeder Kollege erscheint.
Der Vertrauensmann.

Achtung, Zimmerer!

Vom 11. Februar ab befindet sich unser ständiges Bureau:
Dragonerstrasse 15, Hof part.
Dasselbe ist täglich von 8-12 und von 3-8 Uhr geöffnet.
Sämmtliche Vorkommissionen sind von jetzt ab dort zu melden. (256/4)
Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter

Delegirten-Versammlung
Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, bei **Helfer,** Oranienstr. 51.
Es ist Pflicht, daß jede Fabrik vertreten ist.
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Montag, den 14. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr:
Braucherversammlung der Bauklempner, Rohleger u. Helfter
im Lokale von **Feuerstein,** Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. phil. Bruno Borchardt über: Das Gesetz von
der Umwälzung der Kraft. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchenvorsetzers
in der Ortsverwaltung. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Richtigkeitslieber als Gäste willkommen!
Da seit längerer Zeit für die Baugruppe keine Versammlung statt-
gefunden hat, eruchen wir die Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
110/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 14. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 150:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wer ist Arbeitgeber nach dem Gesetz und muß zur Krankenkasse an-
melden resp. die Invaliditätsmarken geben? 2. Wie verhalten wir uns bei
Streit u. i. w. 3. Verschiedenes. 145/8
Die Aufzahlung der Kranken-Unterstützung erfolgt beim Kollegen **Höfer,**
Kottbuser Ufer 50. - Der Radball findet am 19. März in Keller's Fest-
sälen, Koppenstraße 29, statt.
Der Vorstand.

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein Vorwärts'
Versammlung
am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal
der „Vereins-Brauerei“, Hermannstr. 214/216.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Retzger** über:
Bildung macht frei, und welchen Werth haben die gesetzlichen Straf-
bestimmungen? 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Dainöe. 4. Frage-
kasten und Berlinangelegenheiten.
Die Zahlstellen des Vereins sind: Köppke, Restaurant, Karlsgraben-
straße Nr. 1; Rötzer, Bismarckstraße, Hermannstr. 50; Klein, Restaurant,
Kaiser Friedrichstr. 236; Thomas, Restaurant, Bergstr. 102; Herrmann, Rix-
dorfstraße 1; Sy, Restaurant, Jägerstr. 99. - Die Bibliothek befindet sich bei
Worbs, Rixdorfstr. 76. Ausgabe zu jeder Zeit.
Der Vorstand.
Allen Freunden und Bekannten zeige ich hiermit an, daß ich
Oppelstrasse 2, am Eischen Thor,
ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**
verbunden mit großem Frühstücks-, Mittags- und Abendbisch eröffnet
habe und bitte um geneigten Zuspruch.
42302* **Johann Jablonsky, früher Rannstr. 37.**

Fast ungläublich!

Das schöne Handinstru-
ment, eine hochfeine Record
sither mit 6 Manualen, 25
Saiten, Stimmborrichtung,
52 cm groß, ff. polirt, pracht-
voll herrlicher Ton, in einer
Stunde erlernbar, die fast
überall 12 und 15 Mark kostet,
liefere ich für
nur M. 7,50
nebst Zuhle mit neuen
Stücken, Notenkult, Schlüssel,
Ring, Gut und Verpackung.
Vorte 80 Pf. Leder und
Tanz-Albums in enormer
Auswahl zu M. 1.-, 1,50 und
2.-. Jeder Käufer wird
hätten und lasse sich niemand
diese Gelegenheit entgehen.
Berand pr. Nachnahme ohne
Risiko; nicht conv. Betrag
sodort zurück. Großes
Musterbuch wird
unsonst beigelegt.
Rhein-Wahlhaus V. Schmitz,
Höfcheld-Str. 53.
... es ist eigentlich wirk-
lich ungläublich, so etwas
für diesen Preis liefern zu
können. C. Schulz, Gate-
besitzer, Letcheln.
Habe mich sehr gewundert,
wie es möglich ist, diese Sither
für M. 7,50 zu liefern; hier
kosten sie über 15 M.
A. Morgenstern, Dresden-A.

Deutsch. Porter

Deffert u. Malakoffbier 1. Rang.
Brauerei Burghalter, Potsdam,
gr. 1736, Def. l. Eutawne, Brühlstraße,
Dresden, Bismarck-
Weg, u. d. feldt
bestimmt, nachst.
Schriftbild, best.
best. Geschm. u.
Geschmacksgrad,
Aberr. 14 Pfund,
drei, 50 zehn M.
erf. In Geb. (1/2
1/2 1/2) 3. Selbst
ab. weichen bill.
Wein-Berandf. u.
f. Berlin u. Pröv.
Porterfabriker
Ringler,
Berlin, Brunn-
nenstraße 152.
Richtzahlenszahl
- Qual. entsehb.

Möbel

verleben gewesene und neue, staunend
billig. Theilzahlung gestattet.
Beachten ohne Anzahlung. 40552*
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.
Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen**
und **Resten**
Ärterer Muster in weiß und crème, zu
1-4 Fenstern passend, kostbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
post. Eing. von Frau (sein Laden).
Neuheiten treten täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.

Jede Uhr

repariren und reinigen
kann bei mir unter
Garantie d. Gutgehend
nur 1 Mark 50 Pf.
... auch keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Wecker, alle Arten
Ketten, sowie Uhren u. Uhrenz.
* **Carl Lux,** Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.